

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

August Pradetto

Europa nach der Revolution

Ost und West vor säkularen Herausforderungen

Jerzy Holzer

Polen nach dem Kommunismus – quo vadis?

Pavel Smutný

Die Tschechoslowakei – eine Rückkehr zu sich selbst

Máté Szabó

Probleme der Demokratisierung in Ungarn

Peter Glotz

Die Einheit und die Spaltung Europas

Die Auswirkungen der mitteleuropäischen Revolution von 1989
auf Gesamteuropa

B 6/92

31. Januar 1992

August Pradetto, Dr. phil., geb. 1949; Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Techno-bürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierek (1970–1980), Frankfurt 1991; Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen „Realsozialismus“, Wien 1992.

Jerzy Holzer, Dr. phil., geb. 1930; o. Professor für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und Leiter der Abteilung für Deutschlandforschung am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: Solidarität. Die Geschichte einer Freien Gewerkschaft in Polen, München 1985; Osteuropa und die neue deutsche Staatenordnung, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989.

Pavel Smutný, Dr. jur., geb. 1959 in Hradec Králové, Tschechoslowakei; Jura-Studium an der Karls-Universität in Prag; Mitarbeit am Institut für Völkerrecht und an der Akademie der Wissenschaften; Exekutivdirektor des neugegründeten Instituts für Demokratie-Forschung.

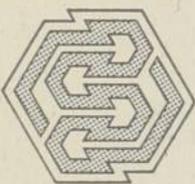
Veröffentlichungen zum gesellschaftlich-politischen System der ČSFR.

Máté Szabó, Dr. rer. pol., geb. 1956; Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Eötvös Loránd, Budapest, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften; z. Z. Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung beim Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Neue soziale Bewegungen in Ungarn, in: Wolfgang Luthardt/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Politik und Repräsentation, Marburg 1988; Political Education in Hungary, in: Südosteuropa, (1989) 7–8; Legitimationsprobleme des institutionellen Wandels – der Fall Ungarn, in: Südosteuropa, (1990) 3–4; Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 20 (1991) 3.

Peter Glotz, Dr. phil., geb. 1939; Chefredakteur der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“; Mitglied des Deutschen Bundestages; früher Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Wissenschaftssenator in Berlin und Bundesgeschäftsführer der SPD.

Veröffentlichungen u. a.: Die Innenausstattung der Macht, 1979; Die Beweglichkeit des Tankers, 1982; Kampagne in Deutschland – Politisches Tagebuch, 1986; Der Irrweg des Nationalstaats – Europäische Reden an ein deutsches Publikum, 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

August Pradetto

Europa nach der Revolution

Ost und West vor säkularen Herausforderungen

I. Die Rückkehr Osteuropas nach Europa

Die Intentionen, die hinter den Revolutionen von 1989/90 im östlichen Teil Europas stehen, liegen auf drei Ebenen: Erstens versucht man, jene alten Ziele zu realisieren, die schon Motiv der englischen Industriellen Revolution gewesen sind. Es geht um die ökonomische und staatliche Modernisierung. Nach dem als gescheitert perzipierten Versuch, diese Intentionen mit Hilfe des Kommunismus zu verwirklichen, soll jetzt ein neuer Anlauf unternommen werden. Zweitens geht es um die Ziele der Französischen Revolution, also um Menschenrechte und Demokratie. Drittens will man – abgeleitet von den beiden genannten Intentionen – eine Reintegration in weltwirtschaftliche und supranationale sicherheitspolitische Zusammenhänge. Dies ist der Inhalt dessen, was als Ziel der „Rückkehr dieser Länder nach Europa“ proklamiert wird.

Im Prinzip sind die Voraussetzungen für eine solche „Rückkehr“ mit den Revolutionen von 1989/90 geschaffen worden, und zwar aus drei Gründen: *Ökonomisch* sehen die maßgeblichen Eliten dieser Länder die Marktwirtschaft als Basis der gesellschaftlichen Ordnung an, haben also eine mit dem Westen gemeinsame ordnungspolitische Grundlage. Das Fundament des *politischen Systems* soll zukünftig die parlamentarische Demokratie sein. *Außenpolitisch* schließlich sieht man sich nicht mehr im Gegensatz zum Westen, sondern will im Gegenteil am liebsten in dessen sicherheitspolitische Struktur eingebunden werden.

Damit sind im Prinzip auch die Bedingungen für eine Überwindung der Barrieren gegeben, die bis-

Der Text basiert auf einem Vortrag des Autors, gehalten auf der International Conference on Democratization and Increased Political Participation: Changes in Asia and Europe since 1989 and the Regional and Global Implications, Puerto Azull/Manila, Philippinen, 31. Oktober bis 3. November 1991.

lang Europa geteilt haben. Die engeren Verbindungen, die zwischen West- und Osteuropa in den vergangenen beiden Jahren geschaffen worden sind, sind Ausdruck dieses Zusammenwachsens. Diese Verbindungen existieren auf allen Ebenen. Es fängt an beim ökonomischen Austausch und der wirtschaftlichen Kooperation: beides wächst. Die osteuropäischen Länder – inklusive die Nachfolgestaaten der Sowjetunion – werden in regionale wirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Und es hört damit auf, daß sicherheitspolitisch die Frontstellung zwischen den ehemaligen Blöcken abgebaut, die Abrüstung vorangetrieben und in ersten Ansätzen ein ost-west-europäischer Sicherheitsverbund hergestellt wird. Europa ist mit den Revolutionen von 1989/90 ein anderer Kontinent geworden. Global betrachtet, ist damit der gefährlichste Konfliktherd in der Welt eliminiert.

II. Europa auf dem Weg in seine Vergangenheit

Diese Betrachtung erfaßt aber nur *einen* Aspekt der Realität. Zbigniew Brzezinski stellte bereits im Frühjahr 1991 zweifelnd die Frage, wohin sich das neue Europa wenden würde¹: nach Straßburg, dem Sitz des Europarates und des Europäischen Parlaments, oder nach Sarajevo – jenem Ort in Bosnien-Herzegowina, in dem im Jahre 1914 der österreichische Thronfolger erschossen und damit der Erste Weltkrieg ausgelöst worden ist. Dies geschah vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der bis zum Ersten Weltkrieg geltenden europäischen Ordnung. 1989 ist das europäische Ordnungsgefüge wieder zerfallen. Und wieder findet – zum erstenmal seit dem Zweiten Weltkrieg – ein Krieg in Europa statt, und zwar in eben jener Krisenregion, in der zu Beginn des Jahrhunderts der Niedergang Europas eingeleitet worden ist.

¹ Vgl. Z. Brzezinski, To Strasbourg or Sarajevo?, in: The European Magazine, February/March 1991, S. 20–24.

Einer der wesentlichen, dem Ersten Weltkrieg zugrundeliegenden Faktoren bestand im Problem der Nationen- und Staatenbildung in Europa. Dieser Prozeß ist auch heute noch nicht abgeschlossen – im Gegenteil, er wird im Gefolge der Auflösung der alten Ordnung jetzt wieder virulent. In Jugoslawien, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in der Tschechoslowakei ist dieser Trend offenkundig. Bis vor kurzem gab es 35 Staaten in Europa. Etwa 50 Nationen jedoch erheben Anspruch auf staatliche Souveränität. Das Herausbilden von Staatsgrenzen wie im Westen pflanzt sich jetzt weiter nach Osten fort. Daß dieser Prozeß friedlich abläuft, ist aufgrund historischer und aktueller Erfahrungen zu bezweifeln. Vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist in den letzten sieben Jahren infolge einer jahrzehntelangen willkürlichen Be-, Ent- und Umsiedlungspolitik zusätzlich ein schwer kalkulierbares Konfliktpotential aufgebaut worden. Im südlichen Teil Zentraleuropas und in Osteuropa machen die „Minderheiten“ z. T. bis zu 50 Prozent der jeweiligen Populationen aus. Ohne Eingreifen von außen treten diese Regionen in eine Phase tiefer Krisen und Auseinandersetzungen ein. Wie schwierig es aber ist, von außen einzuwirken, zeigt das Beispiel Jugoslawien.

Der Krieg in Jugoslawien ist keine bedauerliche Entgleisung. Er ist symptomatisch für die zweite Seite der Medaille, die seit den osteuropäischen Revolutionen sichtbar wird. Diese Seite besteht in einem rapiden wirtschaftlichen Niedergang der ehemals kommunistischen Länder, in enormen sozialen Spannungen und in neuer politischer Instabilität. Politische Fragmentierung und politischer Extremismus, geringe gesellschaftliche Partizipation und sinkende Legitimität politischer Eliten, Aufleben von Nationalismus, Fremdenhaß und Antisemitismus sind Symptome und Folgen dieser Entwicklung. Auf der außenpolitischen Ebene äußert sich dies in verschiedenen zwischenstaatlichen Konflikten. Und während auf internationaler Ebene abgerüstet wird, gibt es in den gefährlichsten europäischen Krisenzonen deutliche Aufrüstungsbestrebungen.

Das Problem besteht darin, daß in den ehemals kommunistischen Ländern aufgrund 40 bzw. 70 Jahre gültiger, völlig anderer Systemprinzipien die Voraussetzungen für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und von autoritären zu pluralen politischen Strukturen weitgehend fehlen. Der wirtschaftliche und politische Neuaufbau in diesen Ländern erfolgt im Verhältnis zum Zusammenbruch der alten Strukturen zu langsam, als daß er ihn kompensieren könnte. Das zweite Problem ist,

daß die labile Situation, die in Osteuropa entstanden ist, auf die Stabilität in Westeuropa zurückschlägt. Auch in Westeuropa sind eine politische Radikalisierung, ein zunehmender Nationalismus, ein neuartiges Infragestellen der Grenzen und ein separatistischer Regionalismus evident.

III. Europa braucht neue Strategien und neue Instrumente

Hoffnungen werden in dieser Situation vor allem auf die Europäische Gemeinschaft und auf die NATO gesetzt. Diese Organisationen stellen die wichtigsten und stabilsten supranationalen Strukturen in Europa dar, die eine gewisse Integrationswirkung entfalten. Diese Strukturiertheit unterscheidet den Kontinent heute positiv von den Gegebenheiten in der Zwischenkriegszeit. Ohnehin ist Westeuropa die Region nicht nur der ökonomisch, sondern auch institutionell-politisch dichtesten Vernetzung in der Welt. Dieser Tatbestand wirkt vorteilhaft auf Osteuropa zurück im Sinne einer Vorbild- und Lernfunktion hinsichtlich Kooperation, Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit, multilateraler Institutionalisierung usw. Aber weder die EG noch die KSZE noch die NATO sind Organisationen, die die ökonomischen, sozialen, politischen, ethnischen und nationalen Probleme Osteuropas zu lösen imstande sind.

Die EG, die KSZE und die NATO sind supranationale Gebilde der Nachkriegszeit, des bipolar geteilten und sicherheitspolitisch relativ stabilen Europas der Ära 1945 bis 1989, in der die bis 1945 typischen Konflikte in beiden Hälften Europas durch eine von außen vorgegebene Ordnung eingedämmt worden sind. Vorerst besteht mehr Hoffnung als praktisch sichtbar wäre, daß diese Organisationen zu Instrumenten des Krisenmanagements und der Konfliktbeilegung für das Europa der neuen Ära mutieren. Die EG ist selbst in ökonomischer Hinsicht überfordert. Jaques Attali, Chef der für die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in Osteuropa gegründeten Europäischen Bank für Zusammenarbeit und Entwicklung, meint, daß etwa 3 000 Milliarden Dollar nach Osteuropa fließen müßten, damit diese Region in absehbarer Zeit den Anschluß an die westeuropäische Entwicklung finden kann. Derzeit sieht es nicht so aus, als ob die westlichen Länder bereit wären, solche Summen aufzubringen. Bisher konnte man sich gerade durchringen, Hilfs- und

Investitionsprogramme von bescheidenen 30 Milliarden aufzulegen.

Eine nachholende Entwicklung ist nicht möglich, wenn die neuen Eliten in Osteuropa das Heil in äußeren Faktoren sehen. Weder die Weltbank, noch der Internationale Währungsfonds, noch die EG oder die NATO und auch nicht die reinen Prinzipien der Marktwirtschaft werden Osteuropa retten. Die genannten Organisationen sind schon aus historischen Gründen wie im eigenen Zukunftsinteresse verpflichtet, so weit wie möglich Hilfe zu leisten. Doch wird den osteuropäischen Eliten niemand abnehmen, nationale Strategien für ihr wirtschaftliches Fortkommen zu entwickeln und umzusetzen. Orientierungshilfen gibt es. Weder Deutschland in der zweiten Hälfte des letzten und zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnte gegenüber der führenden Weltmacht Großbritannien aufholen, noch Japan in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber der führenden Industrienation USA dadurch, daß ein marktwirtschaftlich-liberales Laissez-faire-Prinzip angewendet worden wäre.

Das Geheimnis des Erfolgs liegt in der relativen Betonung des Staates als Entwicklungsmotor, der systematischen Schaffung eines leistungsfähigen Binnenmarktes und der gezielten Förderung der Infrastruktur gemäß einem auf Weltmarktcompatibilität abzielenden Plan für die Entwicklung der Industrie. Dies kann nur gelingen auf Grundlage einer staatlich kontrollierten Politik zwischen Weltmarktöffnung und Protektionismus, die gleichzeitig auf die Stärkung der eigenen ökonomischen Basis und auf Weltmarktfähigkeit gerichtet ist. Welches die konkreten Ansatzpunkte, Zielsetzungen und Schritte einer solchen Strategie sind, hängt von den jeweiligen nationalen Voraussetzungen, Ressourcen sowie dem Umfeld und den Handlungsspielräumen ab.

IV. Die wahren europäischen Grenzen

Das Tauwetter in den osteuropäischen Ländern und zwischen den Blöcken läßt nicht nur die in den letzten 45 Jahren eingefrorene Demarkationslinie von Jalta schmelzen. Es bringt auch wieder die alten europäischen Grenzen, die alten europäischen Konfliktlinien zum Vorschein, die in den vergangenen Jahrzehnten vom Eis des Kalten Krieges überdeckt gewesen sind. 55 Prozent der Grenzen in Europa sind erst im 20. Jahrhundert gezogen

worden, die meisten davon auf Friedenskonferenzen, auf denen die jeweils aktuellen machtpolitischen Konstellationen und Interessen eine wesentliche Rolle gespielt haben. Im gegenwärtigen Prozeß der Auflösung und Umgruppierung in Europa steigert dies die geopolitische Fragilität und Instabilität.

Zu den neuen alten Konfliktlinien gehört auch das *deutsche Problem*. In den vergangenen 45 Jahren war Deutschland nicht souverän, geteilt, geschwächt. Deutschland ist jetzt wieder das, was es früher war: die zentrale Macht in Europa, die zahlenmäßig stärkste Nation mit dem größten Wirtschaftspotential. Man mag in Bonn auf die Gleichberechtigung der EG-Mitgliedstaaten verweisen; Tatsache ist, daß die neue Bundesrepublik fast ein Viertel der EG-Bevölkerung ausmacht und ein Drittel des Bruttosozialproduktes der Gemeinschaft erwirtschaftet.

Es wird in Europa wieder stärker in Kategorien gedacht, wie regionale Gegengewichte geschaffen werden können, wie die gestiegene Macht Deutschlands zu neutralisieren sei. Das spürt man in Deutschland. Daß die Bonner Regierung ständig betont, sie würde nichts ohne die Zustimmung und den Konsens aller EG-Partner unternehmen, ist keineswegs nur Ausdruck eines in Deutschland fest verankerten europäischen Gedankens. Es ist auch Folge der Angst vor einer Isolierung, vor einer Wiederholung der traditionellen Frontstellung in Europa gegen Deutschland.

Ein anderer Teil des Problems besteht darin, daß das Tauwetter auch wieder eine noch viel ältere Grenze in Europa zum Vorschein bringt – jene soziokulturelle Grenze, die zugleich die religiöse Linie zwischen den Katholiken und Protestanten auf der einen Seite und den Orthodoxen auf der anderen und darauf fußend zwischen zwei politischen Systemen markiert. Auf dem Balkan verläuft diese Linie unter anderem zwischen Serbien und Kroatien. Was derzeit in Jugoslawien passiert, kann, wie es Michel Foucher ausgedrückt hat, auch (aber sicher nicht ausschließlich) als Dislozierung der beiden sozio-kulturellen Systemtypen interpretiert werden². Diese alte europäische Trennlinie zum Osten verschafft sich Geltung nach dem mißglückten Unterfangen, sie mit Hilfe der „Sowjetisierung“ auf dem Gebiet der ökonomischen Modernität, aber gerade auch in religiös-kultureller Hinsicht zu überwinden.

² Bei einem Vortrag im Wissenschaftszentrum Berlin am 12. 11. 1991.

Die politische Teilung Europas war vorübergehend und ein künstliches Phänomen. Ob die Ergebnisse der kommunistischen Modernisierungsanstrengungen und jetzt der Wille zur „Europäisierung“ die Jahrhunderte währende sozio-kulturelle Grenzlinie nach Osten verschoben werden, das wird sich erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten herausstellen. Mir erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich im Ergebnis der Veränderungen in diesem Jahrhundert der Graben zwischen dem Westen und dem Osten noch vertieft. Positive Auswirkungen wären davon sicher nicht zu erwarten. Um so notwendiger ist eine Politik, die als „Europäer“ diejenigen definiert, die am Aufbau des „Projekts Europa“ teilnehmen wollen, und sie in diesem Bemühen möglichst weitgehend unterstützt. Daraus können sich freilich neue Konflikte ergeben. Die „europäische Idee“ wird aus Belgrader, Bukarester und möglicherweise auch bald wieder aus Moskauer Perspektive anders empfunden und bewertet als in Warschau und Budapest – nämlich als fremde, hegemoniale und kulturzerstörende Mission. In den Reaktionen der serbischen Führung gegenüber der EG im allgemeinen und Deutschland im besonderen, deren versuchte Einflußnahme im Bürgerkrieg betreffend, schwingt dieses Moment bereits deutlich mit.

Es gibt auch noch andere Grenzen: Grenzen der Politik. Das Problem, den europäischen Kalamitäten und den damit verbundenen Herausforderungen zu begegnen, besteht erstens im *Zeitfaktor*. Seit 1989 gehen die Umwälzungen in dieser Region mit einer Geschwindigkeit vor sich, gegen die sich der geschichtliche Verlauf in den vergangenen vierzig Jahren wie im Schneckentempo darstellt. Die europäische Politik krankt nicht nur daran, daß sie auf die neue Situation nicht vorbereitet ist. Auch wenn sie vorbereitet wäre, würde sie notgedrungen hinter der rasanten Entwicklung herhinken.

Das zweite Problem besteht in der *Kumulation* der Schwierigkeiten. Zuerst – im Jahre 1989 und 1990 – glaubte man noch, die bestehenden Probleme seien im wesentlichen mit wirtschaftlichen Mitteln zu lösen. Inzwischen dämmert, daß die Renationalisierung in Osteuropa, die unvergessenen historischen Belastungen zwischen den Völkern, die ethnischen Konflikte, die soziale Polarisierung, das Machtstreben der alten und neuen Eliten, das Weiterwirken von 40 bzw. 70 Jahren autoritärer Strukturen und entsprechender Denk- und Handlungsmuster in den ehemals kommunistischen Systemen, die fehlende Verwurzelung einer demokratischen und partizipativen Tradition, die unzulängliche Legitimation politischer Eliten und

rechtsstaatlicher Institutionen in Osteuropa, die fehlende Basis eines innovativen Unternehmertums und einer Mittelschicht, die Angst vor einer Völkerwanderung von Ost nach West, vor Überfremdung und dem Verlust von Identität zusammen mit den ungelösten wirtschaftlichen Kalamitäten ein riesiges, komplexes Bündel von Problemen darstellt, das zum Teil die Einzelprobleme verschärft, zum Teil Lösungsmöglichkeiten und -ansätze paralyisiert. Europa steckt plötzlich in einem Problemkomplex von miteinander verwobenen Identitäts-, Legitimitäts-, Partizipations-, Distributions- und Integrationskrisen, die alle gleichzeitig zu lösen wären. Die Politik ist damit überfordert.

Und das dritte Problem – zusammenhängend mit den vorgenannten – besteht in der Tendenz zur *Irrationalität*. Schon zu „normalen“ Zeiten ist bekanntlich der irrationale Faktor in der Politik relativ stark ausgeprägt. Unter den Bedingungen erhöhten Problem- und Zeitdrucks, unter der Prämisse verschärfter und konkurrierender Auseinandersetzungen über die Lösung von Problemen, potenziert sich der irrationale Faktor.

V. Interessendivergenzen

Auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs ist es ein vordringliches Anliegen, möglichst rasch den Aufbau der Marktwirtschaft in Osteuropa voranzubringen, demokratisch-parlamentarische Strukturen zu festigen, die beiden Hälften des Kontinents wirtschaftlich zu verflechten und gemeinsame, übergreifende Sicherheitsstrukturen zu etablieren. Die Übereinstimmung der Interessen ist dennoch limitiert.

Im Ostteil Europas geht es um elementare Fragen, vor allem der Sicherung eines Mindestlebensstandards für die Bevölkerung, den Neubau der Ökonomien und der Stabilisierung noch sehr fragiler neuer politischer Strukturen. Für die Tschechen und Slowaken und eine Reihe weiterer Nationalitäten in Zentral- und Südost- und Osteuropa spielt darüber hinaus das Problem der ethnischen Integration und damit zusammenhängend der staatlichen Einheit bzw. der Eigenstaatlichkeit eine zentrale Rolle.

Die nationalen Ressourcen, um mit den rezessiven und depressiven wirtschaftlichen Tendenzen, der Virulenz der ethnischen Konflikte und den sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten fertig zu werden, sind in Osteuropa schwach. Daß auf Hilfe von

außen gehofft wird, ist begreiflich. Diese verspricht man sich vor allem von der Europäischen Gemeinschaft und der NATO. Die EG wird als Gemeinschaft hochproduktiver und reicher Länder perzipiert, in deren Hand es liege, ob und wie rasch die ehemaligen Planwirtschaften an den Westen anzuschließen vermögen. Insofern ist auch einsichtig, daß die maßgeblichen politischen Kräfte in Osteuropa möglichst schnell die „EG-Kompatibilität“ ihrer Länder zustande bringen wollen. Die Nordatlantische Allianz wird als Bollwerk erachtet, das dem Kommunismus die Stirn geboten und ihn auch noch friedlich besiegt habe. Die Anträge verschiedener ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten, in das westliche Verteidigungsbündnis aufgenommen zu werden, sind also ebenfalls folgerichtig.

Im Gegensatz dazu erwartet man von der KSZE weniger. Die EG verfügt über die Macht realer ökonomischer Mittel und über wirtschaftliche Sanktionsmöglichkeiten. Die NATO kann ein gewaltiges militärisches Potential aufbieten, um die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen. Die KSZE dagegen ist eine Folge von *Konferenzen*, auf denen diskutiert und auch gemeinsame Resolutionen verabschiedet werden können. Wie weit deren Verbindlichkeit reicht, zeigt am krassesten das Beispiel Jugoslawien. Dennoch findet sich in allen außenpolitischen Deklarationen osteuropäischer Regierungen das Bekenntnis auch zur KSZE. Damit will man vor allem den westlichen Politikern entgegenkommen, die, wenn es um die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Ost- und Westeuropa geht, nicht zuletzt auf die Bedeutung des „KSZE-Prozesses“ verweisen.

Diese tun dies freilich auch deswegen, weil das Beibehalten der bisherigen Strukturen sowie sicherheitspolitische Debatten und Deklarationen der KSZE dem Westen weniger abfordern als z. B. die Öffnung der NATO. Das Motiv ist leicht nachvollziehbar: Eine Aufnahme von Ländern mit einer ungewissen wirtschaftlichen und damit auch politischen Zukunft, von Ländern, die aufgrund ethnischer Konflikte in sich gespalten oder in Konflikte mit anderen Ländern verwickelt sind, würde die NATO in ihrem bisherigen Selbstverständnis, ihrer bisherigen Ausrichtung und Struktur fundamental verändern. Ihr Sicherheitsproblem würde plötzlich nicht mehr außerhalb, sondern in erheblichem Maße *innerhalb* und möglicherweise zwischen ihren Mitgliedern liegen. Was wäre beispielsweise in dem Fall zu tun, wenn die ČSFR auseinanderbrechen drohte und dort die Gruppe der Föderalisten unversöhnlich jener der Separatisten gegenüberstünde? Wie lange bliebe der bishe-

rige Bestand der NATO aufrecht, wenn es zu Auseinandersetzungen über diese und andere völlig neuartige Fragen innerhalb der Allianz käme und diese dann unmittelbar involviert wäre?

Insofern erscheint die vorsichtige und bedächtige Politik der NATO vernünftig, zunächst zusammen mit den ehemaligen Warschauer-Pakt-Mitgliedern einen *Kooperationsrat* zu bilden, in dem sicherheitspolitische Belange von gemeinsamem Interesse erörtert werden sollen. Schließlich wäre niemandem gedient, die einzige kollektive militärische Sicherheitsorganisation zu gefährden, die es in Europa – unter Einschluß Nordamerikas – gibt.

Aus östlicher Perspektive stellt sich die Frage der eigenen und auch der europäischen Sicherheit freilich etwas anders dar. Das sicherheitspolitische Vakuum, in dem sich die osteuropäischen Länder seit der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation befinden, füllt dieser Kooperationsrat nicht. Faktisch stellt er aus östlicher Sicht mehr oder weniger ein Placebo dar wie die KSZE, dessen Verbindlichkeit kaum weiter greift als die gemeinsam gefaßten Beschlüsse im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Und zweifellos ist heute schon die Richtigkeit des Arguments osteuropäischer Außenpolitiker fühlbar, die Unsicherheitslage im Osten schlage auf die Stabilität im Westen zurück und werde spätestens dann zu einem schwerwiegenden Problem auch für den Westteil des Kontinents, wenn ein Konflikt real ausbricht.

In der Frage der Sicherheit gibt es eine Reihe gemeinsamer Ansichten und Ziele in Ost- und Westeuropa, aber auch eine Reihe divergierender Interessen und Vorstellungen, wie Sicherheit zu definieren, zu erreichen und zu bewahren sei. Ähnliches gilt für die Integration in die Europäische Gemeinschaft. Die Osteuropäer wollen möglichst schnell aufgenommen werden, weil sie sich von einer Mitgliedschaft wirtschaftliche Hilfe, ausländische Investitionen und Absatzmärkte für ihre Produkte versprechen. Nur wenn ihr uns aufnehmt, wird argumentiert, ist unsere wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Nur wenn unsere wirtschaftliche Entwicklung gesichert ist, gibt es politische Stabilität. Und nur wenn es bei uns politische Stabilität gibt, ist auch eure politische Stabilität nicht ständig bedroht.

Zum Teil wird dies in Westeuropa ebenso gesehen. Aber hinsichtlich des Verhältnisses gegenüber den ehemaligen RGW-Ländern spielen auch noch andere Gesichtspunkte eine Rolle. In den Augen vieler Westeuropäer ist die Europäische Gemeinschaft nicht jener Club der Reichen, als der er in

Osteuropa und in der sogenannten Dritten Welt betrachtet wird. Innerhalb der EG existieren erhebliche Produktions- und Wohlstandsunterschiede. Vergleichsweise reich ist nur die Kernzone Dänemark, Westdeutschland und Norditalien. Davon mehr oder weniger deutlich abgestuft rangieren der südliche Teil Englands, die Benelux-Staaten, Frankreich und eine relativ schmale Zone Mittelitaliens. Die ärmere Peripherie bildet ein Gürtel, der von Schottland über Irland, Portugal, Spanien, Süditalien bis nach Griechenland reicht. Trotz teilweise jahrzehntelanger Integration und Ausgleichsmaßnahmen ist bislang nur eine begrenzte Angleichung innerhalb der EG erfolgt – wobei es in den jeweiligen Zonen auch noch zum Teil erhebliche Gefälle zwischen Zentren und Randbereichen gibt. In Osteuropa tendiert man dazu, die Entwicklung der EG mit der relativ hohen Wachstums- und Wohlstandsdynamik Westdeutschlands gleichzusetzen.

Vor allem aus dem Blickwinkel der EG-Peripherie sind die osteuropäischen Volkswirtschaften potentiell gefährliche Konkurrenten, weil diese von ihrer Außenhandelsstruktur her ähnlich wie sie selbst sind. Nur durch eine Mischung von „Zuckerbrot“ (verschiedene Zugeständnisse und das Versprechen auf höhere Ausgleichszahlungen an den Süden) und „Peitsche“ („wenn ihr nicht mitmacht, laufen die Entscheidungen gegen euch“) konnten die ärmeren EG-Länder vor und auf der Maastrichter EG-Konferenz Anfang Dezember 1991 von einer Obstruktionsstrategie gegen die Annäherung Osteuropas abgebracht werden. Bestätigen sich die Befürchtungen der ärmeren EG-Mitglieder, wegen der vor allem von deutscher Seite forcierten Kooperation mit Osteuropa, Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen zu müssen, dann dürfte sich die Kompromißbereitschaft und insgesamt die Atmosphäre innerhalb der EG in Zukunft kaum harmonischer gestalten. Die schwierigen Verhandlungen in Maastricht sind bezeichnend gewesen für die Klimaveränderung, die durch die neue Lage in Europa auch innerhalb der EG bewirkt worden ist.

Dazu kommen divergierende politische Motive, welche die nationalen Strategien gegenüber einer wirtschaftlichen Anbindung Osteuropas an den Westen beeinflussen. Deutschland ist schon aufgrund seiner geographischen Lage von möglichen negativen Entwicklungen in Osteuropa am meisten tangiert und daher an Unterstützung für die dortige wirtschaftliche und politische Stabilisierung auch am meisten interessiert. Ökonomisch mit der Integration der ehemaligen DDR erheblichen Belastungen unterworfen, setzt die deutsche politi-

sche Elite alles daran, das osteuropäische Problem zu europäisieren, d.h. die EG zu engagieren. Frankreich dagegen betrachtet den zentral- und osteuropäischen Raum mehr oder weniger bereits als deutsche Einflußsphäre und befürchtet, das Einbeziehen Osteuropas habe eine Stärkung der deutschen Position in der Gemeinschaft zur Folge. Außerdem spielen wirtschaftliche Vorbehalte (u. a. mögliche Agrar- und Stahlexporte aus Osteuropa) eine Rolle. Großbritannien wiederum wehrt sich gegen eine ökonomische und politische Vereinheitlichung der Gemeinschaft, die nach Londoner Ansicht nur die deutsche Dominanz in der Gemeinschaft zementieren bzw. ausbauen würde, und sieht in einer Annäherung Osteuropas ein Mittel zur Verhinderung einer Politischen Union.

So verschärfen sich auch die politischen Kontroversen innerhalb der Gemeinschaft. Die Deutschen werfen den Engländern vor, ihre (die deutsche) vernünftige gesamteuropäische Politik zu torpedieren, und die Engländer beschuldigen die Deutschen, ganz Europa nach ihren Vorstellungen unifizieren zu wollen. Die unterschiedlichen Interpretationen des von Bonn durchgedrückten Beschlusses bezüglich der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zum 15. Januar 1992 werfen ebenfalls ein Schlaglicht auf die politische Übereinstimmung in der EG. Bezeichnend ist auch, daß seit dem „großen Schritt“ in Richtung europäische Einheit, den vor allem Deutschland in Maastricht hat tun wollen, neben der Betonung einheitlich-europäischen Vorgehens gerade auch in außenpolitischen Fragen, Bonn immer öfter damit droht, „notfalls auch allein voranzugehen“.

VI. Lebenswelten Ost und West

Diese Querelen werden in Osteuropa als frustrierend empfunden. Jahrzehntlang hat der Westen die Fahne der Freiheit geschwenkt, in die Abwehr der Bedrohung durch den Kommunismus investiert und in Notfällen Care-Pakete geschickt. Und jetzt, wo endlich der Zeitpunkt gekommen ist und es darum geht, die im Osten errungene Freiheit mit wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen aufzubauen, zeigt man sich knauserig und in der jeweiligen Ostpolitik von selbstsüchtigen nationalen Interessen geleitet. Die Engländer, Franzosen, Spanier und Griechen zeigen auf die Deutschen, wenn es um konkrete Hilfe für den Osten geht, die Deutschen auf die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft will auch die USA und Japan in

die Unterstützung einbinden, die USA und Japan aber sagen, Osteuropa sei ein europäisches Problem. Während im Westen der eine dem anderen den Schwarzen Peter zuzuschieben sucht, geht es im Osten vielen von Monat zu Monat schlechter. Die Lebenshaltung wird immer schwieriger, immer mehr Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz und die Lebenschancen stellen sich für viele jedenfalls vorerst nicht besser als früher dar. Die Hilfe, die der Westen leistet, wird als viel zuwenig, kleinlich und dazu noch von eigensüchtigen Streitereien beeinträchtigt wahrgenommen.

Die im Jahre 1991 immer öfter und immer deutlicher vermittelte Enttäuschung in Osteuropa über den Westen wird dort wiederum vielfach als überzogene und undankbare Anspruchs- und Erwartungshaltung gedeutet. Sind von der Europäischen Gemeinschaft, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen internationalen Zusammenschlüssen nicht Milliardenprogramme aufgelegt worden, um diesen Ländern aus ihrer Krise zu helfen? Haben sie nicht großzügige Unterstützung bekommen – von Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Zahlungsbilanz über die Aufnahme ins Allgemeine Präferenzsystem der EG (was ihnen einseitig Zollfreiheit für bestimmte Industrieprodukte garantiert), Infrastruktur- und Umweltschutzhilfen, bis zur Unterstützung bei der Ausbildung von Managern und Verwaltungsfachleuten, nicht zu sprechen von Lebensmittelsoforthilfe und Medikamententransfer?

Wir haben unseren Wohlstand auch nicht von einem Tag auf den anderen erreicht, wird dem Osten entgegengehalten. Wir haben Jahrzehnte dafür gearbeitet, und genau das solltet ihr jetzt auch tun: die Ärmel aufkrepeln und erstmal ordentlich anpacken. Daß hohe Konsumerwartungen erfüllt werden sollen, ohne dafür die entsprechende Leistung erbracht zu haben, wird als Anmaßung empfunden. Doch im Osten hat man bereits jahre- und jahrzehntelang gewartet, und will jetzt, da die Freiheit und die Konsummöglichkeiten endlich da sind, nicht noch einmal auf später vertröstet werden. Wann soll man denn anfangen zu leben? Wenn man gestorben ist?

Daß wenige Politiker und noch viel weniger einfache Bürger in den beiden Lebenswelten Ost und West mit den Kriterien und Maßstäben des jeweils anderen messen und bewerten, ist begreiflich. Die Medien versuchen eher als Ausnahme, dem jeweiligen (mittlerweile nicht selten schon wieder Feind-) Bild korrigierend und Verständnis weckend entgegenzuwirken, vielfach verstärken sie noch die jeweiligen Auffassungen und Perzeptionen.

So entsteht Enttäuschung, Entfremdung, Rückzug und Abgrenzung.

Zwei Jahre nach den Umbrüchen ist das subjektive Verhältnis zwischen Ost und West wieder viel widersprüchlicher als in der Euphorie der Revolutionszeit 1989/90. Einerseits ist nun eine gemeinsame Basis da, gibt es viel mehr Gemeinsamkeiten, auch mehr Austausch und mehr Kooperation als je in den vergangenen Jahrzehnten. Andererseits werden jetzt, da der politische Feind Kommunismus weggefallen ist, auch die menschlichen und sozialen Differenzen wieder sichtbarer. Wie mit dem Tauwetter zwischen Ost und West und dem Wegfall der politischen Verkrustung alte ethnische und sozio-kulturelle Konfliktlinien auf dem Kontinent wieder sichtbar werden, so auch im zwischenmenschlichen und -gesellschaftlichen Bereich alte Verhaltensmuster: Neid, Mißgunst, Gruppenverhalten, Revierverteidigung, Abwehr und Ausgrenzung.

Selbstverständlich ist eine Politik notwendig, die um Verständnis für die Probleme, Einstellungen und Verhaltensweisen des jeweils anderen wirbt. Daß eine solche Politik beschränkt bleibt, weil es um divergierende, nur begrenzt konsens- und kompromißfähige Interessen geht, ist andererseits auch evident. Eine Partei, die sich zum Anwalt höherer finanzieller Transfers nach Osteuropa oder der Öffnung des eigenen Arbeitsmarktes für osteuropäische Arbeitnehmer macht, wird nicht nur in Ostdeutschland angesichts der Tatsache, daß mittlerweile realiter jeder fünfte Erwerbstätige arbeitslos ist, sondern auch im Westen wenig politische Chancen haben.

Angesichts widersprüchlicher Konfliktlagen und von Interessenkonflikten kommt es nicht selten zu merkwürdigen politischen Verrenkungen, die auf der anderen Seite Irritationen auslösen und schon bestehende Urteile oder Vorurteile bestätigen. So verspricht etwa Giscard d'Estaing in Budapest, sich in der EG für osteuropäische Agrarexporte stark machen zu wollen, und ist wenige Tage später in Paris an der Spitze eines Protestzuges von Bauern zu sehen, die gegen die Überschwemmung des französischen Marktes mit ausländischen Agrarerzeugnissen demonstrieren. Daß die Probleme nicht in ein eindimensionales Richtig-Falsch-Schema zu bringen sind, wird freilich meist nur für das eigene Verhalten akzeptiert. Auf der Gegenseite findet man sehr schnell den vermeintlichen logischen Bruch, die dahinterstehende, im doppelten Wortsinn „falsche“ Haltung und damit auch die Rechtfertigung für die Ambivalenz der eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen.

VII. Die Globalität des europäischen Problems

Die osteuropäische Krise weitet sich zusehends zu einer gesamteuropäischen aus. Angesichts der Probleme, die sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion auf tun, sowie der Isolierung, in der sich die beiden Teile des Kontinents jahrzehntelang befunden haben, darf dies eigentlich nicht verwundern. Nicht nur Osteuropa – ganz Europa befindet sich im Übergang. Die Frage ist, wohin dieser Weg führt. Findet der alte Kontinent – es wäre das erste Mal in seiner Geschichte – zu einem kooperativen und produktiven Zueinander, zur Realisierung jener Werte der Aufklärung und des Humanismus, die immer als „europäisch“ in Anspruch genommen werden? Immerhin ist man in den vergangenen Dezennien im Westteil des Kontinents diesbezüglich einige Schritte vorangekommen. Oder waren die vergangenen vier Jahrzehnte – wenn auch eines waffenstrotzenden und fremdbestimmten und für die Völker Osteuropas leidvollen Friedens – nur eine Zwischenperiode, nach deren Ende Europa jetzt dort anknüpft, wo es 1945 aufgehört hat? Seit dem 19. Jahrhundert ist das Zentrum Europas ein „Hauptkampffeld nationaler Antagonismen“, wie der Historiker Rudolf Jaworski schreibt³.

Schon im letzten Jahrhundert ist die Durchsetzung des jeweiligen nationalen Interesses und der nationalen Emanzipation auf Kosten der jeweiligen Nachbarn erfolgt, und das hat sich bis 1945 nicht geändert. Die aufbrechenden Auseinandersetzungen im Baltikum, zwischen Polen, der Ukraine und Weißrußland, in Moldavia zwischen den dort lebenden Russen und Rumänen, zwischen Ungarn und Rumänien, zwischen Bulgaren und Türken, zwischen Slowaken und Tschechen, zwischen Serben und Albanern, zwischen Italienern und Slowenen, und nicht zuletzt der bestialisch geführte, in Europa eigentlich schon nicht mehr vorstellbare Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Ethnien auf dem Balkan, zeigen, daß der Ausgang des gegenwärtigen europäischen Umbruchs durchaus offen ist.

Es gibt welche, die atmen erleichtert auf: Europa hat so viele Probleme, daß es kaum zur befürchteten Supermacht wird, die mit den USA und mit Japan auf globaler Ebene um die Neuaufteilung

von Einflußsphären zu kämpfen vermag. Die Gefahr liegt ganz woanders. Europa ist, wenn es von einer umfassenden Krise erfaßt worden war, schon zweimal in diesem Jahrhundert nicht damit fertig geworden. Die Konsequenzen waren nicht nur für Europa fatal, sondern für die ganze Welt. Amerika und nicht weniger Japan sollten sich daher an der Diskussion über die Lösung der europäischen Probleme und an Maßnahmen zur Krisenlösung intensiv beteiligen. Auch im wohlverstandenen eigenen Interesse.

Sicher können die europäischen Probleme nur in Europa gelöst werden. Es liegt an der EG wie auch an der NATO, dem östlichen Teil des Kontinents entgegenzukommen. Sicherheitspolitisch bedeutet das nur vordergründig mehr Risiko für den Westen, ökonomisch auf jeden Fall eine Umverteilung. Die Aufwendungen vergrößern sich für die reichen westeuropäischen Nationen dadurch, daß auch die peripheren West- und vor allem Südeuropäer Kompensationen für Export- und Marktchancen verlangen, die osteuropäischen Ländern in der EG eingeräumt werden.

Diese Perspektive hat bereits in den westeuropäischen Metropolen Auseinandersetzungen über die zukünftige Strategie ausgelöst. Hilfestellung für Osteuropa beeinträchtigt die Chancen, auf dem Weltmarkt gegen die amerikanische und vor allem japanische Konkurrenz zu bestehen⁴. Entschließt sich Westeuropa im Alleingang für verstärkte Osthilfe, wäre die stärkere Abschottung der Europäischen Gemeinschaft nach außen zwangsläufig. Die intensivierte außenwirtschaftliche Konfrontation auf globaler Ebene würde politische Konsequenzen nicht lange missen lassen. Wird Osteuropa vernachlässigt, werden die negativen Rückwirkungen (sehr schnell) auf ganz Europa und (mit geringer Verzögerung) auf das internationale Beziehungsgefüge nicht weniger gravierend sein.

Die europäischen Dilemmata sind nur international zu lösen. Die Kalamitäten des Kommunismus, für dessen militärische Eindämmung der Westen gemeinsam Tausende von Milliarden investiert hat, hat der Westen gemeinsam geerbt, ob er will oder nicht. Ist der Westen jetzt – nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes – nicht fähig, sich gemeinschaftlich der Probleme der neuen Freunde anzunehmen, so läuft er Gefahr, doch noch ein spätes Opfer des Kommunismus zu werden.

3 Vgl. R. Jaworski, Die aktuelle Mitteleuropadiskussion in historischer Perspektive, in: Historische Zeitschrift, (1988) 3, S. 540.

4 So z. B. K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung: Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben, München 1991².

Polen nach dem Kommunismus – quo vadis?

Bald werden bereits drei Jahre seit den Wahlen vergangen sein, durch die Polen als erstes kommunistisches Land das bis dahin herrschende System beiseite schob. Dem Beispiel Polens folgten die übrigen Länder des sowjetischen Blocks, schließlich auch – nach dem mißlungenen Moskauer Staatsstreich der Parteikonservativen im August 1991 – die Sowjetunion selbst. Vor unseren Augen stürzte ein Weltreich ein, zerbrach eine Doktrin, die Herrschaft über Hunderte Millionen Menschen begründet hatte. Wohin aber führt der Weg? Können wir eine Antwort auf diese Frage finden, wenn wir die aktuelle Situation Polens betrachten, desjenigen Landes also, das zuerst vom kommunistischen Weg abging?

I. Innenpolitik

1. Politische Organisationsstrukturen

Die polnische Politik erfuhr in dieser Zeit eine vollständige Umgestaltung, ohne dabei einen Zustand der Stabilität zu erreichen. Es kam zu einem totalen Zerfall der politischen Strukturen des kommunistischen Systems, denn selbst die heute noch bestehenden postkommunistischen Organisationen bewahren Kontinuität eher in personeller als in organisatorischer und ideeller Hinsicht. Die einzige Ausnahme bildet hier die Zentrale der im Gesamtpolnischen Gewerkschaftsbund (*Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych*) organisierten Gewerkschaften. Hingegen hat die wichtigste postkommunistische Partei, die „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej*), bis hin zur Namensgebung im Schatten einer Ideologie Zuflucht gesucht, die von den Kommunisten jahrzehntelang bekämpft worden war.

Es gab keine Parallelität zwischen destruktiven Prozessen auf der einen Seite und konstruktiven Prozessen zum Aufbau neuer politischer Strukturen auf der anderen Seite. In der ersten Phase der

Umgestaltung nahm die „Solidarność“ die zentrale Stellung im politischen Bereich ein. Hinter der Bezeichnung „Solidarność“ verbarg sich eine Ansammlung lose strukturierter Organisationen und informeller Gruppen, die in ihrer Gesamtheit über enorme Einflußmöglichkeiten verfügten. Für eine relativ kurze Zeit mochte es so aussehen, als ob die Tätigkeit des gesamtpolnischen „Bürgerkomitees“ beim Vorsitzenden der „Solidarność“, Lech Wałęsa, wie auch zahlreicher regionaler und lokaler Bürgerkomitees zur Bildung einer großen Partei der „Solidarność“-Bewegung führen würde. Verschiedene Gründe verhinderten, daß aus den Bürgerkomitees eine politische Partei und zugleich das zentrale Bindeglied der „Solidarność“-Bewegung wurde, welches sowohl die Gewerkschaften der abhängig Beschäftigten und der Bauern als auch Jugendorganisationen, kulturelle Vereine usw. umfaßt hätte.

Einer der Gründe lag darin, daß einige „Solidarność“-Politiker das Entstehen einer neuen quasi-totalitären Struktur befürchteten, die das gesamte politische Leben bestimmen und allein durch ihre Präsenz den Pluralismus ersticken würde. Ein anderer Grund war die mangelnde politische, ideelle und personelle Kohärenz der „Solidarność“, die als eine Art Antipartei gegen den Kommunismus entstanden war und abgesehen von dem gemeinsamen Gegner keinen starken Zusammenhalt aufwies. Der dritte Grund lag in einem deutlichen Verlust an gesellschaftlichem Einfluß, je mehr die sozialen Kosten der Wirtschaftsreform offenkundig wurden.

Das Auseinanderbrechen der „Solidarność“ führte zu einem Vakuum. Zwar formierten sich nacheinander verschiedene aus der „Solidarność“ hervorgegangene Parteien, sie entsprachen aber keineswegs den Anforderungen des neuzeitlichen europäischen Systems der parlamentarischen Demokratie. Es handelte sich um kleine Grüppchen, die sich in ihren Programmen kaum unterschieden und einer breiteren, sei es auch nur passiven Basis entbehrten. Sie verfügten weder über einen ausgebauten Wahlkampfapparat noch über leistungsfähige, zahlenmäßig starke Organisationen. Sie repräsentierten weder eine klar umrissene Ideologie noch die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Angelika Stutterheim-Munker, Bonn.

Läßt man einmal verschiedene Parteien außer acht, die nur ein kurzes Dasein hatten und später in einer größeren Gruppierung aufgingen, ebenso die ganz kleinen Parteien, die keinerlei Bedeutung erlangten, dann verbleiben einige wenige Parteien von Gewicht. Es erscheint lohnend, sie in einem systematischen Überblick vorzustellen – wenn auch unter dem Vorbehalt, daß der Weg bis zur Ausbildung eines stabilen Parteiensystems noch weit ist.

Unter den aus der „Solidarność“ hervorgegangenen Parteien, die sich auf die Prinzipien des demokratischen Sozialismus berufen, nimmt die „Solidarität der Arbeit“ (*Solidarność Pracy*) den ersten Platz ein. Ihr Führer ist der Wirtschaftswissenschaftler Ryszard Bugaj, einer der wichtigsten Wirtschaftsberater der alten „Solidarność“. Dagegen konnte die an historische Traditionen anknüpfende „Polnische Sozialistische Partei“ (*Polska Partia Socjalistyczna*) keine Basis gewinnen, ebensowenig die von Zbigniew Bujak, einem der hervorragendsten Arbeiterführer der „Solidarność“, geführte „Demokratisch-Soziale Bewegung“ (*Ruch Demokratyczno-Społeczny*). Alle diese Gruppierungen konnten ihr Ansehen auch deshalb nicht mehren, weil sie unfähig waren, eine Verständigung untereinander herbeizuführen, sich zu vereinigen oder doch wenigstens einen gemeinsamen Block zu bilden.

Die „Demokratische Union“ (*Unia Demokratyczna*) ist ein Sammelbecken für eine Vielzahl von Strömungen, was auch die durch das Statut sanktionierte Fraktionsautonomie unterstreicht. In der „Demokratischen Union“ findet man gemäßigte demokratische Sozialisten, Linkliberale, Ökologen, Liberalkonservative und christlich-soziale Politiker. Dieses Konglomerat wird durch die Autorität der Führungspersönlichkeiten zusammengehalten – der „Union“ gehören zahlreiche populäre Politiker an, Tadeusz Mazowiecki, Jacek Kuroń und Bronisław Geremek an der Spitze. Weitere integrierende Elemente sind: die entschlossene „europäische Option“ und die Absage an den Nationalismus, der intellektuelle und gelegentlich durch moralischen Anspruch bestimmte Politikstil. Dennoch kann man die „Union“ nur bedingt als eine Partei ausschließlich von Intellektuellen ansehen, da viele ihrer aktiven Mitglieder in der Vergangenheit als Arbeiterführer gewirkt haben, als bekanntester unter ihnen Władysław Frasyniuk.

Die „Zentrumsallianz“ (*Porozumienie Centrum*) hatte gleichfalls zunächst keine ausgeprägte politische Richtung. Zu ihr gehörten Christdemokraten

und Liberale ebenso wie Gewerkschaftler, die schon in der „Solidarność“ aktiv gewesen waren. Bis zu einem gewissen Grad wurde die „Zentrumsallianz“ zusammengehalten durch ihren Gegensatz zu der ersten Regierungs- und Parlamentsmannschaft der „Solidarność“-Bewegung. Erst später versuchte sich die „Zentrumsallianz“ im Sinne einer polnischen Christdemokratie zu profilieren. Dies gelang jedoch nur bedingt, da einige andere Gruppierungen nicht auf das christliche bzw. katholische Element in ihrer Namensführung verzichten mochten.

Der „Liberal-Demokratische Kongreß“ (*Kongres Liberalno-Demokratyczny*) schien über einen längeren Zeitraum hinweg nicht mehr als eine „Wohnzimmerpartei“ zu sein, in der sich ein kleiner Kreis junger Wirtschaftsfachleute zusammenfand, vorwiegend aus dem Danziger Milieu. Diese Gruppierung unterschied sich jedoch von anderen durch ihre politische und personelle Kohärenz. Die Liberalen gewannen landesweit an Format, insbesondere dank der Popularität von Jan Krzysztof Bielecki, dem Chef der zweiten nichtkommunistischen Regierung. Auf dem Feld der Wirtschaft ebenso wie in der Politik betonten sie ihre liberalen Positionen.

Von mehreren eher rechts anzusiedelnden christlichen Parteien stand eindeutig die „Christlich-Nationale Vereinigung“ (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*) unter Führung von Wiesław Chrzanowski, eines weiteren ehemaligen „Solidarność“-Beraters, an der Spitze. Die Christnationalen engagierten sich massiv im Kampf um die Einführung eines gesetzlichen Verbots des Schwangerschaftsabbruchs. Zu ihrer Popularität trug die Unterstützung durch die Kirche bei, aber auch eine nationalistisch gefärbte Rhetorik. Die „Christlich-Nationale Vereinigung“ betrachtete die „europäische Option“ mit einer gewissen Distanz, da sie in westeuropäischem Säkularismus und Kosmopolitismus eine Bedrohung für katholische und nationale Prinzipien erblickte. Nationalistisch geprägtes Denken beeinflusste auch ihre Vorstellungen zu Wirtschaftsproblemen. Die „Vereinigung“ kritisierte die durchgeführten Reformen wegen mangelnder Abschottung der heimischen Produktion und sprach sich für eine erhebliche Verstärkung protektionistischer Maßnahmen aus.

Eine besondere Stellung nahmen einige aus der „Solidarność“-Bewegung hervorgegangene bäuerliche Gruppierungen ein. Sie alle hatten ihre Wurzeln in der „Solidarność“ der Privatbauern, die seinerzeit der schwächere Partner der „Solidarność“

der abhängig Beschäftigten war. Die bäuerlichen Parteien litten unter ihrer Zersplitterung, eher personell als programmatisch motivierten Streitigkeiten, aber auch unter ihrer organisatorischen Schwäche. Sie bemühten sich, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten, indem sie Subventionen bzw. billige Kredite forderten sowie eine nahezu hermetische Abschottung durch Importzölle. Andere ideelle oder politische Fragen blieben eher am Rande, obgleich mit Blick auf die Stimmungen im ländlichen Bereich mit Vorliebe katholische und nationale Anschauungen herausgestellt wurden.

Zu den aus der „Solidarność“ hervorgegangenen Gruppierungen kann man mit gewissen Vorbehalten auch die „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“ (*Konfederacja Polski Niepodległej*) rechnen. Sie war schon vor der „Solidarność“ entstanden und hatte ihr gegenüber immer ihre Selbständigkeit bewahrt, obgleich sich Vertreter der Konföderation häufig an den Aktivitäten von „Solidarność“ beteiligten. Die „Konföderation“ verwies immer mit Stolz auf ihre angeblich sehr gut ausgebaute Organisation, aber sicherlich hatte sie in dieser Hinsicht den aus der „Solidarność“ hervorgegangenen Parteien nur wenig voraus. Sie hatte allerdings einen sehr starken inneren Zusammenhalt dank der unangefochtenen Autorität ihres Führers Leszek Moczulski. Das politische Programm der „Konföderation“ blieb eher unscharf. Gern wurde mit nationalen Schlagworten operiert, gleichzeitig betonte man die Notwendigkeit der europäischen und mitteleuropäischen Annäherung. Gegenüber der Kirche blieb die „Konföderation“ deutlich auf Distanz. Voller Ehrerbietung berief man sich auf Pilsudski, den Chef des autoritären Vorkriegsregimes, gleichzeitig befürwortete die „Konföderation“ die Einführung von Strukturen aus dem System der parlamentarischen Demokratie. Das Interesse für wirtschaftliche Probleme war nicht sehr stark ausgeprägt, wenn auch der unzureichende Schutz der polnischen Produktion bemängelt sowie eine aktivere Sozialpolitik gefordert wurde.

Über die besten Organisationsstrukturen verfügen diejenigen Parteien, die an eine schon zu kommunistischen Zeiten bestehende Tätigkeit anknüpfen konnten – sei es unmittelbar, sei es über eine Neubelebung. Dies gilt für die ehemaligen Kommunisten, die ihre Organisationsstrukturen zunächst aufgelöst hatten, dann aber neu aufbauten. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die ehemalige prokommunistische Bauernpartei und einige kleinere Gruppierungen. Alle diese Parteien bemühten sich ganz konsequent darum, die Interessen – oder doch wenigstens die Emotionen – einer bestimm-

ten gesellschaftlichen Gruppe zu vertreten. Auf der anderen Seite waren diese Parteien, insbesondere die Nachfolgeorganisationen der kommunistischen Partei (die „Sozialdemokratie“, die betont politisch unabhängig auftretende postkommunistische Gewerkschaftszentrale), durch ihre Vergangenheit belastet und wurden daher von einem bedeutenden Teil der Gesellschaft abgelehnt.

Während der Präsidentschaftswahlen im Herbst 1990 entstand eine neue Formation, die „Partei ‚X‘“ (*Partia ‚X‘*), die sich bemühte, das politische Vakuum zu füllen. Ihr Führer Stanisław Tyimiński errang einen enormen Erfolg, als er neben Lech Wałęsa die Hürde für den zweiten Wahlgang schaffte. Die „Partei ‚X‘“ appellierte an die Emotionen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die die hohen Kosten der Wirtschaftsreform zu tragen hatten. Die Anhänger Tyimińskis hatten zwar durchaus unterschiedliche Interessen, doch waren sie sich in einer globalen Ablehnung der „Solidarność“-Politik einig. Im folgenden Jahr konnte die „Partei ‚X‘“ ihre Position nicht mehr halten. Die öffentliche Bekundung eines vagen Protestes reichte lediglich für einen einmaligen Wahlakt zur Unterstützung der charismatischen Figur Tyimińskis aus. Es gelang der „Partei ‚X‘“ nicht, eine stabile, gutorganisierte Basis für das extreme Gemisch von Anschauungen zu schaffen, das sie kennzeichnete: nationalistisch und antiwestlich, dem politischen Katholizismus gegenüber ablehnend, liberal in den Forderungen nach Freiheit und Steuererleichterungen für polnische Unternehmer und Landwirte, protektionistisch in der Befürwortung von Subventionen und Zollbarrieren zum Schutz der heimischen Produktion.

Die Schwäche der Parteistrukturen ging einher mit einer Schwächung jeglicher anderer Strukturen, die wenigstens zum Teil und ersatzweise zwischen Staat und Bürgern hätten vermitteln können. Dies betraf die Gewerkschaften, die aus unterschiedlichen Gründen an Autorität und Organisationsstärke einbüßten. Die Funktion der „Solidarność“ als Gewerkschaft wurde innerhalb der „Solidarność“-Bewegung zunehmend verdrängt, während gleichzeitig die gesamte Bewegung auseinanderfiel. Die kommunistischen Gewerkschaften waren aufgrund ihrer Mitverantwortung für die kommunistische Vergangenheit geschwächt. In dieser Situation besteht die Gefahr, daß gewerkschaftliche Ausgleichsforderungen, die im Zusammenhang mit den Kosten gesellschaftlicher Reformen ansteigen, in unkontrollierbare Handlungen münden. Nicht selten versuchten die Gewerkschaften lediglich, spontane Eskalationen zu kanalisieren bzw. für die Stärkung der eigenen Position zu nutzen.

Nach wie vor ist die katholische Kirche eine Kraft im öffentlichen Leben Polens, jedoch geriet auch ihre Autorität etwas ins Wanken. Hatte die Kirche in kommunistischen Zeiten moralische Positionen vertreten, die einen Gegenentwurf zu Ideologie und Praxis des damaligen Systems bildeten, so kam es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu einem direkten politischen Engagement der Kirche und vieler ihrer Repräsentanten, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen versuchte die Kirche, ihre Moralvorstellungen und ihre Auffassungen zur Erziehung der Jugend in der polnischen Gesellschaft durchzusetzen. Diese Politisierung wurde schon bei der Kontroverse um die Einführung des Religionsunterrichts in der Schule deutlich, noch klarer trat sie in der Abtreibungsproblematik zutage. Die Gesellschaft spaltete sich in der Haltung zum Schwangerschaftsabbruch und der gleichzeitigen Beschränkung des Zugangs zu Verhütungsmitteln. Durch die starke Fixierung auf Probleme der Sexualethik und durch ihre politische Einflußnahme beeinträchtigte die Kirche ihre bis dahin unangefochtene Stellung in der Gesellschaft und geriet in eine umstrittene Position.

Zum zweiten waren bei einem Teil des Klerus und der eng mit der katholischen Kirche verbundenen Laienbewegung politische Ansichten verbreitet, in denen sich Katholizismus und Nationalismus verbanden. Obwohl die Kirche als Institution erklärtermaßen nicht unmittelbar in politische Auseinandersetzungen einzugreifen beabsichtigte, geriet sie in die Arena des politischen Kampfes, weil viele ihrer Vertreter, bis hin zu höchsten kirchlichen Würdenträgern, aus ihren Sympathien für die nationalistisch-klerikal eingestellte Rechte und aus ihrer Abneigung gegen die Linke – auch im traditionellen Wortsinn, demzufolge seinerzeit Gegner von Nationalismus und Intoleranz als Linke galten – keinen Hehl machten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die politischen Organisationsstrukturen, die sich im postkommunistischen Polen herausgebildet hatten, für ein Funktionieren des Systems der parlamentarischen Demokratie ausgesprochen ungünstig waren. So konnten sich zwei gefährliche Haltungen in der Bevölkerung ausbreiten: die eine besteht in der politischen Apathie, dem vollständigen Mangel an Interesse für den Bereich des öffentlichen Lebens; die zweite in der spontanen Aggression, die nicht in der Lage ist, politische Forderungen realistisch zu formulieren. Der Übergang von der ersten zur zweiten Haltung kann sich bei einer Häufung negativer Impulse schlagartig vollziehen und zur Bedrohung für die Fundamente des Systems werden.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus entstand in Polen eine staatliche Ordnung, die der europäischen Demokratie-Tradition entspricht: mit einem intensiv tätigen Parlament, einer ihm verantwortlichen Regierung, einem demokratisch gewählten Präsidenten mit weitreichenden, aber durch die Verfassung definierten Kompetenzen. Zur Vollendung des demokratischen Staates fehlen jedoch ein entsprechendes Fundament in Gestalt von gesellschaftlich-politischen Organisationen sowie entsprechende Fortschritte bei der Ausbildung eines staatstragenden, demokratischen Bewußtseins.

2. Parlamentarismus und Wahlen

Mehr als zwei Jahre lang war das große Manko des polnischen Parlamentarismus seine mangelnde demokratische Legitimation. Zwar ging der Senat aus demokratischen Wahlen hervor, doch waren seine Kompetenzen gering. Der Sejm hingegen wurde nach den Vereinbarungen des „runden Tisches“ zusammengesetzt, die kurz vor dem Zusammenbruch des Kommunismus getroffen worden waren. Sie garantierten den Kommunisten und ihren damaligen politischen Verbündeten 65 Prozent der Mandate. Wenn man bedenkt, daß die „Solidarność“ in der Abstimmung über die verbleibende Anzahl der Mandate beinahe 80 Prozent der Stimmen erhielt, so ist leicht einzusehen, daß der Sejm kein repräsentatives Parlament war und dadurch Autoritätseinbußen erlitt.

Dieses nicht repräsentative Parlament mußte nacheinander zwei von der „Solidarność“-Bewegung gestellte Regierungen tolerieren, blockierte aber gleichzeitig viele Gesetzesinitiativen und zwang zu Kompromissen. Die Auflösung des Sejms und die Durchführung von Neuwahlen wurden hinausgeschoben. Ihren Interessen entsprechend führten die den postkommunistischen Strukturen entstammenden Parteien die Verabschiedung einer am reinen Verhältniswahlrecht orientierten Wahlordnung herbei. (Dabei fanden sie auch die Unterstützung verschiedener kleiner Gruppierungen, die sich aus der „Solidarność“-Bewegung herleiteten.) Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Wałęsa kam es wiederholt zu Konflikten zwischen Präsident und Sejm.

Die Position des im Herbst 1990 gewählten Wałęsa war in verschiedener Hinsicht kompliziert. Die Wahl selbst erfolgte erst im zweiten Wahlgang, weil er im ersten Wahlgang weniger als die Hälfte der Stimmen erhalten hatte, und das bei einer Wahlbeteiligung von weniger als zwei Dritteln. Auf diese Weise widerlegte die Präsidentenwahl

gleichzeitig den Mythos, Wałęsa sei der unangefochtene Führer des gesamten Volkes. Große Schwierigkeiten verhiß die wahltaktisch-demagogische Verwendung des Schlagwortes „Beschleunigung“, denn eigentlich war der Präsident entschlossen, die bisher verfolgte Linie der Wirtschaftsreform, allgemein als „Balcerowicz-Plan“ bezeichnet, ohne größere Veränderungen fortzuführen. Die von Wałęsa berufene Regierung Bielecki wurde denn auch vor allem eine Regierung der Kontinuität, und Leszek Balcerowicz, Vizepremier dieser Regierung, festigte seine Position als Lenker der Wirtschaftspolitik. Schließlich ist noch anzumerken, daß es dem neugewählten Präsidenten in vielen Bereichen, insbesondere auf internationalem Parkett, an Erfahrung mangelte.

Da das Parlament nicht repräsentativ war, außerdem die „Solidarność“-Bewegung – die sich vorher auf die Unterstützung der großen Mehrheit der Bevölkerung hatte stützen können – auseinanderbrach, war Wałęsa trotz alledem der einzige durch demokratische Wahlen legitimierte Repräsentant der obersten Staatsorgane. Eine Zeitlang mochte es scheinen, als wolle er seine Position durch die Bildung einer Partei bzw. eines Blocks von dem Präsidenten nahestehenden Parteien ausbauen. Dazu war vor allem die „Zentrumsallianz“ auszuweisen, deren Führer Jarosław Kaczyński zum Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei avancierte, während seine Parteifreunde fast alle wichtigen Posten in der Präsidialkanzlei einnahmen. Diese Hinwendung des Präsidenten zur „Zentrumsallianz“ zeigte sich auch in der Berufung eines Beratergremiums (*Komitet Doradczy*), das sich beinahe ausschließlich aus dieser Partei nahestehenden Politikern zusammensetzte, sowie in den scharfen Angriffen auf die Führer der „Demokratischen Union“.

Wałęsa veränderte seine Linie in dem Maße, in dem die Parlamentswahlen heranrückten. Sicher spielten dabei Meinungsumfragen eine Rolle, die der „Zentrumsallianz“, mehr noch ihren führenden Politikern, keine allzu große Popularität bescheinigten. Hätte Wałęsa ihr unter diesen Umständen das Image einer Präsidentenpartei belassen, so wäre ein Popularitätsverlust für ihn selbst die Folge gewesen. Schließlich konnte er kein Interesse daran haben, mit einer Partei identifiziert zu werden, die bei den Wahlen nur einen geringen Stimmenanteil erhalten würde.

Zielscheibe der Wahlkampfattacken aller Parteien, mit Ausnahme der Liberalen und der „Demokratischen Union“, wurde die Person von Leszek Balcerowicz. Viele hofften, sein Abtreten

könnte der polnischen Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, obwohl ein alternatives, umfassendes Wirtschaftsprogramm fehlte. Auf der anderen Seite war sich der Präsident bewußt, daß Balcerowicz in Wirtschaftskreisen westlicher Staaten Vertrauen genießt; dort hätte sein Ausscheiden aus dem Amt als erster Schritt auf dem Weg zurück in das Chaos der Inflation verstanden werden können. Ernst zu nehmende polnische Wirtschaftsexperten unterstützten ebenfalls die Hauptthesen des „Balcerowicz-Plans“, wenn sie auch gelegentlich bestimmte Maßnahmen bzw. entsprechende Versäumnisse heftig kritisierten.

Bei den Wahlen im Oktober 1991 wurde lediglich eine Wahlbeteiligung von 43 Prozent erreicht, was in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts fast ohne Beispiel ist. Sie brachten eine starke politische Zersplitterung des Parlaments: Vertreter von 29 Listen zogen in den Sejm ein. Dieses Wahlergebnis verlangt eine weitergehende Deutung. Die niedrige Wahlbeteiligung war offensichtlich auch eine Folge der sehr komplizierten Wahlordnung, die insbesondere weniger gebildete Menschen ratlos machte. Diesem Umstand kann man die besonders niedrige Wahlbeteiligung auf dem Lande und in Kleinstädten zuschreiben. Die entscheidende Rolle spielten jedoch die Orientierungslosigkeit der Wähler nach dem Auseinanderbrechen der „Solidarność“ und ihre Enttäuschung nach den Präsidentschaftswahlen mit ihrem demagogischen und von uneingelösten Versprechen begleiteten Wahlkampf.

Unter den Ergebnissen für die einzelnen Parteien waren besonders überraschend: der gute zweite Platz – fast gleichauf mit der führenden „Demokratischen Union“ – der ehemaligen Kommunisten; das weit hinter den Erwartungen zurückgebliebene Abschneiden der „Demokratischen Union“; die relativ guten Ergebnisse der „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“ und der „Katholischen Wahlaktion“ (*Wyborcza Akcja Katolicka*) – unter dieser Bezeichnung war die „Christlich-Nationale Vereinigung“ angetreten; der große Erfolg der Liste der deutschen Minderheit; die völlige Bedeutungslosigkeit extrem nationalistischer und offen antisemitischer Listen, die sich in der Tradition der „Nationalpartei“ (*Stronnictwo Narodowe*) der Vorkriegszeit sahen. Eine gewisse Überraschung lag auch in dem deutlichen Vorsprung der noch aus kommunistischen Zeiten stammenden Bauernpartei vor der gemeinsamen Liste bäuerlicher Gruppierungen, die aus der „Solidarność“ entstanden sind.

Die früheren Kommunisten verdankten ihren Erfolg dem Umstand, daß ihre Anhänger relativ stark motiviert waren, an den Wahlen teilzunehmen. (Denn ein großer Teil von ihnen waren kommunistische Funktionäre der verschiedensten Ebenen, die eine Abrechnung mit der Vergangenheit fürchteten, besonders aber die von der „Zentrumsallianz“ und der „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“ beabsichtigte „Entkommunisierung“.) Sicherlich wandten sich ihnen aber auch zahlreiche völlig unpolitisch eingestellte Wähler zu, die von den negativen Folgen der Wirtschaftsreform betroffen waren.

Die „Demokratische Union“ schien noch wenige Wochen vor den Wahlen klar in Führung zu liegen. Später kam es dann zu einer Trendwende. Die im Ton maßvollen Wahlkampflogans der „Union“ paßten sicher nicht ganz zum Klima des Wahlkampfes. Mit ihrem Hauptslogan „Ich bin dafür!“ suggerierten sie geradezu Einverständnis mit den bestehenden Verhältnissen, die doch de facto eine tiefe Krise widerspiegeln. Eine große Rolle spielte sicher auch die ablehnende Haltung des Klerus, der der „Union“ religiösen Indifferentismus unterstellte. In einer verdeckt geführten Propagandakampagne klerikal-nationalistischer Kreise wurde die „Union“ sogar mit antisemitischen und antifreimaurerischen Argumenten bekämpft (obwohl man auf ihren Listen nur schwerlich Juden und Freimaurer ausfindig machen konnte).

Die größte Überraschung brachte das Abschneiden der „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“. Obwohl auch sie nicht gerade das Wohlwollen der Kirche genoß, wurde sie doch als einzige der größeren antikommunistischen Parteien nicht zugleich mit der zerstrittenen „Solidarność“ identifiziert. Der „Konföderation“ wurde keine Mitverantwortung angelastet, weder für die kommunistische Herrschaft noch für die von der „Solidarność“-Bewegung gestellten Regierungen. Sie hatte es auch verstanden, sich dem demagogischen Ton des Wahlkampfes anzupassen, indem sie den „Balcerowicz-Plan“ nicht mit Kritik verschonte und auf die nationalen Gefühle der Polen abhob.

Schon eher konnte man mit dem Erfolg der Christ-nationalen rechnen, nachdem die Kirche sich damit einverstanden erklärt hatte, daß sie unter der Bezeichnung „Katholische Aktion“ antreten, und ein bedeutender Teil des Klerus die Gläubigen aufrief, ihre Stimme zugunsten der entsprechenden Listen abzugeben. Dennoch enthielt der Erfolg der „Katholischen Aktion“ einen Wermutstropfen, denn sie konnte breitere Unterstützung nur auf

dem Lande und in Kleinstädten, bei der älteren Generation und generell vorwiegend bei Bevölkerungsgruppen mit geringer Bildung finden. (Dies zeigen soziologische Untersuchungen.) Besonders schmerzhaft war die mangelnde Akzeptanz bei der Jugend.

Den Erfolg der deutschen Liste kann man vor allem dem hochmotivierten Wahlverhalten ihrer Anhänger zuschreiben. Schließlich waren die Parlamentswahlen des Jahres 1991 für die deutsche Minderheit die erste Gelegenheit zu einem selbständigen Auftreten. Die polnischen Wähler in den von Deutschen bewohnten Gebieten ließen sich nicht von nationalistischen Emotionen hinreißen. Abgesehen von der unter dem Durchschnitt liegenden Wahlbeteiligung (beispielsweise in den Wojwodschaften Oppeln und Kattowitz) ist als Beleg dafür das gute Abschneiden der „Demokratischen Union“ anzusehen, die zur Toleranz gegenüber der Minderheit aufgerufen hatte. Und dafür sprechen auch die relativ schwachen Ergebnisse der „Katholischen Aktion“, der am stärksten nationalistisch geprägten unter den größeren Parteien. Im übrigen entsprach die Haltung der polnischen Wähler in diesem Gebiet den allgemeinen Trends, denn in ganz Polen fanden extreme nationalistische Listen bei den Wählern keine Beachtung.

Die bäuerlichen Parteien schnitten im allgemeinen etwas schwächer ab, als man hätte vermuten können. Besonders negativ aber haben sich wohl die Aufrufe des Klerus zugunsten der „Katholischen Aktion“ auf die Ergebnisse der in der „Solidarność“-Nachfolge stehenden bäuerlichen Liste ausgewirkt, denn diese konnte nun nicht die älteren organisatorischen Bindungen und die längere Tradition für sich geltend machen. In den zehn Jahren ihres Bestehens war die Land-„Solidarność“ ja gerade besonders eng mit der Kirche verbunden gewesen, die nun den Konkurrenten den Vorzug gab.

Nach diesem Wahlergebnis mußte die Berufung einer neuen Regierung der Lösung eines Puzzles gleichen. Um von der Parlamentsmehrheit akzeptiert zu werden, mußte eine neue Regierung zumindest passive Unterstützung bei vier der sieben größeren Fraktionen sowie bei einem Teil der Abgeordneten außerhalb der Fraktionen finden. Dabei bestanden mehrere, sich teilweise überschneidende Konfliktlinien. Eine von ihnen trennt die Postkommunisten von allen übrigen Gruppierungen, die aus der einstigen antikommunistischen Opposition stammen. Eine andere Linie verläuft zwischen den entschiedenen bzw. kritischen Anhängern des von den Regierungen Mazowiecki und

Bielecki verfolgten Wirtschaftsprogramms, des sogenannten „Balcerowicz-Programms“, einerseits und seinen Gegnern andererseits. Wieder anders sieht die Einteilung nach Befürwortern und Kritikern eines bestimmten Staatsmodells aus: des deutlich ideologisch geprägten, „katholisch-nationalen“ Staates einerseits, des weltanschaulich neutralen, säkularen und nach Europa hin offenen Staates andererseits. Wenn man zu alledem noch bedenkt, welche ungeheure Rolle immer auch Konflikte um Personen und Gruppen spielen, so konnte die Überwindung der parlamentarischen Zersplitterung bei der Regierungsbildung als schier unlösbare Aufgabe erscheinen.

Wałęsa schien nach dem ersten Versuch – dem Auftrag zur Regierungsbildung an Bronisław Geremek – und seinem Scheitern entschlossen, die ihm zur Verfügung stehende Zeit auszuschöpfen, denn dies hätte gleichzeitig bedeutet, daß die das Vertrauen des Präsidenten genießende Regierung Bielecki vorläufig noch im Amt geblieben wäre.

Einige Probleme traten jedoch schon in den ersten Wochen nach der Wahl zutage. Die Veränderung in der Position Wałęsas war offensichtlich. Er geriet in immer tieferen Konflikt mit seinen früheren Anhängern in der „Zentrumsallianz“ und der „Katholischen Aktion“, die ihn in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen unterstützt hatten. Hingegen rückte er wieder näher zu seinen Freunden aus den Jahren der legalen und illegalen Tätigkeit von „Solidarność“, der heutigen Führungsmannschaft der „Demokratischen Union“, hielt aber weiterhin auch an seinen guten Kontakten zu den Liberalen fest. Wałęsa strebte die Bildung einer Regierung an, die sich in den Grundzügen an der Wirtschaftspolitik der vorherigen Regierungen orientieren würde, fürchtete sich aber vor der Demagogie und Verantwortungslosigkeit derer, die diese Politik kritisierten.

Den einzigen ernsthaften Versuch zur Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit unternahmen diejenigen Parteien, die sich als Parteien der Rechten bzw. der Mitte definieren. Anfangs waren es vier (die „Christlich-Nationale Vereinigung“, die „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“, die „Zentrumsallianz“, und der „Liberal-Demokratische Kongreß“), später fünf (hinzu kam die aus der „Solidarność“ stammende „Bauern-Allianz“ – Porozumienie Ludowe). Die Mitte-Rechts-Koalition hielt unverändert an ihrer Unterstützung für Jan Olszewski als Kandidaten für das Amt des Premierministers fest. Der hervorragende Rechtsanwalt, der als Verteidiger in politischen Prozessen auftrat, ist mit der „Zentrumsallianz“ verbunden,

obwohl er zuvor über viele Jahre hinweg seine Sympathien für die Sozialdemokratie unterstrichen hatte. Es handelte sich jedoch bei Olszewski um einen Kandidaten, dem ganz offensichtlich nicht die Sympathie des Präsidenten gehörte.

Die Mitte-Rechts-Koalition zerbrach im Grunde während der Bemühungen um die Aufstellung eines Programms und einer Kabinettsliste, da die Liberalen und die „Konföderation für ein Unabhängiges Polen“ die Koalition verließen. Dennoch konnten die Lücken einstweilen geflickt werden. Selbst Wałęsa erkannte an, daß es besser sei, sich mit einer Regierung Olszewski abzufinden, als angesichts der großen Wirtschaftsprobleme ein Provisorium zu verlängern. Die Regierungsbildung übernahmen schließlich gerade drei Koalitionspartner. Für diese Regierung votierten dann aber auch so unterschiedliche politische Kräfte wie die postkommunistische Bauernpartei und die linke „Solidarität der Arbeit“ (Solidarność Pracy). Die Schwierigkeit, ein Regierungsprogramm aufzustellen, ist also weiterhin gegeben, denn wenn man die Wahlkampfankündigungen ernst nimmt, so wollen die Christnationalen, die „Solidarność“-Bauernpartei und zumindest ein Teil der „Zentrumsallianz“ die bisherige Wirtschaftspolitik entschieden verändern. Die Übereinkunft zwischen Präsident Wałęsa und Premierminister Olszewski beruht jedoch darauf, nach Möglichkeit die Linie der Inflationseindämmung weiterzuverfolgen. Die von der neuen Regierung ausgegebenen Parolen zur Rezessionsbekämpfung erfuhren allerdings bisher keine konkrete Auslegung.

Die Frage nach den politischen Persönlichkeiten berührt einen durchaus bedeutsamen Schwachpunkt dieser Koalition. Seit langem schon ist durch Meinungsumfragen belegt, daß die Wähler wesentlich mehr Vertrauen zu den Führern der „Demokratischen Union“ haben – aber auch zu dem Liberalen Bielecki – als zu den Führern der neuen Regierungskoalition; auch Olszewski genießt keine große Popularität.

II. Wirtschaftsprobleme

Die polnische Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer tiefen Krise; sie tritt auf drei Ebenen auf: Zum ersten kam es zu einem gewaltigen Rückgang der Staatseinnahmen. Zum zweiten zerbrachen – und zerbrechen weiterhin – die vom kommunistischen System ererbten Strukturen, während die

Strukturen der Marktwirtschaft unter gewaltigen Schwierigkeiten neu entstehen. Zum dritten vollzieht sich eine Umorientierung der außenwirtschaftlichen Bindungen. Bislang waren sie geprägt durch die Zugehörigkeit zum kommunistischen Block (mit besonderer Abhängigkeit von der Sowjetunion), jetzt hingegen wird Polen ein Teil des Weltmarktes, mit besonders starker Orientierung auf den weitgehend integrierten Markt der Europäischen Gemeinschaft.

Der Handel reagierte am schnellsten auf die neue Situation. Das für das kommunistische System so charakteristische Phänomen der Mangelversorgung verschwand von der Bildfläche, ebenso seine Begleiterscheinungen wie Spekulation, Schwarzmarkt und schwunghafter privater Handel im Ausland.

Der Handel wurde mit seiner weit fortgeschrittenen Privatisierung und nach seiner Entlastung von einengenden Verwaltungsaufgaben zum wichtigsten Instrument bei der Überwindung der Mangelwirtschaft, indem er die erforderliche Binnenproduktion sowie den Import zur Deckung der Bedürfnisse des polnischen Marktes stimulierte. Dieser neue polnische Handel hat allerdings eine schwache Kapitalausstattung, tätigt im allgemeinen keine größeren Investitionen und ist noch weit davon entfernt, modernen Ansprüchen zu genügen. Dazu bedarf es entsprechender Transport- und Verkaufsbedingungen, die die Warenqualität nicht beeinträchtigen, sowie einer kundenfreundlichen Verkaufskultur.

Die Industrie hat ungleich größere Schwierigkeiten. Das Prinzip der Produktion um der Produktion willen, dem zufolge der Vorrang der Quantität mit der Inkaufnahme minderer Qualität einherging, wurde verworfen. Es war gekoppelt mit zwei weiteren, mittlerweile ebenfalls verworfenen Prinzipien: dem einer anhaltenden Investitionskonjunktur und dem einer aufgrund von Subventionierung, niedrigen Preisen und infolge von Verschwendung ungehemmten Nachfrage. Das Wirken dieser Prinzipien verstärkte in der Endphase des Kommunismus die Hyperinflation. Die Öffnung in Richtung Weltmarkt bei gleichzeitiger Aufhebung der Stützungsleistungen machte offenbar, daß die polnische Industrieproduktion selten konkurrenzfähig, häufig zu teuer, noch häufiger von niedrigem technischen Standard und von schlechter Qualität ist.

Die restriktive Finanzpolitik in Verbindung mit der Drosselung der Hyperinflation und die Begrenzung der Nachfrage durch die Einführung von Marktpreisen bewirkten eine Rezession, die durch

außenwirtschaftliche Faktoren verstärkt wurde. Der Import erschwerte den Absatz verschiedener einheimischer Produkte, mit einer gewissen Verspätung wurden daher mehr oder weniger hohe Zollbarrieren errichtet. Auf der anderen Seite brach in den Ländern des ehemaligen kommunistischen Blocks der Markt für den Absatz polnischer Waren zusammen. Alle diese Länder schränkten ihre Investitionen drastisch ein, überall gab es dramatische Anzeichen eines Konjunkturerinbruchs. Vor allem aber verloren polnische Waren unter den Bedingungen der freien internationalen Konkurrenz häufig zugunsten westlicher Produkte an Terrain.

Rettung für die Industrie sollte die ökonomische Gesundung durch Strukturwandel bringen. In der angewendeten Wirtschaftsstrategie erhielt die Privatisierung den entscheidenden Stellenwert. Sie ging jedoch langsam voran und stieß auf eine durch Kapitalmangel bedingte ökonomische Barriere. Das begrenzte Binnenkapital tendiert eher zum Handel als zur Industrie, in der größere Investitionen erforderlich sind, Erträge aber erst nach einer längeren Zeit erwartet werden können. Ausländisches Kapital fließt spärlich wegen der unsicheren Rentabilitätsaussichten sowie aufgrund mangelnden Vertrauens in die soziale und politische Stabilisierung.

Die Privatisierung wird auch durch eine soziale Barriere gebremst. In den staatlichen Betrieben haben die Arbeitervertretungen eine starke Position. Ihre Haltung wird beeinflusst von den Ängsten der Arbeitnehmer vor einer Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, vor Massenentlassungen und vor der Einführung einer strengen Arbeitsdisziplin. Die Arbeitervertretungen plädieren für ein Privatisierungskonzept, dem zufolge die Ausgabe von Belegschaftsaktien möglichst breite Anwendung finden sollte. Eine andere Konzeption sieht die Ausgabe von unentgeltlichen Kapitalbons vor, wodurch eine Beteiligung aller Bürger am Aufkauf der Betriebe ermöglicht würde. Diese Privatisierungspläne können der Industrie jedoch keinen Zustrom an Kapital sichern.

Noch in der Endphase der kommunistischen Ära mochte es so aussehen, als würde es die polnische Landwirtschaft mit der Anpassung an die Marktwirtschaft weniger schwer haben als andere Wirtschaftsbereiche. Zwar dominiert in der Landwirtschaft das private bäuerliche Eigentum, jedoch sind Arbeitseffektivität und Agrarkultur unzureichend, und viele Produkte entsprechen nicht der Qualität, die man in den besser entwickelten europäischen Ländern gewohnt ist. Sogar auf dem hei-

mischen Markt geriet die polnische Landwirtschaft in die Defensive. Obwohl westliche Erzeugnisse selten billiger sind, bewirkte der Qualitätsunterschied, daß besser gestellte polnische Käufer bereit sind, die teureren ausländischen Produkte zu kaufen. Die gegenwärtig geltenden Schutzzölle können zwar nicht vollständig Abhilfe schaffen, doch können sie die Nachfrage nach westlichen Waren begrenzen.

Die Schwierigkeiten der polnischen Landwirtschaft werden durch die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft vergrößert, in der Subventionen für die Landwirtschaft allgemein üblich sind. Da Polen sich derzeit Subventionen nicht leisten kann, tritt der Preisunterschied zwischen polnischen Produkten und subventionierten westeuropäischen Waren, die auf unterschiedlichen Wegen auf den polnischen Markt gelangen, um so deutlicher hervor. Dort aber, wo die polnische Landwirtschaft durchaus konkurrenzfähig ist, schützte sich die Europäische Gemeinschaft durch die Einführung von Mengenbeschränkungen für den Import bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Polen. Der am 22. November 1991 paraphierte Assoziierungsvertrag Polens mit der EG wird die Exportmöglichkeiten der polnischen Landwirtschaft teilweise, aber nicht in vollem Umfang verbessern.

Ein weiteres Problem ist die Eigentumsstruktur in der polnischen Landwirtschaft. Zwei Aspekte sind hier von größter Bedeutung. Der eine betrifft die Zersplitterung von landwirtschaftlichen Flächen und Kapitalien. Es überwiegen kleine und extensive landwirtschaftliche Betriebe. Zum zweiten befindet sich ein bedeutender Prozentsatz der landwirtschaftlichen Flächen in Staatsbesitz. Diese gehören fast ausnahmslos zu den defizitären Großbetrieben. Praktikable Konzepte zu ihrer Umgestaltung sind gegenwärtig kaum in Sicht. In Zeiten einer schlechten Konjunktur und geringer finanzieller Mittel sind Bauern zu einer Vergrößerung ihrer Nutzflächen kaum bereit. Die Umwandlung der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe in Arbeitnehmerschaften bringt keine Lösung für die Schwierigkeiten, die sich aus der defizitären Lage und den fehlenden Modernisierungschancen ergeben, wenn nicht gleichzeitig bedeutende Kapitalinvestitionen erfolgen.

Bislang hat sich in der Infrastruktur der polnischen Wirtschaft nicht viel geändert, abgesehen von der rezessionsbedingten Abnahme des Transport- und Energiebedarfs; hierdurch wurde für eine gewisse Zeit der in diesen Bereichen auftretende Kapazitätsmangel beseitigt. Besonders gravierend ist die

Rückständigkeit des Telekommunikationsnetzes, das im Zuge der Entwicklung des Binnenmarktes und der Geschäftskontakte mit dem Ausland, der starken Zunahme der am Wirtschaftsleben Beteiligten und der Modernisierungsanstrengungen intensiver genutzt wird.

Großen Veränderungen war die Organisation von Bank- und Kreditinstituten unterworfen. Sie streben die ihnen in der Marktwirtschaft zustehende Position an, auch wenn ihnen dies mangels Kapital, Erfahrung und notwendiger technischer Voraussetzungen (u. a. gerade im Bereich Telekommunikation) noch über lange Zeit erhebliche Anstrengungen abverlangen wird. In diesem Bereich wurden besonders intensive Maßnahmen ergriffen, die positiven Auswirkungen lassen aber noch auf sich warten.

In Polen und in der Europäischen Gemeinschaft werden die Aussichten für einen Beitritt Polens zu den wirtschaftlichen und politischen Institutionen der europäischen Integration erörtert. Vorläufig wurde diese Frage durch die EG-Assoziierung Polens und seinen Beitritt zum Europarat am 26. November 1991 beantwortet. Der Zustand der polnischen Wirtschaft erlaubt derzeit keine präzise Auskunft darüber, wie der Zeitplan für die weitere wirtschaftliche Annäherung aussehen könnte. Hemmende Faktoren sind die enorme Disparität der Wirtschaftsstrukturen zwischen Polen und den Ländern der Gemeinschaft sowie das Entwicklungsgefälle im Vergleich zum durchschnittlichen Entwicklungsniveau in der Gemeinschaft (im Vergleich zu den am schwächsten entwickelten Ländern der Gemeinschaft ergibt sich allerdings kaum eine Abweichung). Positiver sind die klaren Vorgaben für die marktwirtschaftliche Orientierung der Umgestaltung sowie ihre energische, freilich nicht immer von Erfolg gekrönte Inangriffnahme durch die ersten beiden nichtkommunistischen Regierungen.

III. Internationale Politik

Polen geriet, wie auch die anderen postkommunistischen Staaten Mittelost- und Südosteuropas, in eine spezifische Lage: die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen des einstigen kommunistischen Blocks zerbrachen, wurden aber nicht durch andere Bündnisbeziehungen ersetzt. Polen befindet sich außerhalb der Strukturen der internationalen Sicherheit, wenn man von den

allgemeinen Regeln des internationalen Zusammenlebens absieht, wie sie im Rahmen der UNO und der KSZE vereinbart wurden. Die Einbeziehung Polens in die europäischen politischen Institutionen steht mit der Aufnahme in den Europarat erst am Anfang. Das gilt auch, wie bereits erwähnt, für die wirtschaftliche Integration, bei der die Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft den ersten Schritt bildet.

Polen hat durch seine besonders aktive Rolle in den Veränderungsprozessen, die zur Auflösung des früheren kommunistischen Blocks geführt haben, an Ansehen gewonnen. Das Land gehört auch, trotz aller inneren Schwierigkeiten, zusammen mit der Tschechoslowakei und Ungarn zu den stabilsten Staaten in der Region. Die Wirtschaftsreformen in Polen sind weiter fortgeschritten als in den anderen postkommunistischen Ländern. Aus diesen Gründen wird Polen durch die internationale öffentliche Meinung relativ positiv beurteilt. Diese Einschätzung wurde allerdings durch die Vorkommnisse im Präsidentschaftswahlkampf, mehr noch durch die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen beeinträchtigt.

Die Bestätigung der polnischen Westgrenze durch endgültige, völkerrechtlich bedeutsame Beschlüsse ermöglichte die Beseitigung einer Quelle potentieller Konflikte zwischen Polen und dem vereinten Deutschland. Diese Vereinbarungen wurden durch die vier Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich und die ehemalige UdSSR mitgetragen. Diese Unterstützung kam ihrem Gewicht nach einer Garantie nahe. In den deutsch-polnischen Beziehungen blieben einige Punkte ungeklärt, die zu Unstimmigkeiten führen können. Dies betrifft insbesondere die Frage der deutschen Minderheit in Polen, ihre Rechte und Forderungen, aber auch das Problem der im Bewußtsein von Polen und Deutschen vorhandenen Ressentiments. Das Anliegen der deutschen Minderheit, die Schaffung von Bedingungen, die ihr die Ausübung aller Rechte auf Volkstumsidentität ermöglichen, konnte auf einen guten Weg gebracht werden. Andererseits kann die Zunahme von Gewaltakten in Deutschland auch gegenüber polnischen Bürgern beunruhigend wirken (im übrigen handelt es sich hier nur um einen Teilaspekt der wachsenden Fremdenfeindlichkeit). Wenngleich antipolnische Einstellungen nur von einer zahlenmäßig kleinen Gruppe am äußersten rechten Rand bekundet werden, könnte ein Scheitern bei den Bemühungen, den Gewalttaten entgegenzuwirken, zu Kettenreaktionen führen, zu einem Anwachsen anti-deutscher Einstellungen in Polen und zu einer Art Wettbewerb in der Bekundung von Fremdenfeind-

lichkeit. Es hat aber den Anschein, daß alle politisch relevanten Kräfte in Deutschland sich darüber im klaren sind und sich bemühen, einer solchen verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Grundlagen für gutnachbarliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind in jüngster Zeit geschaffen worden, sie sollten beharrlich ausgebaut werden.

Die Krise innerhalb der Sowjetunion, aber auch die Folgen des Zerfalls des kommunistischen Blocks, führten zu verschiedenen Spannungen zwischen Polen und der Sowjetunion bzw. den einzelnen Republiken. Polen grenzt an Gebiete, in denen die Zentrifugalkräfte besonders stark waren (Litauen, die westlichen Regionen der Ukraine). Die maßvolle polnische Politik stellte weder die Zentralmacht noch die Republiken zufrieden. In dieser Hinsicht änderte sich die Situation grundlegend, nachdem der konservative Putsch in Moskau gescheitert und dort grünes Licht für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Republiken gegeben worden war.

Mit der Selbständigkeit wuchsen in den Republiken nationale Emotionen, die auch zu Spannungen im Verhältnis zu nationalen Minderheiten führten. Polen waren davon in Litauen, der Ukraine und in Weißrußland betroffen. Die polnische Politik befand sich, und dies gilt gelegentlich auch heute, an einem Scheideweg zwischen dem Schutz der Interessen der polnischen Minderheit einerseits und der Unterstützung demokratischer Freiheitsbewegungen andererseits. Aufmerksamkeit verdient aber die Tatsache, daß es weder in Polen selbst noch in Kreisen polnischer nationaler Minderheiten beachtenswerte Gruppen gab, die einer Revision der östlichen Grenze das Wort geredet hätten – einer Grenze, die vor mehr als einem halben Jahrhundert immerhin gewaltsam aufgezwungen worden war.

Spannungen anderer Art ergaben sich aus dem Zerfall der militärischen Strukturen des kommunistischen Blocks. Von besonderem Gewicht war der Verbleib sowjetischer Truppen auf polnischem Gebiet. Die sowjetische Seite versuchte ganz offensichtlich, Entscheidungen über Termine und Abzugsbedingungen hinauszuzögern. Dahinter verbargen sich pragmatische Gesichtspunkte (Priorität des Truppenabzugs aus der ehemaligen DDR, die Notwendigkeit einer Revision der sowjetischen Militärkonzeptionen, aber auch Schwierigkeiten mit der Unterbringung der aus allen Ländern des einstigen Blocks gleichzeitig abgezogenen Truppen), Prestige Gründe, aber anscheinend auch politische Gründe (Bestrebungen der Anhänger der

Restauration, die Truppen als Druckmittel gegenüber Polen zu benutzen und einen Sondercharakter der polnisch-sowjetischen Beziehungen aufrechtzuerhalten). Auch in dieser Hinsicht sind nach dem Ende der Sowjetunion und der Bildung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bald befriedigende Lösungen zu erwarten, auch wenn es noch nicht zu umfassenden Vereinbarungen gekommen ist.

Der Zerfall der Sowjetunion offenbarte noch ganz andere Gefahren. Eine von ihnen betrifft die Proliferation von Atomwaffen in Polens unmittelbarer Nachbarschaft und ganz allgemein die geschwächte Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffenarsenale. Wenn auch keine Gründe zu erkennen sind, die vorsätzlich eine atomare Erpressung gegenüber Polen befürchten ließen, so ist die Lage andererseits nicht allzu sicher. Eine weitere Gefahr liegt in einer generellen Steigerung des Konfliktpotentials im östlichen Teil Europas. Polen ist zwar in keinen der Konflikte involviert, aber sie destabilisieren die gesamte Region. Die polnische Politik eruiert also folgerichtig verschiedene Möglichkeiten, dem Land internationale Sicherheitsgarantien zu verschaffen. Es geht hier darum, Wege zu finden, wie die USA und die Europäische Gemeinschaft Verantwortung für die Sicherheit von ganz Europa übernehmen können und nicht nur für die Länder der NATO und die traditionell neutralen Länder. Vor diesem Hintergrund muß man die Diskussionen sehen, welche die Beziehungen Polens (ebenso Ungarns und der Tschechoslowakei) zur NATO oder die Schaffung neuer Institutionen der europäischen Sicherheit zum Gegenstand haben.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der UdSSR war eine der Ursachen für die sehr ungünstige Entwicklung der polnisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Vieles deutete aber darauf hin, daß Moskau Polen mit größeren Schwierigkeiten belastete als andere Länder (Sperrung für den polnischen Export, Schwierigkeiten beim Rohstoffimport). Man kann sich überhaupt die Frage stellen, ob nicht die Sachwalter der Restauration in der Sowjetunion ein besonderes Interesse an einer Destabilisierung Polens hatten und damit an einer Kompromittierung der den Kommunismus ablösenden Reformen, mit denen ja Polen den Anfang gemacht hatte. Nach dem Scheitern des Moskauer Putsches sind auch auf wirtschaftlichem Gebiet Versuche zur Verbesserung der Beziehungen zu erkennen. Dies gilt besonders für die Beziehungen zu den einzelnen Republiken, darunter auch Rußland. Andererseits fallen diese Versuche in eine Zeit zunehmender Zerrüttung in der Wirt-

schaft der einstigen Sowjetunion, was die Zusammenarbeit wiederum erschwert.

Polen ist eines der Länder, das zu der in einem umfassenden Wortsinn verstandenen Region Mittelost- und Südosteuropa gehört. Obwohl Polen und die anderen ehemals kommunistischen Länder vor ähnlichen Problemen stehen, kann man nur schwerlich davon sprechen, daß gemeinsame Interessen deutlich geworden wären. Polen hatte insbesondere nur geringes Interesse an einer Annäherung an die Balkanländer, die in der Stabilisierung der Verhältnisse ebenso wie im Prozeß der „Entkommunisierung“ am wenigsten vorangekommen waren. Im Verhältnis zwischen Polen einerseits, der Tschechoslowakei und Ungarn andererseits gab es gewisse Anzeichen für eine Konkurrenz um die Gunst der Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der USA. Vor allem aber fand eine intensivere Zusammenarbeit keine stärkere positive Resonanz unter der Bevölkerung dieser drei Länder, sie orientierte sich eindeutig nach Westen. Hier hat sich die Situation gewandelt, nachdem deutlich geworden ist, daß die Integration in die westlichen Bündnissysteme nur langfristig möglich erscheint. Daher zeichnet sich eine zunehmende Tendenz zur Annäherung zwischen den drei Ländern zugunsten einer Stabilisierung der Region ab, die auch in der Bevölkerung wachsende Zustimmung findet. In der polnischen Politik waren Konzepte für eine intensivere Zusammenarbeit der „Dreieck-Staaten“ von Anfang an populär, und nun scheinen sie immer stärkeren Anklang auch in Budapest und Prag zu finden. Dazu tragen die gemeinsamen Interessen bei und die gemeinschaftlich mit den westlichen Staaten geführten Verhandlungen über die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und zur NATO.

In engem Zusammenhang mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Polen einerseits, der Tschechoslowakei und Ungarn andererseits standen die Bemühungen Polens um eine Umgestaltung der Pentagonale, d. h. des Abkommens zwischen Italien, Österreich, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei, mit dem Ziel der Schaffung einer Hexagonale unter polnischer Beteiligung. Die polnischen Bemühungen waren zwar von Erfolg gekrönt, dies hat aber sicherlich vor allem psychologische Bedeutung, denn es blieb unklar, welche Aufgaben die Hexagonale eigentlich erfüllen soll. Die Zukunft dieses Abkommens wird auch durch die Entwicklung in Jugoslawien in Frage gestellt. Jugoslawien wurde zum instabilsten Land Europas und ist im Grunde bereits auseinandergebrochen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Hoffnungen der polnischen Politik gegenwärtig auf die Europäische Gemeinschaft und auf die USA gerichtet sind. Die Anbindung an die Europäische Gemeinschaft soll Polen die Bewältigung der Aufgabe erleichtern, in einer zukünftigen umfassenden internationalen Ordnung seine wirtschaftliche und politische Position zu finden. Die Annäherung an die USA ist bedingt durch die Notwendigkeit, ein Minimum an internationaler Sicherheit zu erhalten, denn die USA gelten als der faktische Garant des Weltfriedens, der seinen Schutz – wenn auch ohne förmliche Absicherung – auch den ehemals kommunistischen Ländern gewährt.

IV. Die polnischen Perspektiven

Die Zukunft der polnischen Politik läßt sich schwerlich vorhersehen. Am wahrscheinlichsten ist die allmähliche Annäherung an eine der Varianten des westeuropäischen politischen Modells. Dazu wird eine Stärkung der Parteien und eine Reduzierung ihrer Anzahl erforderlich sein. Die Parteien würden sich dann zu Repräsentanten bestimmter Ideologien oder zu Repräsentanten bestimmter gesellschaftlicher Interessen entwickeln. Die größten Parteien würden übereinstimmen in der Befürwortung der parlamentarischen Demokratie, des Rechtsstaatsprinzips, der Marktwirtschaft, der europäischen Integration. Sie würden sich mehr oder weniger durch die aufgezeigten sozialen, konfessionellen und nationalen Elemente unterscheiden. Wenn sich diese Prognose als richtig erweist, so kann man – trotz der Anfangsschwierigkeiten – von der Beständigkeit des Systems der parlamentarischen Demokratie ausgehen. Solche Vorhersagen lassen die Frage nach der Gestalt der politischen Institutionen offen. Wenn sich allerdings die Herausbildung der Parteien erst über einen langwierigen Prozeß vollzöge, so würden damit die Prinzipien des Präsidialsystems gestärkt.

Man kann dieser Prognose vorhalten, sie sei übertrieben optimistisch. In der Tat enthält sie viele Unsicherheitsfaktoren. Es bleibt offen, ob die Parteien der Mitte dominieren und extreme Parteien nur sekundäre Bedeutung haben werden. Wenn es den Parteien nicht gelänge, sich als wirksamer politischer Faktor zu etablieren, würde die Bedeutung des Präsidentenamtes wachsen, da das Staatsoberhaupt ja weiterhin in allgemeinen Wahlen mit absoluter Mehrheit der Stimmen gewählt würde. Denkbar wäre auch, daß Parteien stark an Boden

gewinnen, die, gestützt auf nationalistische Demagogie und egalitären Populismus, von den Frustrationen der Gesellschaft profitieren. Dann könnte es zu einer Restauration kommen. Freilich würde sie nicht unter der Bezeichnung „kommunistisch“ firmieren, aber doch zu einer administrativ gelenkten Wirtschaft zurückkehren, zur Schwächung der europäischen Bindungen und zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten führen. Eine letzte Variante wäre schließlich eine tiefgreifende und langanhaltende Schwäche der Parteien mit der Folge, daß Apathie oder Aggression als politisches Massenverhalten die parlamentarische Demokratie lähmen würden. Die obersten Staatsorgane müßten dann entweder das Chaos oder die Einschränkung der Verfassungsordnung hinnehmen, was in einem Land ohne parlamentarische Tradition die Gefahr mit sich brächte, daß sich eine autoritäre Herrschaft dauerhaft etabliert. Man kann sich fragen, ob die Alternative von Chaos oder Autoritarismus für den Fall des Zusammenbruchs der parlamentarischen Demokratie real ist: Gibt es in Polen Kräfte, auf die sich ein autoritäres System stützen könnte? Solche Kräfte bilden vor allem Armee und Polizei. Zweifel an ihrer Rolle kann man nur dann hegen, wenn man den Argumenten des Augenblicks erliegt. Die heute schon wachsende Autorität der Armee wird sich in einigen Jahren auch in einem wiedergewonnenen Selbstbewußtsein, in wachsender Kohärenz und Effizienz niederschlagen.

Die Chancen der polnischen Politik werden jedoch in erster Linie vom Zustand der polnischen Wirtschaft abhängen. Hier gibt es zahlreiche Unsicherheitsfaktoren. Man darf jedoch vermuten, daß die polnische Wirtschaft im Laufe der nächsten 25 Jahre zwei Phasen durchlaufen wird. Die erste Phase wird gekennzeichnet sein von der Alternative Rezession oder Inflation. Der Prozeß der Anpassung an die europäische und an die Weltwirtschaft wird lange Zeit in Anspruch nehmen, aber er wird – durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse und des Produktionsprofils wie auch durch Modernisierung – zur Schaffung der Grundlagen für die weitere Entwicklung führen. In der zweiten Phase wird sich die polnische Wirtschaft besonders schnell entwickeln und ihre Vorzüge zu nutzen verstehen. Vor allem das hohe Ausbildungsniveau der Arbeitnehmer, die niedrigen Löhne und die günstige geographische Lage werden die Zusammenarbeit mit den hochentwickeltesten Ländern Europas erleichtern.

Im Kern geht es jedoch darum, ob es gelingen wird, den generellen Kurs der Anpassung an die europäische und die Weltwirtschaft zu halten. Dies

hängt in hohem Maße von der politischen Stabilisierung ab. Ein Zusammenbruch des Systems der parlamentarischen Demokratie würde die Einführung einer mehr auf Autarkie und staatliche Kontrolle ausgerichteten Wirtschaft begünstigen. Die polnische Wirtschaft würde sich dann einem Modell annähern, welches wir in einigen Ländern der Dritten Welt repräsentiert finden. Dies ist zwar weniger wahrscheinlich als die erste Variante, aber Mühseligkeit und Langwierigkeit des Weges der Anpassungen können zur Popularität eines „Weges mit Abkürzungen“ beitragen, wenn dieser auch letztlich zu keinem Ziel führen würde.

Schließlich wird das Schicksal Polens auch von der Entwicklung der internationalen Lage abhängen. Der gewichtigste Unsicherheitsfaktor wird dabei die Entwicklung in der einstigen Sowjetunion sein. Polen sollte daran interessiert sein, gute Beziehungen mit allen Republiken auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu pflegen, die demokratische Reformen unterstützen und die Erhaltung des Friedens gewährleisten.

Ein Polen, das mit seinen östlichen Nachbarn im Konflikt liegt, hat wesentlich geringere Chancen, von der Europäischen Gemeinschaft akzeptiert zu werden. Indes hat die Frage der Einbindung in die europäische Integration für Polen eine Schlüsselbedeutung. Wenn aber als Bedingung für die Einbeziehung in die Gemeinschaft auch der Erfolg der wirtschaftlichen und politischen Reformen gelten muß, so können die Chancen Polens wie auch der

übrigen „Dreieck-Staaten“, d. h. Ungarns und der Tschechoslowakei, als relativ gut angesehen werden. Dies sollte zu einer Intensivierung der Kontakte und Vereinbarungen zwischen Polen und diesen Staaten beitragen. Entscheidende Bedeutung für die Chancen Polens auf Beteiligung an der europäischen Integration wird jedoch die Ausgestaltung der Beziehungen zu Deutschland haben, das als einziges Land der Gemeinschaft an Polen grenzt. Man kann jedoch kaum auf intensive Hilfe Deutschlands bei den polnischen Reformprozessen rechnen, ebensowenig darauf, daß sich Deutschland intensiv in der Wirtschaft Polens engagiert, weil dafür die langjährigen Entwicklungsaufgaben im östlichen Teil Deutschlands wenig Spielraum lassen.

Es gibt kein Rezept dafür, wie Polen den Systemwandel erfolgreich bewältigen und in Europa eine günstige politische und wirtschaftliche Position erlangen kann. Viele Faktoren sind unabhängig vom politischen Handeln in Polen, unabhängig sogar vom Bewußtseinsstand der polnischen Gesellschaft. Wir haben es hier mit einem Versuch zu tun, für den es weder ein historisches Vorbild noch Erfahrungen gibt. Erst zukünftige Historiker oder Politologen können Erfolge und Rückschläge abwägen und ein Urteil fällen, ob dieser Versuch gelungen ist. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, die gegenwärtige Situation möglichst nüchtern zu analysieren und vor diesem Hintergrund Entwicklungsvarianten zu prüfen.

Die Tschechoslowakei – eine Rückkehr zu sich selbst

Die Tschechoslowakei 1918 bis 1989

In dem geographischen Raum, der seit jeher von Tschechen, Slowaken, Deutschen, Ungarn und anderen Völkern bewohnt war, entstand nach dem Ersten Weltkrieg als einer der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie jene Republik, die bemüht war, eine moderne, ökonomisch starke und international geachtete Demokratie entstehen zu lassen. Dieser sogenannten Ersten Tschechoslowakischen Republik sollten allerdings lediglich zwanzig Jahre für die Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stehen.

Es war die Zeit eines gewaltigen geistigen und wirtschaftlichen Aufbruchs, in der sich das Land unter die zehn meistentwickelten Staaten der damaligen Welt einordnen konnte. Trotz aller ernsthafter Mängel, kleinlicher Streitigkeiten unter den politischen Parteien, trotz scharfer sozialer Konflikte und der Unentschlossenheit in der Nationalitätenpolitik ist die Tschechoslowakische Republik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges die einzige Insel der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Ostmitteleuropa geblieben. Diese kurze, für das Land jedoch sehr wichtige Zeit wurde durch das Münchner Abkommen beendet; im Jahre 1938 begann ein neues Kapitel voll schwerer Prüfungen.

Ein mit der Situation wenig vertrauter Beobachter könnte die Entwicklung in der Tschechoslowakei in den Jahren 1939 bis 1945 als eine bloße Kriegsepisode werten. Eine solche Sichtweise verhindert jedoch den Blick darauf, daß die Tschechoslowakei sich in ein Land verwandelte, in dem für fünfzig Jahre ein totalitäres, von der Zerstörung aller traditionellen Werte begleitetes Herrschaftssystem installiert wurde. Die Gesellschaft war durch eine geschwächte nationale Elite sowie durch ein zutiefst gedemütigtes Nationalbewußtsein gezeichnet, von der eigenen Kapitulation frustriert und von einem zerstörerischen Haß gegenüber den Besatzern sowie den eigenen Kollaborateuren durchdrungen.

Der Verf. dankt Dr. Jaromír Císar, Karls-Universität Prag, für Rat und Mitarbeit.

Übersetzung aus dem Tschechischen von Dana Mestek, Köln.

In dieser Atmosphäre ereignete sich auch die Vertreibung der Deutschen und eines Teils der ungarischen Bevölkerung. Die Souveränität des tschechoslowakischen Staates wurde zwar nach dem Krieg erneuert; diese Erneuerung wurde jedoch schon seit den ersten Maitagen des Jahres 1945 durch den Zusammenbruch seiner damaligen internationalen politischen Beziehungen und durch die eindeutige Vorherrschaft der Sowjetunion in der gesamten Region beeinflußt.

Die Ansichten über die politischen Zielsetzungen waren in der Nachkriegsgeneration außerordentlich verschieden. Einige sahen die Zukunft des Landes in der traditionellen westlichen Orientierung und eine tödliche Gefahr im immer stärkeren Einfluß Stalins. Andere hingegen sahen eine neue Hoffnung im siegreichen und idealisierten slawischen Nachbarn. Nach der Enttäuschung über die Zerstörung der Ersten Republik suchten sie den Ausweg in einer – unterschiedlich starken – Neigung zum sozialistischen Gedankengut, das die einen in den westlichen sozialdemokratischen Strömungen verwirklicht sahen und die anderen in der marxistischen Lehre von Revolution und Klassenkampf. Diese Spaltung der politischen Ansichten und Meinungen war die Ursache eines tiefgehenden und unversöhnlichen Konflikts, der nach der totalen Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 die Gesellschaft genauso wie in den anderen kommunistisch regierten Ländern in Sieger und Besiegte teilte.

Es begann die Zeit der politischen Diktatur, der polizeilichen Verfolgungen und ungesetzlichen Prozesse, begleitet von den ersten ernsthaften Zeichen eines wirtschaftlichen Verfalls, von der Unzufriedenheit der Bevölkerung und von einer ersten Welle der politischen Emigration. Es begann die Zeit gewaltsamer Veränderungen der sozialen Strukturen im Lande: Zunächst wurde ein massiver Angriff auf die breite Schicht der mittleren und kleinen Unternehmer, Gewerbetreibenden und Bauern organisiert. Dies führte nicht nur zu ihrer Verelendung, sondern allmählich auch zu ihrem tatsächlichen Untergang. Einem ständigen politischen und bürokratischen Druck wurden des weiteren Gläubige, Künstler, Studenten und Verwandte von Emigranten und schließlich selbst die unbequeme Opposition in den eigenen Reihen ausgesetzt. Auch

die Intelligenz hatte unter mehreren Wellen von politischer Verfolgung zu leiden.

Unter diesem Gesichtspunkt haben die Ereignisse des Jahres 1968 eine historische Bedeutung. Diese beruht offensichtlich nicht nur auf der begrenzten Anzahl politischer Reformen, welche die reformorientierte Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) veranlaßte; sie ist vor allem in der Erneuerung des bürgerlichen Zusammenhalts – besonders in den Tagen der militärischen Invasion der Staaten des Warschauer Paktes – zu sehen. Diese Atmosphäre der nationalen Freiheit und des passiven Widerstandes der Massen rief bei der Kreml-Führung starke Befürchtungen hervor mit der Folge drastischer Unterdrückung eben dieser Werte und der Liquidierung von politischen Freiheiten nicht nur im Staate, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei selbst.

Nach der Machtübernahme Gustáv Husáks, die Moskau 1969 durchgesetzt hatte, wurde die Erfolglosigkeit und die Unbeliebtheit des Regimes immer offensichtlicher. Es war deshalb im Herrschaftsinteresse der politischen Spitzenfunktionäre, die Spaltung und die Intoleranz in der Gesellschaft weiter zu vertiefen. Diese Politik der Spaltung der Gesellschaft hatte jedoch nicht nur repressiven Charakter. Als Gegenleistung für die Loyalität korrumpierte das System breite Schichten der Bevölkerung, sicherte gewisse existentielle Bedürfnisse als auch die Chancen des gesellschaftlichen Aufstiegs bzw. ermöglichte die Besserung des Lebensstandards durch verschiedene illegale Mittel. Auf eine geschickte Art und Weise gelang es dem Regime, ein Gefühl der Komplizenschaft und der Mitverantwortung für diese Situation hervorzurufen. Rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung waren Mitglieder der Kommunistischen Partei. Sie bekamen die Möglichkeit, sich bevorzugt gesellschaftlich zu verwirklichen, wobei ihnen gleichzeitig die Gelegenheit entzogen wurde, die politische Führung zu beeinflussen. Alle gesellschaftlichen Organisationen, die offiziell die Politik der KP-Führung unterstützten („Nationale Front“), vereinigten zusammen rund 28 Millionen Mitglieder – also fast doppelt so viel wie die Bevölkerungszahl.

Die achtziger Jahre fanden die tschechoslowakische Gesellschaft unterdrückt und gespalten vor – als eine Gesellschaft, die auf alle höheren Ansprüche verzichten mußte und durch Konformismus, Leistungsschwäche sowie moralischen Verfall gezeichnet war. Eine deutliche Ausnahme in dieser Situation bildete die oppositionelle Bürgerinitia-

tive „Charta 77“, die – wenn auch zahlenmäßig unbedeutend – den einzigen freien Ausdruck bürgerlicher Würde und der Kontinuität unabhängigen kritischen Denkens darstellte.

Die Novemberereignisse des Jahres 1989, die als die „sanfte Revolution“ bekannt wurden, muß man als einen spontanen Aufstand verstehen, in dem sich die bis dahin gespaltenen Gesellschaftsschichten vereinten, und zwar angefangen mit den traditionellen Oppositionellen über die sogenannte schweigende Mehrheit bis hin zu den für Reformen bereiten Kommunisten. Das Regime, das nach dem Regierungsantritt Michail Gorbatschows seine Beschützer im Kreml verlor, brach zusammen.

In den letzten Monaten im Jahre 1989 endete nicht nur die Zeit des kommunistischen Regimes, sondern auch die leidvolle Ära der nationalen Niederlagen und der Vorherrschaft fremder, totalitärer Regime, angefangen mit Hitler über Stalin bis hin zu Breschnew. Erst dieser historische Augenblick bedeutet den endgültigen Schlußpunkt der tschechoslowakischen Tragödie, die 1938 in München begann. Die Tschechoslowakei ist wieder in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten zurückgekehrt. Aus der Tiefe der Geschichte tauchen bereits sehr weit entfernte Horizonte der Ersten Republik auf. In ihren Idealen sucht die sich erneuernde Gesellschaft ihre historischen Wurzeln. Die Staatsfahne und die Nationalhymne werden zum Symbol des wiedergefundenen Stolzes.

In den Wintermonaten 1989/90 wurden sich die Menschen allmählich der neuen Verantwortung bewußt. Zu den politischen Losungen jener Tage gehörten „Freie Wahlen“, „Menschenrechte“, „Rückkehr nach Europa“, „Kraft durch Einheit“, „Ende der Macht einer Partei“, „Wir sind nicht wie sie“, „Für eine prosperierende und sozial gerechte Gesellschaft“, „Für eine gesunde Umwelt“.

In den folgenden Kapiteln wollen wir nachzeichnen, wie es den tschechoslowakischen Bürgern in den vergangenen zwei Jahren gelungen ist, sich diesen Idealen zu nähern.

Winter 1989/90

Durch den Fall des kommunistischen Regimes öffneten sich in der Tschechoslowakei die Schleusen. Die Lawine der Ereignisse, die innerhalb der drei Wochen zwischen dem 17. November und dem

10. Dezember der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei den Einfluß auf die weitere Entwicklung entzog und an die Spitze des Staates eine Mannschaft der führenden Dissidenten beförderte, kam auch in den ersten Monaten des Jahres 1990 nicht zum Stillstand.

Der neugewählte Präsident der Republik, Václav Havel, trug eine bemerkenswerte Neujahrsrede vor, die sich von allen Reden seiner Vorgänger nicht nur durch ihre kritische Offenheit unterschied, sondern auch durch die Konkretisierung seines Programms. Die Prioritäten sah der Präsident in der Vorbereitung der freien Wahlen, in der moralischen Wiedergeburt des Volkes, in der Sicherung der Gleichberechtigung für die Tschechen und Slowaken im gemeinsamen Staat, in der Verbesserung der Stellung von sozial schwächeren Schichten, in der Humanisierung des Lebens in der Armee, in der Reform des Strafvollzugs (es folgte eine umfangreiche Amnestie mit der Befreiung von 70 Prozent der Strafgefangenen) und in der Stärkung des Ansehens der Tschechoslowakei in der Welt.

Gleich danach fuhr Präsident Havel in die beiden deutschen Staaten zu seinem ersten Auslandsbesuch und hielt wichtige Reden, in denen er sich für die Unterstützung des Strebens der beiden deutschen Staaten nach Vereinigung ausgesprochen und sich bei den Sudetendeutschen für ihre Vertreibung entschuldigt hat. Auf diese Entschuldigung folgte in der Tschechoslowakei eine recht widersprüchliche und lebhaftere Reaktion, die zeigte, daß die Gesundung der durch die tragischen Kriegereignisse und den Kalten Krieg belasteten tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen zu einer schweren und wichtigen Aufgabe der neuen Regierung werden sollte. Zu deren Erfüllung ist offensichtlich sehr viel Verständnis und guter Wille auf beiden Seiten nötig.

Die Reisen der tschechoslowakischen Politiker ins Ausland und die Visiten der ausländischen Politiker in Prag und Bratislava offenbarten die hochgesteckten Ziele der neuen Führung. Rasch nacheinander folgten die Besuche von Präsident Havel in Polen, Ungarn, Kanada, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien. In die Tschechoslowakei kam eine Reihe offizieller und privater Gäste aus dem Ausland. Die Zeitungen informierten fast täglich über die sensationelle Rückkehr von prominenten Emigranten. Das Land öffnete sich der Welt. In der ersten Januarhälfte wurde der offizielle Antrag zur Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank gestellt. Am 9. Februar wurden die diploma-

tischen Beziehungen zu Israel und bald darauf zum Heiligen Stuhl wiederhergestellt. Gleichzeitig wurde die Forderung der tschechoslowakischen Regierung erhoben, daß die sowjetische Armee die Tschechoslowakei bis Ende 1990 verlassen solle.

Die innenpolitische Szene war unruhig. Der Ministerpräsident und einige Minister verließen genauso wie Tausende andere Bürger die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Die Neuformierung des Bundesparlaments, das die Vertreter des alten Regimes verließen, wurde fortgesetzt. Die Nationalversammlung wählte an ihrer Stelle nach einem vereinbarten Parteischlüssel neue provisorische Abgeordnete. Der Innenminister gab am 17. Januar die Auflösung der Staatssicherheit (StB) bekannt. Vertreter politischer Parteien kamen am Runden Tisch zusammen und trafen grundsätzliche Entscheidungen über die Vorbereitung freier Wahlen, bei denen das Verhältniswahlrecht und die Fünf-Prozent-Klausel verankert wurden. Die vorherrschende politische Kraft war das „Bürgerforum“ (Občanské fórum) in Böhmen und die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (Verejnosť proti násiliu) in der Slowakei. Beide Schwesterbewegungen wurden von den Massen unterstützt und arbeiteten eng zusammen.

Diese tiefgreifenden Veränderungen im Machtgefüge verliefen verhältnismäßig glatt, ohne Gewalt und ohne Rachegefühle. Die Kommunistische Partei und ihre Vergangenheit wurden zwar öffentlich angegriffen, doch die Bestrebungen, sie zu verbieten, konnten blockiert werden. Trotzdem belegt eine Reihe von persönlichen Tragödien, wie gespannt die Lage war; die Presse brachte von Zeit zu Zeit Nachrichten über den Selbstmord des einen oder anderen ehemaligen Parteifunktionärs. Václav Havel erreichte den Gipfel seiner persönlichen und vor allem moralischen Autorität. Er geizte zwar nicht mit scharfen Worten an die Adresse des alten Regimes, faktisch wurde aber nicht viel unternommen. Von den vielen ehemaligen Prominenten wurde lediglich Miroslav Štěpán, bis November 1989 ein junger, ambitionierter Chef der Prager KP, in Haft genommen. Durch seinen aggressiven, demagogischen Stil hatte er zwar provoziert, doch hatte er nicht so viel Unheil verursacht wie Dutzende älterer und prominenterer „Genossen“.

Eine besondere Bedeutung erhielt die Parole „Wir sind nicht wie sie“; es wurde damit vor allem auf die Werte des Rechtsstaates hingewiesen. Diese Einstellung gefiel jedoch vielen Menschen nicht. Es kam zu einer Reihe sensationeller Enthüllun-

gen, die zeigten, daß zahlreiche Machtpositionen innehabenden Personen des neuen wie des alten Systems identisch waren. Unabhängig davon, wie glaubwürdig diese Informationen sein mochten, spiegelten sie doch eines der fundamentalen Probleme wider. Wie später dargelegt wird, kristallisierte sich die Frage der Kontinuität des Staatsapparats und des Austausches des gesamten Führungssystems allmählich in einem grundsätzlichen Machtkampf heraus. Im Laufe des Jahres sollten diese Fragen die innenpolitische Entwicklung beträchtlich beeinflussen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Einstellung der Führung noch sehr wohlwollend.

Die politische Szene weitete sich explosionsartig aus; gegen Ende des Winters gab es in der Tschechoslowakei bereits einige Dutzend politischer Parteien. Unter ihnen dominierten das Bürgerforum und die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ als Protagonisten der Revolution. Dann folgten die Volkspartei und die Sozialistische Partei, die unter den Kommunisten zwar erlaubt, jedoch machtlos waren. In der Slowakei war es die erneuerte Demokratische Partei sowie die besiegte KP, die nach dem totalen Verlust der politischen Macht und mindestens drei Fünfteln ihrer Mitglieder bestrebt war, wieder ihre Kräfte zu sammeln und sich um die Wähler zu bemühen. Erneuert wurden die Sozialdemokratische Partei und andere historische Parteien bzw. ihre Nachfolger. Es entstanden auch ganz neue Parteien. Einige von ihnen vereinigten sich später in der Versammlung politischer Parteien, in Bewegungen und Assoziationen mit einer eigenständigen politischen Plattform, die eine bestimmte Rolle vor allem in der Stärkung des gesellschaftlichen Dialogs spielen sollten. Manche politische Partei konnte nur einige Wochen oder Monate überleben.

Interessant sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen, die im Februar 1990 das Gallup-Institut in der Tschechoslowakei durchführte. Die Bevölkerung hielt das Problem der Umweltverschmutzung (55 Prozent), die technologische Rückständigkeit (37 Prozent) sowie das bedenkliche Niveau der gesellschaftlichen Moral (32 Prozent) für die Hauptprobleme der Gesellschaft. Als die wichtigsten Probleme für die Familien bezeichneten die Befragten die Lebenshaltungskosten (52 Prozent), die Gesundheit (31 Prozent) und die Probleme der berufstätigen Frauen (25 Prozent). Erstrangig waren für sie im politischen Bereich die freien Wahlen und die Festigung der Demokratie (52 Prozent) sowie die Wirtschaftsreform (44 Prozent), deren Dauer auf etwa sieben Jahre veranschlagt wurde.

Frühjahr 1990

Das Frühjahr 1990 in der Tschechoslowakei versprach viel. Zunächst jedoch tauchte ein schwerwiegender Konflikt in der Gestalt von Auseinandersetzungen über die neue Staatsbezeichnung auf. Der Vorschlag Präsident Havel, aus der Bezeichnung der Republik lediglich das Wort „sozialistisch“ auszulassen, wurde von der Aktivität der slowakischen Abgeordneten in der Föderalversammlung und im Slowakischen Nationalrat übertrönt, die wünschten, die Stellung der Slowakei im gemeinsamen Staat stärker zur Geltung zu bringen. Auf diese Weise wurde die verdeckte Wunde offengelegt, die zu einer längeren Diskussion führte, welche bald in einen Konflikt um Sinn und neuen Inhalt der staatsrechtlichen Ordnung übergehen sollte. Am 20. April 1990 bekam die Tschechoslowakei gemäß der Entscheidung des Parlaments die vorläufig offizielle, doch ziemlich umständliche Bezeichnung „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“.

Zum ersten Besuch in der Geschichte kam bald darauf Papst Johannes Paul II. in die Tschechoslowakei. Er zelebrierte Messen in Prag, im mährischen Velehrad und im slowakischen Ivánka. Der Heilige Vater war eine weitere moralische und geistige Autorität, die zur Mäßigung der Leidenschaften und vor allem zur Rückkehr zu den humanen Werten des Christentums aufforderte. Bald darauf reiste Präsident Havel als erstes Oberhaupt des tschechoslowakischen Staates nach Israel.

Gleichzeitig mit diesen bedeutenden Ereignissen wurde der Wahlkampf eröffnet. Es waren die ersten vollkommen freien Wahlen seit 1935, und eine ungemein große Zahl von Parteien – insgesamt 23 Wahlvereinigungen – nahm daran teil. Der Wahlkampf konnte noch nicht mit der erforderlichen Professionalität geführt werden; es fehlte an Zeit, Menschen und Geld. Favorit war die Koalition aus dem Bürgerforum und der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ als Führer der Revolution und Garanten dafür, daß der Kommunismus nicht zurückkehren würde. Vor den Wahlen unternahmen sie allerdings einige nicht ganz saubere Handlungen. In einer umfangreichen Kampagne bezeichneten sie kleinere, eben sich konstituierende Parteien als objektive Verbände der Kommunistischen Partei, weil sie angeblich das Wahlergebnis von Bürgerforum und Öffentlichkeit gegen die Gewalt beeinträchtigen könnten.

Die zweite Zielscheibe der Angriffe war die Tschechoslowakische Volkspartei als zweitstärkste Partei in Böhmen. Am Vorabend der Wahlen wurde ihr Wortführer Josef Bartončík in Gegenwart des Präsidenten Havel der Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst und der Charakterlosigkeit bezichtigt. Das schadete offenbar der Partei bei den Wahlen. Es ist offensichtlich, daß es der Führung von Bürgerforum und Öffentlichkeit gegen Gewalt um eine starke Machtkonzentration ging. Welch seltsames Gesicht jedoch diese Machtkonzentration erhalten sollte, wurde bereits in den ersten Herbsttagen deutlich.

Die freien Wahlen verliefen schließlich in einer feierlichen Atmosphäre, 96,79 Prozent der Wähler nahmen an ihnen teil. Die Ergebnisse bestätigten den bisherigen politischen Kurs: Im 300 Abgeordnete zählenden Parlament (je 150 Sitze in der Nationalitätenkammer und in der Volkskammer) bekam die Koalition von Bürgerforum und „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ insgesamt 170 Sitze, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 47 Sitze und die Koalition aus den christlichen Parteien 40 Sitze. Die restlichen Sitze wurden auf die sich an Nationalitäten und Minderheiten orientierenden politische Parteien verteilt: die Bewegung für selbstverwaltete Demokratie/Gesellschaft für Mähren und Schlesien bekam 16 Sitze, die slowakische Nationalpartei 15 und die politischen Parteien, die die ungarische Minderheit repräsentieren, insgesamt 12 Sitze.

Zum Verständnis der weiteren Entwicklung ist es nun wichtig, einige Tatsachen dieser Wahl in Erinnerung zu rufen:

- Die siegreiche Bewegung legte ein attraktives politisches und wirtschaftliches Programm vor, das jedoch weder politisch ausgeprägt war noch sein konnte. Ihr Sieg übertraf die Erwartungen. Aus diesem Grunde tauchten im Parlament neben den bewährten und von der Öffentlichkeit geachteten Persönlichkeiten unerwartet auch völlig unbekannt Abgeordnete auf, die weit hinten auf den Wahllisten gestanden hatten. Das Machtverhältnis innerhalb der Fraktion des Bürgerforums hatte sich bereits kurz nach den Wahlen so verändert, daß sich damit die im Wahlprogramm festgelegten Ziele nicht mehr verfolgen ließen.
- Die Konzentration vor den Wahlen, die Einführung der Fünf-Prozent-Klausel und die Diskriminierung neuer politischer Parteien hatten zur Folge, daß im Parlament wichtige politische Strömungen keine Vertretung fanden. So fehlten Vertreter einiger sozialer Gruppen (geringe

Vertretung der Landwirte und der neuen Unternehmer) und wichtiger Interessen (Partei der Grünen).

Die Hauptaufgabe der sich neu konstituierenden Gesetzgebungsorgane – der Föderalversammlung, des Tschechischen und Slowakischen Nationalrates – bestand während der zweijährigen Amtsperiode darin, dem Land eine neue demokratische Verfassung zu geben. In der Tschechoslowakei war noch die – wenn auch mit vielen Änderungen und Ergänzungen versehene – Verfassung von 1960 in Kraft. Die Grundlage des Rechtsstaates war unklar und kaum funktionsfähig. Ende Juni wurde der zur Legende gewordene Politiker Alexander Dubček („Öffentlichkeit gegen Gewalt“) an die Spitze der Föderalversammlung gewählt. Ministerpräsident der föderalen Regierung wurde erneut Marián Čalfa (Öffentlichkeit gegen Gewalt), Vorsitzende des Tschechischen Nationalrates Dagmar Burešová, Vorsitzender der Tschechischen Regierung Petr Pithart (Bürgerforum), Vorsitzender des Slowakischen Nationalrates František Mikloško und Ministerpräsident der slowakischen Regierung Vladimír Mečiar (beide Öffentlichkeit gegen Gewalt). Die Föderalversammlung wählte ihrerseits in geheimer Wahl Václav Havel für zwei Jahre in die Funktion des Präsidenten der Republik.

Sommer und Herbst 1990

Es begann ein ruhiger politischer Sommer; es begann auch die erste große touristische Saison. In die Tschechoslowakei kamen einige Millionen Touristen aus der ganzen Welt. Eine ganze Reihe von ihnen war zum ersten Mal hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang. Die Bürger der Tschechoslowakei ihrerseits konnten wieder ins Ausland reisen. Ausgerüstet mit Pässen ohne polizeiliche Regulierung, aber mit noch sehr bescheidenen Devisen lernten sie – zunächst eher als Beobachter auf der Straße, doch mit einem feierlichen Gefühl – die Länder ihrer historischen Nachbarn wie Deutschland, Österreich, Frankreich und andere kennen. Václav Havel eröffnete in Gegenwart des österreichischen und des deutschen Präsidenten die Salzburger Festspiele und hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede über das Bewußtsein Mitteleuropas und über seine Auffassung von politischer Verantwortung.

Anfang August kam es zu zunächst unwichtig erscheinenden Verhandlungen der Premierminister

der tschechischen und slowakischen Regierung, Petr Pithart und Vladimír Mečiar. Diese Verhandlungen waren jedoch das Vorzeichen eines langwierigen Konflikts der beiden Völker in der Frage, was der Föderalregierung und was den Landesregierungen überlassen werden sollte. Schon bald sollte diese Angelegenheit einen großen Teil der Aufmerksamkeit von Regierungen und gesetzgebenden Organen auf sich ziehen und unter reger Beteiligung der Presse so manche Schramme in den Beziehungen zwischen den beiden Nationen bedeuten. In der Slowakei wurde diese Entwicklung von Ereignissen begleitet, die auf ein aufgewühltes Nationalbewußtsein eines Teils der Öffentlichkeit aufmerksam machten: Nach einem erfolglosen Versuch, eine Gedenktafel zu Ehren des Chefs des Slowakischen Staates im Zweiten Weltkrieg, Jozef Tiso, in Zlaté Moravce anzubringen, kam es Ende August zu einer großen Versammlung in Ružomberok, um der symbolischen Gestalt der nationalistischen und separatistischen Bestrebungen aus der Zeit der Ersten Republik, Andrej Hlinka, Ehre zu erweisen.

Dieser Konflikt um die Kompetenzen ist ein sichtbares Beispiel für die Ambitionen der slowakischen politischen Elite, die um eine größere Beteiligung an der Macht bemüht ist. Die Stellung der Slowakei in der gesamten Geschichte des gemeinsamen Staates war immer schwach. In der Ersten Republik war sie durch ihre relative wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit bedingt, in der Nachkriegszeit wiederum durch die Bemühung des kommunistischen Regimes, die Macht und die Führung von einem Zentrum – Prag – aus auszuüben. Viele Slowaken empfanden es deshalb als Benachteiligung, daß sie nach der tausendjährigen Vorherrschaft der ungarischen Könige die folgenden 70 Jahre von Prag aus regiert wurden und begreifen die Befreiung vom kommunistischen Totalitarismus als ihre Chance zu einer völkerrechtlichen Festlegung ihrer Unabhängigkeit. Die Slowakei wurde darüber hinaus nicht so sehr von den Säuberungen betroffen, die in den Jahren 1969–1971 die Führungsstrukturen und das intellektuelle Leben in Böhmen praktisch lahmgelegt hatten. Die Slowaken hatten inzwischen in dieser Hinsicht einen gewissen Vorsprung und wollten ihn nutzen. Die Tatsache, daß die Situation vorerst unentschieden blieb, ist nicht nur der slowakischen Ungeduld und dem Wankelmut zuzurechnen, sondern auch einer gewissen Arroganz und Kurzsichtigkeit der tschechischen und der föderalen Politiker. Allmählich rückte in das Zentrum des Konflikts auf der tschechischen Seite nicht nur Petr Pithart, ein erfahrener Politiker mit Sinn für

die Entwicklung in der Slowakei, sondern selbst Václav Havel.

Am 21. August 1990 versammelten sich die Prager Bürger auf dem Wenzelsplatz, um der Okkupation aus dem Jahre 1968 zu gedenken. Der Präsident trug dabei eine Rede vor, die eine gewisse, aber nur kurzzeitige Änderung seiner bisherigen Politik bedeutete. Im Geiste der beginnenden Radikalisierung sprach er davon, daß die zweite Phase der Revolution begonnen hätte, und daß man daher mit den „alten Strukturen“ ins Gericht gehen solle. Es wurden gesetzliche Maßnahmen von der Föderalversammlung vorbereitet, die eine Beschleunigung der Personalveränderungen auf allen Ebenen ermöglichen sollten. Auch wenn es sich dabei um zeitgemäße und im allgemeinen verständliche Maßnahmen handelte, bedeuteten sie doch im Hinblick auf die Zukunft eine weitere Stufe auf dem Wege zur Zerstörung der Führungsapparate verschiedener Bereiche.

Das alte Regime hat während einer langen Zeit gefährliche Strukturen völlig unübersichtlicher politischer und wirtschaftlicher Schattenbeziehungen geschaffen. Vor allem vom Lande kamen Nachrichten über die „örtliche Mafia“. Eine Reihe von führenden Personen war darüber hinaus nicht in der Lage, die neuen Aufgaben zu bewältigen. Es sah so aus, daß die Zeit zum entschlossenen Handeln gekommen war. Das Problem hat allerdings viel tiefere Wurzeln. Die Tschechoslowakei wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von mehreren Wellen von „Säuberungen“ betroffen, von denen jede katastrophale Auswirkungen hatte. So war es 1948, dann im Laufe der fünfziger Jahre sowie in den Jahren 1969/70. In der Tschechoslowakei konnte folglich keine Führungselite entstehen. Daher ist die Meinung nicht unbegründet, daß personelle Veränderungen zunächst mit Rücksicht auf die Kompetenz dieser oder jener Person sowie auf die Bedürfnisse der jeweiligen Institution und nicht unter einem ausschließlich politischen Blickwinkel durchzuführen sind.

Am 3. September wurde das wichtigste und bisher auch am konsequentesten durchgeführte Programm präsentiert: Der tschechoslowakischen Öffentlichkeit wurde das Drehbuch für die wirtschaftlichen Reformen vorgestellt. Es wurde die Absicht zu einer „kleinen“ und einer „großen“ Privatisierung sowie eine Reihe begleitender Systemänderungen erklärt – ein Prozeß, der in der Geschichte des Staates beispiellos ist. Seit der Reform wurde vor allem eine Änderung der Gesellschaft erwartet, die der Leistung Rechnung trägt, selbst um den Preis eines grundlegenden Wandels der sozia-

len Strukturen. Die Zeit des Abwartens war vorbei.

Im Parlament und in der Presse begann eine scharfe theoretische Auseinandersetzung. Aus der Sicht der Regierung und vor allem des ehrgeizigen und entschiedenen Finanzministers Václav Klaus war alles vorbereitet. Die Ausgangsbedingungen für die Reform wurden jedoch vor allem durch die auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen kompliziert. Der COMECON-Markt, der Hauptabnehmer der tschechoslowakischen Erzeugnisse, brach zusammen. Das wachsende Chaos in der UdSSR und die merkliche Abkühlung in den gegenseitigen Beziehungen waren für die Störungen bei den Öl- und Erdgaslieferungen verantwortlich. Die Tschechoslowakei gehört zu den am wenigsten verschuldeten Ländern, doch ein großer Teil ihrer Waren ist auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Tschechoslowakische Betriebe dringen nur sehr schwer auf bereits besetzte und sorgsam gehütete Märkte vor. Daraus folgte auch die Notwendigkeit einer drastischen Abwertung der Krone. Dennoch bevorzugte das liberale Reformszenario eine schnelle und radikale Variante, die die Bereitschaft der Menschen, Opfer zu bringen und die Regenerierung der tschechoslowakischen Wirtschaft durch inländische Kräfte unter starker Beteiligung ausländischen Kapitals voraussetzt.

In den Tagen, als der Reformplan veröffentlicht wurde, fand in Prag die Tagung des Weltwirtschaftsforums statt, und es kamen auch die ersten Informationen über größere Projekte unter Beteiligung ausländischen Kapitals. Dabei zeigten die Firmen Volkswagen und Renault-Volvo größtes Interesse am Automobilwerk Škoda. Die tschechische Regierung entschied sich im Dezember 1990 für die Volkswagen AG.

Es sah so aus, daß die ersten Kommunalwahlen die wichtigsten Ereignisse dieses Herbstes werden sollten. Bevor sie jedoch zu dem festgesetzten Novembertermin stattfinden konnten, gerieten in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit ganz andere Ereignisse. Die erste Herbsttagung des Bürgerforums beschäftigte sich zwar intensiv mit den Wahlen, es zeigte sich jedoch, daß die Meinungsgegensätze innerhalb der Bewegung ein bedenkliches Ausmaß erreicht hatten. Der im politischen Bereich immer mehr in den Vordergrund tretende Václav Klaus begann eine Reise durch tschechische, mährische und slowakische Städte, wo er in überfüllten Stadien sein Programm der wirtschaftlichen Reform erläuterte. Dieses wurde plötzlich zur Zielscheibe der Kritik vieler weiterer Protagonisten des Bürgerforums. Minister

Klaus konnte jedoch den radikal gestimmten Flügel des Bürgerforums auf dem Lande für sich gewinnen. Am 14. Oktober wurde er völlig überraschend durch eine große Mehrheit zum neuen Vorsitzenden der Bewegung gewählt. Bald darauf konstituierte sich der Interparlamentarische Klub der demokratischen Rechten, entstanden aus einem Teil der bis dahin unentschlossenen Abgeordneten des Bürgerforums. Václav Klaus wurde so im Laufe eines Monats einer der tschechoslowakischen Spitzenpolitiker.

Andere Abgeordnete des Bürgerforums bildeten eine interparlamentarische demokratische Gemeinschaft, die vor allem enge Mitarbeiter Václav Havels und prominente, den Einfluß Václav Klaus' fürchtende Politiker des Bürgerforums vereinigte. Gleichzeitig wurde eine Stellungnahme der neuen Führung veröffentlicht. Darin hieß es, daß eine weitere neue Formation des Bürgerforums – Obroda (Die Erneuerung) – mit den ehemaligen, später starken Verfolgungen ausgesetzten Reformkommunisten aus dem Jahre 1968 sowie die Linke Alternative die Plattform der Bewegung „verlassen“ hätten. Für die Öffentlichkeit wurde auf diese Weise erst ein Jahr nach den Wahlen die grundlegende politische Orientierung gewählter Abgeordneter deutlich sichtbar. Ein neues Kräfteverhältnis begann sich abzuzeichnen.

Der Streit um die Kompetenzen ging jedoch weiter, etwa bei den Regierungsverhandlungen der Premierminister Pithart und Mečiar. Immer dramatischere Nachrichten drangen in die Öffentlichkeit. Die Christlich-demokratische Bewegung (KDH) formulierte auf ihrem Parteitag in Košice die Forderung nach „dem durch die Verfassung garantierten Recht der Slowakei, die Föderation zu verlassen“. Es schien, als seien die Tage des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken gezählt. Doch auch in dieser Zeit fehlte es nicht an gesundem Menschenverstand. In Mähren traf der von der Versammlung der politischen Parteien und Bewegungen organisierte „tschechisch-slowakische Dialog“ zusammen. Sein Hauptgedanke lautete, man könne den gemeinsamen demokratischen Staat nur auf gegenseitigem Respekt aufbauen. Das sogenannte Kompetenzgesetz wurde schließlich nach weiteren Verwicklungen im Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet. Es folgte eine vorübergehende Zeit der Erleichterung.

Inmitten dieser Atmosphäre erinnerte man am 17. November daran, daß die Tschechoslowakei

bereits seit einem Jahr ein Leben in Freiheit genießen durfte. Dieser Tag verlief im Zeichen versöhnlicher Erklärungen aber auch von Diskussionen über die „gestohlene Revolution“. Als Ermunterung wirkte an diesem Tag der Besuch des amerikanischen Präsidenten George Bush, der der neuen Demokratie seine Unterstützung zusagte.

Am 24. November fanden die Kommunalwahlen statt; 74,8 Prozent der Wähler nahmen an ihnen teil. Die Reihenfolge der erfolgreichsten Parteien im Hinblick auf die gewonnenen Mandate sah folgendermaßen aus: In der Tschechischen Republik: Bürgerforum 31,7 Prozent, Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren 14,4 Prozent, Tschechoslowakische Volkspartei 12,1 Prozent, Bewegung für Selbstverwaltete Demokratie/Gesellschaft für Mähren und Schlesien 2,6 Prozent, Tschechoslowakische Agrarpartei 2,5 Prozent. In der Slowakischen Republik gewann die Christlich-demokratische Bewegung 27,4 Prozent, die Öffentlichkeit gegen Gewalt 20,4 Prozent, die Kommunistische Partei der Slowakei/Partei der demokratischen Linken 13,6 Prozent, Együttelés-Spolužitie-Wspólnota-Soužití (Zusammenleben) 6,3 Prozent, die Slowakische Nationalpartei 3,2 Prozent, die Bewegung der Landwirte 3,1 Prozent und die Demokratische Partei 2,3 Prozent.

Bei den Wahlen kam es im Prinzip zu keinen größeren Überraschungen bis auf die Tatsache, daß die national- und minderheitenorientierten politischen Parteien große Einbußen hinnehmen mußten.

Zur Atmosphäre des „heißen Herbstes“ noch einige weitere Zahlen: Im September signalisierten die demoskopischen Umfragen einen Vertrauensverlust gegenüber dem Präsidenten und den politischen Institutionen; 50 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß die erreichten Ergebnisse der Wende nicht ausreichend seien. Im November schenkte weniger als die Hälfte der Befragten dem Parlament das Vertrauen. Wenige Bürger – etwa 25 Prozent – hatten Vertrauen in die Gewerkschaften. Für den gemeinsamen Staat sprachen sich 68 Prozent der Befragten in Böhmen und 84 Prozent in der Slowakei aus. Die Auseinandersetzungen um die sogenannten Kompetenzen hielten 74 Prozent der Bürger in der Tschechischen Republik und 70 Prozent in der Slowakei für ein riskantes Spiel der Politik. Es war offensichtlich, daß die Euphorie der ersten Monate nach der Revolution unwiderruflich vorbei war.

Am 21. Dezember 1990 veröffentlichten alle Tageszeitungen die Nachricht über die Pressekonferenz der Kommission für die Aufklärung der Ereignisse vom 17. November 1989. Die Kommission war im Besitz von neu aufgetauchten Listen, die mehr als hunderttausend Namen angeblicher Mitarbeiter der Staatssicherheit (StB) enthielten. Diese Mitarbeiter seien überall und hätten alle staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen wie auch die Medienlandschaft unterwandert, hieß es. Aus später folgenden Berichten ging des weiteren hervor, daß es auch an den höchsten Stellen der Staatsführung Agenten der StB geben solle. Die Kommission, in der alle parlamentarischen Gruppierungen – einschließlich der Kommunistischen Partei – vertreten waren, forderte deshalb eine „Durchleuchtung“ des Parlaments, der Regierung und ihrer Organe und bat den Präsidenten um Zustimmung zu der „Durchleuchtung“ der Mitarbeiter seiner Kanzlei. Einige Abgeordnete forderten inzwischen vergeblich, diese Überprüfungen erst nach der Verabschiedung jenes Gesetzes durchzuführen, welches eine legale Grundlage für diese heikle, die Menschenrechte berührende Problematik schaffen würde. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Untersuchungen voreilig und ohne Konzept vonstatten gehen würden. Die Demokraten gaben genau wie der Präsident selbst allgemein gehaltene Erklärungen defensiven Charakters ab. Allmählich entstand eine Atmosphäre, in der jeder, der solche Methoden kritisierte, beschuldigt wurde, aus persönlichen Beweggründen zu handeln.

Nach dem Übergang zur inneren Konvertibilität der Krone und nach der Freigabe der Preise, durch die das Preisniveau sprunghaft durchschnittlich um 55 Prozent stieg, wurde in der ČSFR am 1. Januar 1991 mit Maßnahmen zur Realisierung der Wirtschaftsreform begonnen. In den ersten Tagen des Jahres zog die Affäre um den tschechischen Umweltminister Bedřich Moldan – ein allgemein geschätzter Experte – die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Er wurde schließlich unter ungeklärten Umständen und sich widersprechenden Erklärungen wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit seines Amtes enthoben.

Am 13. Januar definierte sich das Bürgerforum als eine rechtsgerichtete politische Partei. Dies war eine vernichtende Niederlage des sogenannten li-

beralen Klubs und somit aller der „Burggruppe“ nahestehenden Kräfte des Bürgerforums. Minister Klaus charakterisierte diesen Wandel als das Ende der Revolution und den Beginn eines normal funktionierenden Staates. Offensichtlich ging es hierbei um Wunschdenken. Eines war jedoch sicher: Das Bürgerforum als Held der Revolution und Sieger der freien Wahlen hörte praktisch auf zu existieren. Unmittelbar danach wurde die Teilung des Bürgerforums in zwei politische Formationen vereinbart, die – wie es hieß – eng zusammenarbeiten sollten. Am 23. Februar teilte sich das Bürgerforum in die Bürgerbewegung (Vorsitzender wurde Außenminister J. Dienstbier) und in die Demokratische Bürgerpartei (mit dem Finanzminister V. Klaus als Vorsitzendem). Aus der noch versöhnlichen Stimmung entstand bald ein grundsätzlicher und langanhaltender politischer Konflikt.

Innerhalb der slowakischen Partei „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ schien noch alles in Ordnung zu sein. Doch auch hier kam es Ende Februar zu schweren Auseinandersetzungen. Sie entzündeten sich an der dynamischen und allzu selbständigen Persönlichkeit des Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik, Vladimír Mečiar, des führenden Vertreters der Bewegung. Im März gründete er eine eigene Plattform und verließ bald darauf die Partei „Öffentlichkeit gegen Gewalt“. In dieser Zeit erreichte seine Popularität in der Slowakei den Höhepunkt. Mečiar bekam die Unterstützung von 80 Prozent der dortigen Bürger; gleichzeitig aber war er der am wenigsten beliebte Politiker in Böhmen. Die Stimmung war wieder gereizt.

Was ist in diesem Prozeß der Herausbildung politischer Positionen eigentlich geschehen? Nicht mehr und nicht weniger als die Tatsache, daß die zwei entscheidenden politischen Faktoren in der ČSFR zerbrachen, indem die Abgeordneten des Bürgerforums und der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ anfangen, ihre Parteizugehörigkeit nach Belieben zu wechseln, womit sie eigentlich die Wahlergebnisse willkürlich manipulierten. Die Öffentlichkeit verlor dadurch die Übersicht über das Kräfteverhältnis im Parlament. Die Legitimität der Mandate der Abgeordneten und das Recht des Parlaments, Entscheidungen zu treffen, wurde ernsthaft in Frage gestellt. Es handelte sich jedoch letztlich um ein verständliches Ergebnis der stufenweisen Entwicklung der tschechoslowakischen Demokratie im vorausgegangenen Jahr. Die Wahlen fanden nämlich in einer Zeit statt, in der die Gesellschaft bei weitem noch nicht zu den wichtigsten Fragestellungen gelangt und wo die Struktur der politischen Parteien noch nicht entsprechend differenziert war.

Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, daß die Parteien der siegreichen Regierungskoalition auseinandergingen. Marian Čalfa, ein Vertreter der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ und ein selbständiger, umsichtiger, vorsichtiger und intelligenter Jurist, der seine umfassenden Fachkenntnisse im Regierungsapparat noch in der Zeit des kommunistischen Regimes gewonnen hatte, blieb Ministerpräsident der föderalen Regierung. Unter seiner pragmatischen Führung blieb die Koalitionsregierung handlungsfähig. Seine Bemühungen um einen sachlichen Kompromiß in der Nationalitätenfrage und um ein kraftvolles und doch ruhiges Vorgehen bei der Wirtschaftsreform trugen zur Entspannung in der Gesellschaft bei. Čalfa zog die Vermittlung von Kompromißlösungen dem persönlichen Engagement bei innenpolitischen Auseinandersetzungen vor, so daß seine politische Stellung weder stark noch besonders ausgeprägt war. Das Land hatte dadurch kein klares politisches Programm; die Atmosphäre verschlechterte sich zunehmend.

Mit Befürchtungen wurde daher der 15. März erwartet, der Gründungstag des Slowakischen Staates im Jahre 1939. Als Präsident Havel an diesem Tag in Bratislava an einer Demonstration der Nationalisten vorbeiging, wurde er tätlich angegriffen. Dies war auch über die Grenzen hinaus beschämend. Der Präsident ergriff zu dieser Zeit jedoch keine entscheidende Initiative mehr. Seine Eingriffe zeigten sich immer mehr als zwar gut gemeint, doch wenig durchdacht. Daß er einer solchen Belastung ausgesetzt war, legte die mangelnde Produktivität und Professionalität seiner nächsten Mitarbeiter bloß; immer häufiger kam es zu unerwarteten Fehlern. Der Präsident verzichtete lieber auf innenpolitische Initiative.

Die Entwicklung ging so rasch vor sich, daß sie ihren Protagonisten über den Kopf wuchs. In dieser kontraproduktiven Situation der wichtigsten politischen Kräfte entstand die Notwendigkeit schwerwiegender politischer Entscheidungen. Im Parlament erreichte die Erörterung des Gesetzes über die Rückgabe des verstaatlichten Eigentums ihren Höhepunkt. Die Rückgabe, die ursprünglich als eine Ausnahme bei der Regelung von Eigentumsansprüchen konzipiert worden war und nicht Vorrang haben sollte, wurde auf Druck der radikalen Abgeordnetenmehrheit zur Hauptregelung. Im Unterschied zu einer Entschädigung in anderer Form wurde die Rückgabe dadurch kompliziert, daß sie langwierige Gerichtsverhandlungen erfordern und Investitionen eher verlangsamen würde. Nur eine Minderheit der Abgeordneten begriff die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft als erstrangig, doch das Recht auf Eigentum wurde zur Losung

dieser Tage. In ähnlicher Stimmung verlief auch die Auseinandersetzung um die Bodenreform. Es wurde deutlich, daß die Abgeordneten eine ganze Reihe von Fragen aufgrund fehlender Qualifikation nicht beurteilen konnten. Dabei vergrößerte sich der Umfang der legislativen Tätigkeit im Jahr 1990 gegenüber den vorausgegangenen Jahren um das Drei- bis Vierfache. Die Gesetze wurden dann häufig sogar direkt im Laufe der Debatte im Parlament „nachgearbeitet“.

Die „Durchleuchtungsaffäre“ zog weitere Kreise. Am 21. März fand im Parlament die vom Fernsehen direkt übertragene „Durchleuchtungstagung“ statt, bei der die Namen von zehn Abgeordneten bekannt gegeben wurden. Sie lehnten es ab, ihr Mandat niederzulegen, obwohl sie von der Kommission darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie in den Listen der StB standen. Dem Volkszorn sollten offenbar wieder nur die „Kleinen“ geopfert werden.

Weiterhin wurde es nötig, mit den Vorbereitungen für die neue Verfassung zu beginnen. Nur schwerlich konnte man sich einen ungünstigeren Zeitpunkt dafür vorstellen. Die Verfassungsfrage wurde von Anfang an zum Schlüsselproblem in den Beziehungen zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik erklärt. Die vermittelnde Tätigkeit des Präsidenten Václav Havel endete in der Sackgasse. Eine Forderung der slowakischen Vertreter nach einem „Staatsvertrag“ zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik wurde laut, die die Vorsitzende des Tschechischen Nationalrats, Dagmar Burešová, zunächst als völlig unakzeptabel zurückwies. Der schwerwiegendste Widerspruch zwischen dem tschechischen und slowakischen Vorschlag wurde jedoch sichtbar: Die Slowaken betonten die Priorität beider Nationalrepubliken und verstanden die Föderation als ein zweitrangiges Organ. Die Tschechen unterstrichen hingegen die Kontinuität des gemeinsamen Staates als das grundlegende Element.

Frühjahr und Sommer 1991

In der ersten Junihälfte fanden in der ČSFR zwei bedeutende internationale Veranstaltungen statt. Vom siebten bis neunten Juni kamen in Bardejov 300 Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft in Gegenwart der Staatschefs von Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei sowie des amerikanischen

Vizepräsidenten zusammen, um die Ost-West-Beziehungen zu diskutieren. Die eigentliche Absicht dieser Gespräche war es, die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu betonen. Gleichzeitig wurde der Westen aufgefordert, mit den neuen Demokratien als mit gleichwertigen Partnern zu verhandeln, ohne Belehrungen und ohne Unterschätzung. Eine Woche später fanden auf Initiative der Präsidenten Havel und Mitterrand die Verhandlungen über die sogenannte Europäische Konföderation in Prag statt.

Das für die ČSFR möglicherweise wichtigste politische Ereignis des Jahres 1991 spielte sich am 19. Juni ab. An jenem Tag verließ der letzte sowjetische Soldat ihr Gebiet. Nach fast 23 Jahren nahm die Beschränkung der Souveränität des Landes ein Ende.

In den ersten Frühlingstagen informierte Ministerpräsident Marian Čalfa die Föderalversammlung über die Ergebnisse der tschechoslowakischen Wirtschaft für das erste Halbjahr 1991. Die Industrieproduktion war um sechs Prozent gesunken, und es wurden 152 000 Arbeitssuchende registriert, also etwa zwei Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Zum grundlegenden Problem wurde die Absatzkrise. Als positiv in der Wirtschaftsentwicklung bezeichnete der Premier die Erhöhung des Angebots von Waren und Dienstleistungen. In den vorausgegangenen fünfzehn Monaten wurden 2 500 Joint-ventures gegründet. Die Antiinflationspolitik konnte Erfolge verzeichnen; der Preisanstieg konnte bereits im Januar gestoppt werden. Zur entscheidenden Aufgabe wurde eine rasche und umfassende Privatisierung. Der Internationale Währungsfonds bewertete im Mai den Verlauf der Wirtschaftsreform als positiv.

Im April erreichte die politische Krise in der Slowakei ihren Höhepunkt. Nach vielen Verhandlungen hinter den Kulissen wurde Ministerpräsident Mečiar durch eine Abstimmung im Präsidium des Slowakischen Nationalrats schließlich seines Amtes enthoben. Mann der Stunde wurde der Vorsitzende der Christlich-demokratischen Bewegung, Ján Čarnogurský, der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wurde. Die Straßen in der Slowakei füllten sich mit protestierenden Bürgern, die von der Prager Presse als Opfer einer populistischen Manipulation bezeichnet wurden. Ministerpräsident Čarnogurský schien zu diesem Zeitpunkt für die Prager Politik zugänglicher zu sein als Vladimír Mečiar. Dieses Ereignis war für die weitere Entwicklung fatal. Vladimír Mečiar, dessen Bewegung nach Meinungsumfragen die größte Unter-

stützung fand, war zutiefst beleidigt und ging in Opposition zu seinen ehemaligen Mitstreitern, zur Prager Regierung und zum Präsidenten Havel.

Es ist schwer, zwei Gegenspieler zu finden, die gegensätzlicher wären als Vladimír Mečiar und Václav Havel. Vladimír Mečiar ist ein robuster, dynamischer und sehr intelligenter Politiker mit starker Intuition, aber geringer Erfahrung in der Politik. Zu seinen Schwächen zählt ferner, daß er sich schlecht beherrschen kann und emotional auftritt. Václav Havel ist dagegen ein nachdenklicher, betont korrekter Intellektueller. Beide haben sie die Gabe, Menschen zu begeistern. Nach dem Sturz von Mečiar wurde ihre Kommunikation praktisch unterbrochen. Mečiar wurde zum Bösewicht für die Tschechen und Havel zu einer angezweifelten Autorität in der Slowakei. In Bratislava fing bald ein Wettbewerb an, wer besser und mit mehr Energie die slowakischen nationalen Belange gegen Prag vertreten würde. An diesem Wettbewerb beteiligten sich alle wichtigen politischen Strömungen der Slowakei.

Sinnlose Streitigkeiten über „eine authentische Föderation, Konföderation, Föderation mit zwei Republiken als völkerrechtlichen Subjekten“ dauerten Monate. Es wurde um den gemeinsamen Staat gepokert. Die Meinungsumfragen bestätigten, daß nicht nur dieser gemeinsame Staat aufs Spiel gesetzt wurde, sondern auch seine politischen Ziele. Die Anzahl der Bürger, die die Trennung unterstützten, blieb konstant und relativ niedrig: In der Slowakei waren es 13 bis 17 Prozent, in der Tschechischen Republik nur 4 Prozent. Die Versammlung der politischen Parteien, Bewegungen und Vereinigungen in der ČSFR stellte nach einer umfangreichen Diskussion im Juni fest, daß die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten seien und ein Referendum vorbereitet werden müßte.

Am 1. Juli wurde in Prag der faktisch nicht mehr existierende Warschauer Pakt aufgelöst. Im Juli kam der bayerische Ministerpräsident Max Streibl zu Besuch nach Prag. Ministerpräsident Čalfa erklärte ihm, daß die Rückgabe des vor dem kommunistischen Putsch im Jahre 1948 verstaatlichten Vermögens nicht möglich sei. Die nachdrücklich geäußerten Vermögensansprüche einiger Organisationen, die sich im Namen der ehemaligen Sudetendeutschen zu Wort meldeten, wurden als Zweifel an der Integrität der tschechoslowakischen Rechtsordnung verstanden und fanden in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit kein Verständnis.

Der Moskauer Putsch fand in Prag ein dramatisches Echo. Es war zwar klar, daß der politische

Veränderungsprozeß in der ČSFR trotz allem unumkehrbar war, doch tauchten nach dem Putsch Vorschläge auf, die zu einer radikalen Abrechnung mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei führen sollten, vor allem mit allen ehemaligen Kommunisten, die politische Funktionen innegehabt hatten – angefangen mit Alexander Dubček bis hin zu einfachen Funktionären. In dieser Atmosphäre reichte der stellvertretende Ministerpräsident der föderalen Regierung, Václav Vales, ein Freund und Mithäftling von Václav Havel, seine Demission ein. Auch er wurde der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit beschuldigt. Dieser Mann, der sowohl von den Nazis als auch von den Kommunisten eingekerkert wurde, verließ sein Amt als gebrochener Mann. Im Zusammenhang mit dem Moskauer Putsch sollte noch der sowjetische Botschafter in Prag, Boris Pankin, erwähnt werden, der wegen seines grundsätzlichen Widerstands gegen den Putsch zum Chef der sowjetischen Diplomatie wurde. Seine Tätigkeit in Prag und vor allem die imponierende Art und Weise, mit der er seine Mission in der Stadt beendete, trugen wesentlich zur Verbesserung der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen bei.

Herbst 1991

In der Außenpolitik wurde der Prozeß der Festigung der Stellung der Tschechoslowakei im internationalen Rahmen fortgesetzt. Václav Havel unterzeichnete bei seinem Blitzbesuch in Paris gemeinsam mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand den Vertrag über die tschechoslowakisch-französische Freundschaft.

Anfang Oktober kam Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch in die ČSFR. Auf der Prager Burg wurde der lange vorbereitete Vertrag über die tschechoslowakisch-deutsche Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Bundespräsident wird in der ČSFR als Staatsmann hoch geschätzt und deshalb überraschten seine vagen Äußerungen über die Ähnlichkeit der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSFR mit denen zwischen Frankreich und Algerien oder Portugal und Brasilien die tschechoslowakische Öffentlichkeit. Die Presse äußerte die Vermutung, daß es sich hier um ein Mißverständnis handeln müsse. Der unterzeichnete Vertrag soll zu einer guten Grundlage für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen beider Staaten werden.

In Krakau kamen die Staatschefs von Polen, Ungarn und der ČSFR für einen Tag zusammen, um mit den Konsultationen über gemeinsame Interessen fortzufahren – auch im Hinblick auf die eskalierende Krise in Jugoslawien; vor allem aber ging es um die Organisation der gemeinsamen Sicherheit im Rahmen der NATO sowie um die Koordination des Assoziierungsprozesses mit der EG. Diese Treffen wurden inzwischen zu einer bewährten Tradition.

Die skeptischen Voraussagen über die beschränkten Möglichkeiten der tschechischen und slowakischen Regierung, zur Einigung zu gelangen, sowie über die Kontraproduktivität der bisherigen Verhandlungsweise über die tschecho-slowakischen Beziehungen wurden bestätigt. Der Tschechische und der Slowakische Nationalrat führten ergebnislose Diskussionen, wobei die Meinung bestärkt wurde, daß der Staat als Konföderation organisiert werden sollte. In der Tschechoslowakei begann eine Unterschriftenaktion „Für den gemeinsamen Staat“. Binnen kurzem schloß sich eine Million Bürger dieser Aktion an. Die Dinge bewegten sich langsam auf das geplante Referendum zu. Die Tschechoslowakei ist ein Land, in dem die Institutionen einer bürgerlichen Gesellschaft bisher nicht genügend entwickelt sind. Die politischen Parteien – und das gilt auch für die Regierungsparteien – sind sehr klein. Zwischen dem Bürger – dem Wähler – auf der einen Seite und dem Parlament und der Regierung auf der anderen Seite gibt es praktisch keine institutionalisierten Kommunikationsmöglichkeiten. Auch deshalb ist es sehr schwer zu erkennen, welches Mandat die politischen Repräsentanten bei wichtigen Verhandlungen haben sollen. Das Referendum ist aus diesem Grunde das einzig legitime Mittel zur Findung der Grundlage für eine verfassungsmäßige Regelung.

Anfang Oktober wurde das Gesetz über die „Durchleuchtungen“ verabschiedet, welches die Informanten der Staatssicherheit für fünf Jahre von leitenden Funktionen ausschließt. Dasselbe gilt für die ehemaligen höheren Funktionäre der Kommunistischen Partei und der Volksmilizen, der Wehrgeschichte der KP. Diese Maßnahme betrifft aber auch eine Reihe von führenden Persönlichkeiten aus dem Jahre 1968, einschließlich der später inhaftierten und verfolgten Unterzeichner der Charta 77, die somit auf dasselbe Niveau gestellt werden wie die Informanten der Staatssi-

cherheit. Präsident Havel zögerte zunächst mit seiner Unterschrift, während Alexander Dubček das Gesetz gar nicht unterschrieb.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten war im Herbst der Beginn der „großen Privatisierung“ zweifellos das wichtigste Ereignis. Im Rahmen der „kleinen Privatisierung“, die dieser vorausgegangen war, wurden insgesamt 18 000 Betriebe im Wert von mehr als 10 Milliarden Kronen versteigert. Bei der „großen Privatisierung“ geht es um die Umwandlung der entscheidenden Teile der tschechoslowakischen Industrie. Es sollen dabei grundsätzlich zwei Methoden angewandt werden: Die erste beruht auf der Bewertung und dem direkten Verkauf eines Betriebes an neue Eigentümer, bei der zweiten soll ein Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die tschechoslowakischen Bürger sollen daraus Nutzen ziehen, indem sie eine bestimmte Anzahl von Aktien zu besonders günstigen Konditionen erwerben können.

Zur Stärkung der Grundlagen des Rechtsstaates soll die Einrichtung eines Verfassungsgerichts beitragen. Die Bestimmung darüber beinhaltet bereits das Gesetz über die Föderation aus dem Jahre 1968, die kommunistische Regierung erlaubte aber deren Realisierung nicht. Auch das neue Regime hatte es mit der Einrichtung des Verfassungsgerichtes als eines Instruments zur Kontrolle der legislativen Gewalt nicht eilig. Nach langem Zögern begannen schließlich im Herbst 1991 die Vorbereitungen zur Realisierung einer Novelle des Verfassungsgesetzes über das Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht soll mit beträchtlicher Macht ausgestattet sein. Der Kontrolle des Verfassungsgerichtes sollen alle Gesetze der Föderalversammlung sowie der Parlamente der beiden Teilrepubliken, alle davon abgeleiteten Rechtsvorschriften der zentralen Exekutive sowie auch weitere administrative Entscheidungen unterliegen, sofern der Verdacht besteht, daß sie gegen die Verfassung oder gegen den internationalen Vertrag über die Menschen- und Grundrechte verstoßen. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß diese Institution durch ihre Unabhängigkeit und ihre breitgefächerten Machtbefugnisse zur Stabilisierung der Rechtsordnung in der Tschechoslowakei und zur Stabilisierung der demokratischen Verhältnisse beitragen wird.

Probleme der Demokratisierung in Ungarn

I. Postkommunistische Politik in Ostmitteleuropa

Die Charakterisierung neuerer Entwicklungen in den postkommunistischen Ländern Ostmitteleuropas¹ stellt eine Herausforderung für die Politik- und Sozialwissenschaften dar². Die „Ideen von 1989“ knüpfen an die Traditionen vorangegangener revolutionärer Bewegungen von 1789 und 1848 an. Die gemeinsamen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit, Autonomie, Liberalisierung und Demokratisierung, Marktwirtschaft und europäischer Einigung bilden eine Kontinuität zwischen den Protestbewegungen³. Die nach der ersten Euphorie der Selbstbehauptung eingetretenen Enttäuschungen und Desillusionierungen folgen der üblichen Dynamik revolutionärer Umbrüche, die von der Wiederkehr des Alltags nach charismatischen Zeiten geprägt ist. Zugleich sind jedoch auch vom klassischen Schema abweichende Züge festzustellen: die Rückkehr zu früheren oder die Übernahme von anderen, bereits existierenden Modellen, die meistens gewaltfreien Übergänge, die (bisher) ausgebliebene Einmischung äußerer Feinde⁴. Der Wechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus scheint gut vorbereitet gewesen zu sein: Es gab Reformen, die bereits in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft gewirkt hatten, und die alten politischen Eliten waren auch (meistens) kompromißbereit gegenüber den aufkommenden neuen politischen Kräften.

1 Der Begriff Ostmitteleuropa, wie er hier verwendet wird, geht auf den ungarischen Historiker Jenő Szűcs, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt am Main 1991, zurück. Von den postkommunistischen Ländern dieser Region werden hier nur Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn analysiert, weil der DDR durch die Wiedervereinigung der Anschluß an die westliche Region gelungen ist, und die Westperipherie der in Auflösung befindlichen Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien noch nicht vom eigentlichen Ost- und Südosteuropa getrennt zu sehen ist.

2 Einen Überblick über die neueren Diskussionen gibt Ferenc Miszlivetz, *Mitteleuropa – Der Weg nach Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 38 (1991) 11, S. 970–983.

3 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, Stuttgart 1990.

4 Vgl. Jaques Rupnik/Dominique Moisi, 1989 in historischer Perspektive, in: *Transit*, (1991) 1, S. 5–16.

Dieser Übergang hat in den drei Reformstaaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn viele Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten⁵. Zwar gab es hinsichtlich der Toleranz- und Kompromißfähigkeit der alten Eliten beachtliche Unterschiede, aber von einem gewissen Punkt an glichen sich die Bilder: Verhandlungstische, an denen die institutionellen und Verfahrensregeln ausgearbeitet wurden. Bei den neuen politischen Kräften und ihrem Eintreten für die zivile Gesellschaft lassen sich auch Unterschiede im Grad der politischen Reife und Organisation feststellen, die mit den verschiedenen Toleranzgrenzen des alten Systems zusammenhängen; aber letztlich ist allerorts für eine gewaltfreie, konsensfähige Alternative entschieden worden. Von den „Runden Tischen“ führte der Weg zu den ersten freien Parlamentswahlen, mit denen die Rollen von Regierung und von parlamentarischer bzw. außerparlamentarischer Opposition verteilt wurden. Die Wahlen und der Auf- und Ausbau neuer politischer Institutionen stellen die Geburt von neuen politischen Gruppierungen und die ersten Schritte zu einer demokratischen politischen Kultur dar.

Neben den formalen Ähnlichkeiten des Ablaufs, die auch auf gegenseitigen Lernprozessen beruhen, gibt es auch wichtige inhaltliche Unterschiede⁶. Einen von ihnen kann man nach der angelsächsischen Terminologie unter die verschiedenen „Konfliktstrukturen“ (cleavages) von „nation-building“, „state-building“ und „democratization“ fassen⁷. Für Polen und Ungarn waren die nationalstaatlichen Rahmen gegeben und wurden durch den Systemwechsel nicht in Frage gestellt; es fehlen die großen territorialen Minderheiten, die ihre Forderung nach Autonomie bis zur Sezessionsfrage erheben könnten. In diesen Ländern sind die Ebenen der Demokratisierung und der Ausbau der

5 Vgl. Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt am Main 1991.

6 Vgl. Máté Szabó, *Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa: ein Vergleich zwischen Ungarn, Polen und der DDR*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 20 (1991) 3, S. 275–289.

7 Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: an Introduction*, in: dies. (Eds.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–67.

Marktwirtschaft die ausschlaggebenden Elemente. Im Falle der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik hat es einen bisher historisch einmaligen Prozeß der Herstellung der nationalen und staatlichen Einheit gegeben. Damit ist dieser früher souveräne Staat – mit den bekannten Konsequenzen – Teil eines der politisch und wirtschaftlich führenden Länder der EG und NATO geworden und verließ die Arena „postkommunistischer“ Politik. Die Tschechoslowakei zeigt die meisten Spuren einer „nachholenden“ Staats- und Nationenbildung, die den Verlauf der Demokratisierung und der marktwirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig beeinflussen könnte. Die ungelösten Probleme der Staaten- und Nationenbildung beherrschen das Bild des postkommunistischen Südosteuropas und der durch den Zerfall der Sowjetunion entstehenden politischen Gemeinwesen⁸.

Polen und Ungarn sind die beiden Länder Ostmitteleuropas, in denen die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme am wenigsten von Nationalitätenkonflikten beeinflusst wird. Hoffentlich können und werden die daraus resultierenden Probleme auch im Falle der Tschechoslowakei eine Lösung finden, damit die in der Außenpolitik bereits begonnene Zusammenarbeit dieser drei Länder innenpolitisch nicht gestört wird. Man darf sich natürlich keine Illusionen darüber machen, daß die Reformstaaten sich von den Problemen der zerfallenden Sowjetunion und von den krisengeschüttelten postkommunistischen Staaten Südosteuropas leicht abgrenzen könnten; aber ihre Ausgangsbedingungen sind günstiger als die der anderen postkommunistischen Staatengruppe. Positiv wirken sich bei ihnen aus die lebendigen Traditionen von Bürgerlichkeit, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit (gemeinsam praktiziert im Rahmen der K. u. K.-Monarchie), und die geographisch und kulturell bedingten Beziehungen zu den westlichen Teilen Europas⁹. Die Ausnutzung der daraus erwachsenden Möglichkeiten hängt aber von der Lern- und Leistungsfähigkeit der neuen Eliten, von Prozessen in Kultur und Gesellschaft ab, die sich bisher nur in Konturen gezeigt haben.

8 Vgl. Jacques Rupnik, Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen der Nationalismen (mit Diskussion), in: *Transit*, (1990) 1, S. 132–153.

9 Vgl. Erhard Busek/Gerhard Wilfinger (Hrsg.), *Aufbruch nach Mitteleuropa*, Wien 1986; Hans-Peter Burmeister/Frank Boldt/György Mészáros (Hrsg.), *Mitteleuropa – Traum oder Trauma?*, Bremen 1988; Sven Papcke/Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Traumland Mitteleuropa?*, Darmstadt 1988; Frank Herterich/Christian Semler (Hrsg.), *Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen*, Frankfurt am Main 1989.

Die östlichen und westlichen Nachbarn beeinflussen das Schicksal der ostmitteleuropäischen Region. Im Westen scheint mit dem in der westeuropäischen Union verankerten wiedervereinigten Deutschland ein vielversprechendes Vermittlungsland zu existieren, das allerdings (u. a.) mit seinen eigenen Problemen belastet ist und deshalb den wirtschaftlichen und politischen Erwartungen der ostmitteleuropäischen Länder nicht ohne weiteres nachkommen kann. Offen ist die Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. Die außenpolitische Orientierung der drei ostmitteleuropäischen Länder ist in dieser Situation eindeutig prowestlich, jedoch durch einen Mangel an sicherheits- und wirtschaftspolitischer Integration mit den führenden Westmächten geprägt. Die bisherige Zusammenarbeit Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei wird als eine Übergangslösung bis zur Mitgliedschaft in den westeuropäischen Organen angesehen¹⁰, eine Art „Notgemeinschaft“ oder „Kartell“, wo ein jeder die Konkurrenz um Westhilfe und -anbindung gegenseitig kontrollieren und institutionalisieren will. Es ist eine von der Auflösung des Ostblocks bedingte Übergangsform zur Westintegration – oder doch zumindest so beabsichtigt.

Verglichen mit dem postkommunistischen Südosteuropa und der UdSSR sind die drei Länder Ostmitteleuropas in ihren politischen Transformationsprozessen viel weiter fortgeschritten. Die kommunistischen Strukturen sind aufgelöst bis in die einzelnen Ebenen von Militär, Polizei und Sicherheitsdiensten hinein. Die ehemaligen kommunistischen Parteien sind nicht mehr die entscheidenden politischen Faktoren. Die Kräfte eines fundamentalistischen Nationalismus haben hier, gebremst durch das Gewaltmonopol des Staates und die Vermittlung der parlamentarischen Institutionen, die Schwelle zu gewaltsamen Protesten und Auseinandersetzungen noch nicht überschritten. Auf der Ebene von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein schwieriger Weg zu gehen, zwischen Sozialverträglichkeit und radikalem Wandel. In der Entwicklung von Kultur und Gesellschaft sind sowohl die Altlasten eines „parochialen“, fundamentalen Nationalismus als auch Traditionen einer liberalen, offenen Gesellschaft vorhanden. Deren Chancen hängen von den demokratischen Entwicklungen im internationalen und besonders im europäischen Umfeld ab. Inzwischen kann man die inneren Demokratisierungsprozesse in den ostmitteleuropäischen Ländern irreversibel nennen. Es gibt kein Zurück mehr, aber die Aussichten sind noch weitgehend unsicher.

10 Vgl. Kathrin Sitzler, Regionale Kooperation und europäische Integration, in: *Südosteuropa*, 39 (1990) 11–12, S. 686–708.

II. Vom Parteien- zum Verfassungsstaat

Der spezifische Charakter des politischen Wandels in Ungarn ist in mehrfacher Hinsicht auf die anti-stalinistische Revolution von 1956¹¹ und ihre Nachwirkungen zurückzuführen. Dieser Volksaufstand, der das Schicksal auch anderer ostmitteleuropäischer Revolten unter der Herrschaft des Kommunismus, die Niederschlagung durch sowjetische Intervention, teilt, hat nachhaltige Wirkungen gezeitigt und einen „ungarischen Sonderweg“ zur Folge gehabt. Der damit an die Macht gekommene János Kádár, Mitbegründer der (kommunistischen) Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), begann eine merkwürdige, Reform und Konservatismus vereinigende Politik des „Kádárismus“, der Stabilität und Freiräume für die Entwicklung der zivilen Gesellschaft sicherte und nicht zu leugnende, wenn auch in ihren Nachwirkungen ambivalente, wirtschaftliche Erfolge vorweisen konnte¹². Während Polen von wiederkehrenden Reform- und Protestzyklen bewegt wurde, in der DDR und in der Tschechoslowakei nach den „Ereignissen“ von 1953 und 1968 Friedhofsruhe und „Normalisierung“ herrschten, entwickelten sich in Ungarn wirtschaftliche, gesellschaftliche und in bescheidenem Maße auch politische Freiräume, die von der Partei toleriert oder sogar gutgeheißen wurden. Parallel zu Polen, aber ohne die dort vorgegangenen langen Krisen und Mobilisierungsphasen, kam eine weitgehend geregelte und institutionalisierte Auswechslung der politischen Eliten zustande¹³. Ungleich der DDR und der Tschechoslowakei, wo die Erstarrung und Unbeweglichkeit der alten Eliten bis zur letzten Minute nicht zu brechen waren, konnte man in Ungarn unter weniger dramatischen und krisenbelasteten Bedingungen einen geordneten Übergang wagen, der ohne große Massenmobilisierung erste Fortschritte brachte.

Die institutionalisierten Ergebnisse dieses Überganges waren im politischen System in einigen An-

11 Vgl. Ágnes Heller/Ferenc Fehér, Ungarn 1956. Geschichte einer antistalinistischen Revolution, Hamburg 1982.
12 Vgl. Ferenc Fehér, „Kádárismus“. Analyse des tolerantesten Blocklandes Osteuropas, in: ders./Ágnes Heller (Hrsg.), Diktatur über die Bedürfnisse, Hamburg 1979, S. 119–161; Hubertus Knabe, Der Kádárismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36–37/87, S. 13–25.

13 Vgl. András Bozóki, Political Transition and Institutional Changes in Hungary, in: Südosteuropa, 39 (1990), 9, S. 538–549.

sätzen bereits vorhanden. Ungarn erscheint in dieser Ausgangslage stabiler als die wegen des Föderalismusstreits verunsicherte Tschechoslowakei, und das durch das extreme Verhältniswahlrecht in den ersten wirklich freien Parlamentswahlen vom Oktober 1991 in die Nähe der Unregierbarkeit gerückte Polen. Diese relative politische Stabilität hängt damit zusammen, daß – im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei – in Ungarn zu Beginn der Systemtransformation keine „umbrella organization“ als Einheitsverband des zivilen Protests stand (wie Solidarnosc oder Bürgerforum), dessen später notwendige, aber schmerzhaftes Auflösung damit auch nicht zum Unsicherheitsfaktor für die postkommunistische Politik werden konnte¹⁴. Im ungarischen Parlament sind sechs Parteien vertreten, deutlich weniger als in Polen oder in der Tschechoslowakei. Daraus haben sich drei „Säulen“ der parlamentarischen Politik formiert: die die Regierungskoalition tragende Mehrheit der drei christlich-nationalen Parteien, die beiden liberalen Parteien und die eine Sozialistische Partei (der Reformflügel der ehemaligen USAP) in der Opposition. Weder starke politische Subkulturen (Regionen, Minderheiten, Konfessionen) wie im Falle der Tschechoslowakei, noch die Folgen eines destabilisierend wirkenden Verhältniswahlrechts wie in Polen sind in Ungarn wirksam geworden in Richtung auf eine stärkere Zersplitterung der Parteienlandschaft.

Stabilität heißt aber nicht immer Demokratie. Die Prinzipien von Effektivität, Rationalisierung und Stabilität sind manchmal sehr kontraproduktiv vom Gesichtspunkt der Partizipation, Dezentralisierung und Autonomie. In diesem Sinne sind zwar auch in Ungarn Spannungen und Probleme der Demokratisierung zu verorten, aber sie haben andere Gründe als die in Polen und in der Tschechoslowakei.

Seit dem 23. Oktober 1989 ist Ungarn keine Volksrepublik mehr. Die Ausrufung der neuen Staatsform Republik war mit einer Reihe von Verfassungsänderungen verbunden, die darauf abzielten, das bisherige politische System qualitativ zu verändern. Die neue ungarische Republik hat in ihrer Orientierung am westlichen Modell der reprä-

14 Vgl. Klaus Ziemer, Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen, in: Osteuropa, 39 (1989) 9, S. 11 f.; Georg W. Stobel, Politisches System und Pluralismus in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12–13/90, S. 3–16; Wulf Schade, Das Parteienspektrum in der Republik Polen, in: Osteuropa, 41 (1991) 10, S. 953–963; Ursula Feist/Pavel Uttitz, Parteien und Wahlen in der Tschechoslowakei, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 21 (1990) 4, S. 582–600; Karel Vodicka, Die neue Parteienlandschaft in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa, 41 (1991) 2, S. 150–160.

sentativen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während ihrer im Oktober 1991 zweijährigen Lebenszeit eine Reihe von „Kinderkrankheiten“ überstanden. Was sind die Errungenschaften und Probleme in der neueren Entwicklungsphase des politischen Systems in Ungarn? Welche Richtung ist in Zukunft einzuschlagen?

1. Einheit der Macht vs. Gewaltenteilung

Ein charakteristischer Zug der „sozialistischen Demokratie“ war die These von der Einheit der Staatsmacht, von der direkten Verkörperung der Volkssouveränität im Parlament. Ihr wurde über pseudoplebiszitäre Elemente wie z. B. das fast nie praktizierte imperative Mandat des Abgeordneten, über Referenden, „Räte“-Verwaltung usw. ein kaum ausgefüllter Rahmen zugeteilt. Es gab lediglich ein kollektives Staatsoberhaupt, kein Verfassungsgericht, und die Regierung sollte ein dem Parlament verantwortliches untergeordnetes Organ sein. In der politischen Realität jedoch sind alle Staatsorgane, vom Parlament bis zur Regierung, von der allmächtigen Parteibürokratie kontrolliert und gelenkt worden¹⁵.

Die Gewaltenteilung ist erst in der Verfassung der neuen ungarischen Republik fest verankert worden. Es heißt, daß das Parlament jetzt nur eines der Organe zur Ausübung der Volkssouveränität darstellt. Die pseudoplebiszitären Elemente wurden abgebaut, während dem Referendum eine verfassungsrechtlich geregelte Rolle in der neuen Politik zukommt. Die politische Aktivität des Parlaments ist im Kontext des neuentstandenen Verfassungsgerichts, der Arbeit von Staatspräsident und Regierung zu verstehen. Die Staatsorgane haben jetzt ihre eigene Funktion im System von „checks and balances“ nach der normativen Regelung der Verfassung¹⁶.

2. Das Staatsoberhaupt

Als „demokratisches“ Element galt es in sozialistischen Systemen, die Institution des Staatsoberhauptes zu „kollektivieren“ und diesem Organ Funktionen zuzusprechen, die das Parlament praktisch überflüssig machten. Dieses Kollektivorgan hieß in Ungarn „Präsidentialrat der Ungarischen

Volksrepublik“ (Népköztársaság Elnöki Tanácsa, NET) und hatte weitgehend die Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments durch seine Dekrete übernommen. Im Prozeß der Verfassungsänderung wurde vor allem die Wahl und die Befugnisse des zukünftigen individuellen Präsidenten diskutiert.

Im Prozeß der Gespräche am „Runden Tisch“ im Sommer 1989 strebte die damalige Staatspartei, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, eine Lösung nach dem „polnischen Patent“ an. Das hätte die entweder in direkter Wahl oder plebiszitär bestimmte Berufung eines Präsidenten bedeutet, dem damit relativ weite Machtbefugnisse über das Staatswesen zugeteilt worden wären. Aussichtsreicher Kandidat bei solchen Erwägungen war der bekannte Reformpolitiker Imre Pozsgay. Es sei dahingestellt, ob dieses Modell wirklich den ihm zugesprochenen Vorteil eines stabilen „Machtzentrums“ in der Zeit der turbulenten Veränderungen gebracht hätte oder nur einfach die Machtposition der USAP festschreiben sollte. Der Streit um das Präsidentenamt zerstörte die Einheit der Oppositionsparteien; einige von ihnen stimmten gegen den Vorschlag der USAP und setzten sich erfolgreich für die indirekte Wahl des Präsidenten ein. So sind in der Verfassungsänderung die Wahl des Präsidenten durch das Parlament und seine enger definierten Befugnisse angenommen worden. Die Gründe der Niederlage eines plebiszitären Modells liegen in der Ablehnung eines „starken Mannes“, wie ihn die Ungarn von Kaiser Franz Josef I. bis zu János Kádár kennengelernt haben.

Zum ungarischen Staatspräsidenten ist vom Parlament am 3. August 1990 der ehemals politisch verfolgte Schriftsteller Árpád Göncz gewählt worden. Er war der Kandidat der größten liberalen Oppositionspartei, der „Allianz der Freien Demokraten“ (Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ). Seine Wahl erfolgte nach einem „Pakt“ für die „Regierbarkeit“ von seinen Liberalen mit der führenden Kraft der Regierungskoalition, dem „Ungarischen Demokratischen Forum“ (Magyar Demokrata Fórum, MDF). Es folgten Veränderungen der im Oktober 1989 modifizierte Verfassung und für die SZDSZ der politische Vorteil der Präsidentenaufstellung¹⁷.

Das politische Gewicht des Staatspräsidenten Göncz ist weitaus geringer als das seiner Amtskollegen Havel und Wälesa. Im politischen Alltag

15 Vgl. Georg Brunner, Das Regierungssystem – Verfassung und Verwaltung, in: Klaus D. Grothaus (Hrsg.), Ungarn. Südosteuropa-Handbuch, Bd. V, Göttingen 1987, S. 212–249.

16 Vgl. Kathrin Sitzler, Ungarns politische Reformen im Spiegel der neuen Verfassungskonzeption, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/89, S. 29–38; Gabor Halmai, Die Verfassung der Republik Ungarn, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 39 (1990), S. 258–283.

17 Textveröffentlichung (Ungarische) in: Sándor Kurtán/Péter Sándor/László Vass (Hrsg.), Magyarország Politikai Évkönyve (Jahrbuch für Ungarische Politik), Budapest 1991, S. 428–430.

übernimmt der Präsident „Repräsentationsfunktionen“ im Staatsleben, beim Empfang von Diplomaten, bei der Verkündung von Gesetzen, der Vergabe von Auszeichnungen usw; andererseits übt er aber auch Kontrolle aus über die Gesetzgebung, dies jedoch nur in Kooperation mit anderen Staatsorganen. Eine größere Rolle spielt er im Kriegs- und Ausnahmezustand; er ist Oberbefehlshaber der Armee, doch war dies wiederum so umstritten, daß das Verfassungsgericht mit der Interpretation dieses Passus beauftragt wurde. Die Befugnisse des Staatspräsidenten wurden im Beschluß des Verfassungsgerichtes vom Herbst 1991 im Sinne der Verfassung restriktiv interpretiert¹⁸.

Göncz hat in seiner bisherigen Amtszeit mehrfach versucht, seine Kompetenzen auch politisch umzudeuten (z. B. hat er eines der wichtigsten Gesetze, das „Entschädigungsgesetz“, nicht verkündet, sondern dem Verfassungsgericht wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zugeleitet) und sogar zu erweitern (z. B. verbot er im Oktober 1990 bei der Taxifahrer-Blockade den Einsatz der Armee, was zur erwähnten Verfassungsstreitigkeit geführt hat, bis hin zur Ablehnung einiger Ernennungen im Sommer 1991). Doch muß sich der Präsident, solange ihm nicht eine neue Verfassung eine stärkere Stellung zuweist, mit seinen neutralen „Repräsentationsfunktionen“ zufriedengeben.

3. Vom „entmachteten“ zum „allmächtigen“ Parlament?

Das Parlament war nach der alten Verfassung als Träger der Volkssouveränität allmächtig, aber ohnmächtig in der politischen Realität. Seine Zusammensetzung, Wahl, Funktionsweise und Gesetzgebung wurden in den meisten Fällen vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei kontrolliert¹⁹. Die neue Verfassung hat Grundsätzliches verändert. Die Wahlen sind frei, plural und geheim, das Parlament bestimmt seine Statuten selbst und ist allein und rechtmäßig mit der Gesetzgebung betraut. Ein Überbleibsel des alten Systems ist die unikamerale Organisation. Diese Form stellt einen wichtigen Unterschied zu den Parlamenten Polens und der Tschechoslowakei dar, wo aus den historischen Traditionen und der föderalen Struktur Zweikammer-Parlamente resultierten. In älteren ungarischen Traditionen gab

es zwei Kammern, und auch in den neueren Reformdiskussionen wurden Vorschläge zum Zweikammersystem gemacht, aber in Ermangelung föderalistischer Voraussetzungen hätte das nur eine Art „Verbandsrepräsentation“ sein können, und als solche war es beim Runden Tisch nicht mehrheitsfähig.

Die Ausübung der Gesetzgebungsfunktion in der Zeit des Systemwandels bedeutet für das Parlament eine Überlastung, weil die Grundlagen der politisch-sozialen und wirtschaftlichen Institutionen des Landes zugleich gesetzlich neu reguliert und etabliert werden sollten. Das Parlament versucht, dem erhöhten Leistungszwang durch Professionalisierung der Tätigkeit der Abgeordneten, Erweiterung der Sitzungszeiten, Einsatz von Experten und Ausbau von verschiedenen administrativen Strukturen und der Ausschüsse nachzukommen, um wenigstens die „allerwichtigsten“ Gesetze verabschieden zu können (77 im Jahre 1990), dennoch kommt es zu zahlreichen unerledigten oder verspäteten Gesetzesvorhaben. Die „Feuerwehrarbeit“ schlägt sich leider auch in der Qualität der Gesetze nieder, die dann oft vom Verfassungsgericht korrigiert werden²⁰.

So nimmt es nicht wunder, daß für die zweite große Aufgabe des Parlamentes, für die Kontrolle von Regierung und Verwaltung, kaum Zeit und Energie bleibt²¹. Die Zusammenarbeit der SZDSZ und MDF hatte zur Folge, daß zwecks Gewährleistung der Regierbarkeit auch die Kontrollrechte des Parlamentes über die Regierung eingeschränkt wurden. In Anlehnung an das System der Bundesrepublik Deutschland wurde das „konstruktive Mißtrauensvotum“ eingeführt, das die Arbeit einzelner Minister wie die der Regierung als Ganzes gegenüber dem Parlament verantwortlich macht. Das Instrument der Interpellation besitzt keinen besonderen politischen Sanktionswert, es wird sogar von den Koalitionspartnern gegeneinander davon Gebrauch gemacht, als Signal für Unzufriedenheiten in der Regierungskoalition.

In allen zentralen Verwaltungsorganen herrscht eine rege aber unübersichtliche Umbautätigkeit, der mit traditionellen parlamentarischen Kontrollmechanismen schwer zu folgen ist. Bei den Debatten über Haushalt, Regierungsprogramme, Verfassungsänderungen usw. wird das Parlament ständig unter Zeitdruck gesetzt, so daß mit dem Ver-

18 Der Beschluß ist gekürzt abgedruckt (ungarisch) in: Magyar Hirlap vom 24. September 1991.

19 Vgl. Georg Brunner, Ansätze zu einem „sozialistischen Parlamentarismus“ im sowjetischen Hegemonialbereich, in: Ralf Rytlewski (Hrsg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern (Politische Vierteljahresschrift, 30 [1989] Sonderheft 20), S. 151–177.

20 Vgl. István Somogyvári, Törvényalkotás 1990-ben, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 447–456.

21 Vgl. Richard Nuñez, Néhány megjegyzés a magyar parlament felügyeleti funkciójáról, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 146–149.

weis auf die Wichtigkeit einzelner Entscheidungen keine oder nur begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind für gründlichere Vorbereitungen, für verstärkte Arbeit in den Ausschüssen usw. Zur Überraschung der überforderten und konsensinteressierten Abgeordneten sehen sie ihre Entscheidungen oft vor ein Korrektiv gestellt, das Verfassungsgericht.

4. Ein neues Verfassungsorgan: das Verfassungsgericht

Um die Normenkontrolle zu sichern, haben ungarische Reformer schon länger die Einführung eines entsprechenden Verfassungsorgans erwogen. 1983 wurde ein Verfassungsrat ins Leben gerufen, was allerdings keine wirkliche Verfassungsgerichtsbarkeit darstellte, sondern nur Signalfunktionen innerhalb des bestehenden Systems übernahm. Anstelle eines symbolischen Organs entstand im Laufe seiner Konstitutionalisierung jedoch ein machtvolles Verfassungsgericht²². Es ist kein integrierter Teil der Rechtsprechung, sondern ein eigenständiges Verfassungsorgan. Die im Parlament vertretenen Parteien schlagen ihre Kandidaten vor, die dann vom Plenum gewählt werden. Die Anzahl der Richter beträgt 15, ihre Amtszeit erstreckt sich über neun Jahre. Bis zur nächsten Parlamentswahl besteht es allerdings aus nur zehn Richtern.

Das ungarische Verfassungsgericht übernimmt ähnliche Funktionen wie das bundesdeutsche: Entscheidungen über Verfassungsstreitigkeiten, individuelle oder von Verbänden und Staatsorganen vorgebrachte Verfassungsbeschwerden, Kontrolle über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und anderen Rechtsakten. Im Unterschied zur Bundesrepublik gibt es keine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Parteien und anderer politischer Organisationen. Darüber hinaus wird dem Verfassungsgericht auf Antrag bestimmter Staatsorgane zugestanden, eine nicht an konkrete Fälle gebundene Verfassungsinterpretation zu liefern. Die Befugnisse des Gerichts sind im internationalen Vergleich recht weitgehend. Das entspricht der ursprünglichen verfassungsrechtlichen Annahme, daß in der schwierigen Situation der neuen und noch nicht tradierten politischen Institutionen viele Spannungen, Probleme und Unsicherheiten auftreten können, die durch die Verfassungsgerichtsbarkeit gelöst werden können.

22 Vgl. Gábor Halmai, Alkotmány és alkotmánybíráskodás, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 149–156.

Kritik richtete sich gegen die Gefahr einer Übernahme legislativer Funktionen. Das neue Organ muß sich manchmal selbst die Grenzen setzen: Durch die in der Verfassung offen gelassene Möglichkeit zur präventiven Normenkontrolle, die Prüfung der Verfassungskonformität von Gesetzesvorlagen, könnte sich das Gericht direkt ins Gesetzgebungsverfahren einschalten. Dies aber wird abgelehnt, und die Normenkontrolle nur bei endgültig verabschiedeten Gesetzesvorlagen ausgeübt. Kritiker und Verteidiger stimmen darin überein, daß eine Modifizierung und Differenzierung der Befugnisse dieses machtvollen Organs in einer neuen Verfassung nach den bewegten Zeiten des Systemwandels nötig wäre, und die Funktion des Gerichtes weniger an der Innovation als an der Gewährung von Stabilität orientiert werden sollte.

5. Starke oder schwache Regierung?

In der Vergangenheit hielt die Regierung in der Volksrepublik Ungarn eine eher schwache Position. Der Ministerrat war ein Kollektivorgan, das vom Ministerpräsidenten nur repräsentiert, aber nicht wirklich geführt wurde. Obwohl er formell vom Parlament gewählt war und im Sinne der Verfassung auch politisch von diesem kontrolliert werden konnte, waren in der politischen Realität sowohl die Kandidatur als auch die Bestimmung seines Programms und die politische Kontrolle über dessen Vollstreckung bei der USAP angesiedelt. Es gab auch eine direkte und enge Verbindung von Partei- und Ministerialbürokratie auf der Ebene einzelner Politikbereiche. Die Vorbereitung der wichtigsten politischen Entscheidungen lag beim ZK der USAP, weswegen weder beim Parlament noch beim Ministerpräsidenten oder beim Ministerrat größere Apparate zur Entscheidungsvorbereitung bestanden²³. Die Trennung von Partei und Staat, nicht erst seit 1989 ein politisches Ziel, ist mit der Auflösung des Einparteiensystems Wirklichkeit geworden.

Die erste, von József Antall (MDF) nach der freien Parlamentswahl im Frühjahr 1990 gebildete Regierung ist dem Parlament verantwortlich und baut auf das Kanzlerprinzip. Der Ministerpräsident wird auf Vorschlag des Staatspräsidenten vom Parlament gewählt, vor dem er auch sein Programm zur Diskussion stellt. Die Minister werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten

23 Vgl. Milhály Bihari, The Political System in Hungary, in: Attila Gergely (Ed.), Almanach of the Institute of Sociology of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest 1988, S. 15–25.

vom Staatspräsidenten ernannt oder zurückberufen, sie müssen ihren Eid vor dem Parlament ablegen.

Konstruktives Mißtrauensvotum und Kanzlerprinzip sind aufgrund des „Paktes“ von MDF und SZDSZ zur Stärkung der Regierung dem Parlament gegenüber als Verfassungsänderungen verabschiedet worden. Zugleich hat man die Zahl der an eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung gebundenen Gesetze verringert, um das Gesetzgebungsverfahren für die Regierungsmehrheit zu erleichtern. Der damalige Trend, die Regierung gegenüber dem Parlament, die Regierungskoalition gegenüber der Opposition, den Ministerpräsidenten gegenüber den Ministern zu stärken, hat dazu geführt, daß József Antall ein wirklicher „Herr im Hause“ wurde²⁴. Er besitzt in seiner eigenen Partei, der MDF, und auch gegenüber den Koalitionsparteien eine große Autorität, die sich im ganzen Staatsleben durchgesetzt hat. Diese Position ist teilweise dem MDF/SZDSZ-Pakt zu verdanken, wobei zu fragen ist, ob nicht die langanhaltenden Konflikte um den „starken Mann“ in der Position des Staatspräsidenten, die zu einer vielleicht allzu symbolischen Position führten, nicht gerade Tür und Tor geöffnet haben für den „starken Mann“ an der Spitze von Regierung und Bürokratie.

6. Von der „politischen“ zur „unabhängigen“ Justiz

Die Richter und Staatsanwälte in der Volksrepublik waren in großer Zahl Parteimitglieder. Trotz der Deklaration richterlicher Unabhängigkeit konnte man die Möglichkeit „politischer Justiz“ nicht ausschließen, obwohl seit den sechziger Jahren immer weniger Fälle von politischem Mißbrauch der Justizorgane bekannt geworden sind. In der neuen Verfassung waren das Verbot der Mitgliedschaft in politischen Parteien und das der Ausübung jeglicher politischer Aktivität wichtige Schritte zur Realisierung der richterlichen Unabhängigkeit. Eine bewußte Personalpolitik versucht die Selektion von Richtern und ihre Anpassung an die neuen Erwartungen zu unterstützen, da es äußerst schwer wäre, die grundlegenden Veränderungen des ganzen Rechtssystems und die laufenden Rehabilitierungen und Entschädigungen von kompromittierten Richtern vollziehen zu lassen. Eine Erhöhung des Einkommens soll die Qualität des Richterstandes an-

heben. Die Organisationsstruktur der Justiz ist bisher unangetastet geblieben, aber in einer neuen Verfassung wäre auch sie, insbesondere die der Staatsanwaltschaft, neu zu gestalten.

Zusammenfassend läßt sich über den ungarischen Verfassungsstaat sagen, daß er die wichtigsten Elemente von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung bereits institutionalisiert hat und sich vom alten Parteienstaat völlig loslösen konnte. Beide Aussagen lassen sich aber gegenseitig relativieren. Das neue Verfassungsgebilde ist weit davon entfernt, sich als vollendet und perfekt darzustellen, und das politische System befindet sich in einer ständigen Transformation, in der die neuen Elemente noch nicht tief genug verwurzelt sind. In den Jahren 1989/90 ist die Verfassung neunmal verändert worden, teilweise nicht unerheblich. Obwohl Konsens besteht, daß systematisch eine neue Verfassung vorbereitet werden sollte, sind die Zeitpläne dafür unterschiedlich. Einige wollen dies schon in der laufenden Legislaturperiode vollenden, während andere mit Hinweis auf die Unabgeschlossenheit der Wandlungsprozesse sich dies nur unter längerfristigen Perspektiven vorstellen können. Meines Erachtens ist der zweite Standpunkt realitätsgerechter. Der stabile Zustand sollte einer konsensfähigen Verfassung vorausgehen; Ungarn ist von diesem Zustand noch weit entfernt.

III. Vom Einparteienstaat zum Pluralismus

Die Veränderungen von staatsrechtlichen Normen und zentralen Staatsorganen sind nicht aus dem Kontext des politischen Systemumbaus als Ganzem zu lösen. Die Dynamik der gesellschaftlich-politischen Pluralisierung und der Ausbau der Rechtsstaatlichkeit haben sich gegenseitig bestimmt. Die Macht der USAP war nicht verfassungsrechtlich verankert und geregelt – jetzt sollte es anders sein: Die institutionalisierten und geregelten politischen Prozesse sollten ihre Dynamik in demokratischen Wahlen manifestieren.

1. Parteien und Wahlen

Die Entstehung oder Neuorganisierung von politischen Parteien in Ungarn erfolgte parallel zur Auflösung der politisch-administrativen Kontrolle der

24 Vgl. Mihály Bihari, Change of Regime and Power in Hungary, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 33–48.

USAP zwischen 1988 und 1990²⁵. Die illegal und informell entstandenen Parteien mußten sich zuerst als soziale Bewegungen, Vereine und Clubs organisieren, erst nach der Verabschiedung des Parteiengesetzes 1989 konnten sie sich als Parteien registrieren lassen. Das ungarische Parteiengesetz ähnelt dem bundesdeutschen: Es regelt die Chancengleichheit, sichert staatliche Finanzhilfe auf der Basis der Wahlergebnisse und macht die Finanzen kontrollierbar. Vor den Wahlen gab es große Diskussionen um die Chancengleichheit, weil die Rechtsnachfolgerin der USAP, die USP, 80 Prozent der Presse in Besitz hatte, abgesehen von anderen Vergünstigungen.

Eine Folge der Verhältnisse im osteuropäischen Einparteiensystem ist das Verbot der Organisation von Parteien am Arbeitsplatz. Es richtet sich gegen die Aufrechterhaltung der von der USAP in den letzten vier Jahrzehnten organisierten riesigen Infrastruktur in den Betrieben, die Räumlichkeiten, Stellen und andere Ressourcen nach parteipolitischen Interessen zuwies.

Die Anerkennung des Parteienstatus anlässlich der ersten freien Wahlen hat wenigstens zu einem Minimum an staatlicher Wahlkampfhilfe, zu Sendezeiten in Radio und Fernsehen, zu Geld und Räumlichkeiten geführt. Der Zugang dazu wurde erleichtert, so daß auch kleinere Gruppierungen staatliche Mittel beantragen konnten. Gerechte Selektionsprinzipien ließen sich für den Neuanfang schwer treffen. So läßt sich erklären, daß von den mehr als 80 Parteien, die vor der Wahl existierten, noch mehr als 60 registriert wurden. Gemäß den Bestimmungen des Wahlgesetzes werden bei zukünftigen Wahlen die staatlichen Gelder nach Stimmenanteilen vergeben.

Das ungarische Wahlsystem vereint die Elemente der Personen- und der Listenwahl. Von 386 Par-

lamentssitzen werden 176 in Einzelbezirken vergeben, wo zur Kandidatenaufstellung 750 Unterschriften benötigt werden. Wenn im ersten Durchgang keine absolute Mehrheit zustandekommt – nach den bisherigen Erfahrungen eher eine Ausnahme –, dann genügt im zweiten eine relative Mehrheit. Dies trägt zur Konzentration der Stimmen und zur Koalitionenbildung bei. Bei den Wahlen vom Frühjahr 1990 wurden 152 Sitze in 20 territorialen Listen gewählt, wo nur die Parteien jenseits der Vier-Prozenthürde Mandate erwerben konnten. 58 Sitze gingen an die sogenannte „nationale Liste“. Von den größeren Parteien, die in mindestens einem Viertel der Wahlkreise kandidierten, haben 17 diese Hürde übersprungen. Die Bestimmungen des Wahlgesetzes haben nach dem bundesdeutschen Muster (mit Hürden- und Auszählungsmethoden nach Hagenbach/Bischoff) gegen kleine bzw. „Splitter“-Parteien und für die Regierbarkeit gewirkt. Die größeren Parteien haben davon profitiert. Sechs von ihnen, abgesehen von einigen unabhängigen Abgeordneten und einem eher lokalen Wählerbund mit einem Sitz, haben den Einstieg ins Parlament geschafft. Die Entrüstung bei den kleinen „Versager“-Parteien war groß, und es gab viel Kritik am Wahlgesetz.

Trotzdem haben die Wahlen vom Frühjahr 1990 zumindest klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament geschaffen. Die Ergebnisse wurden mehrfach und kontrovers diskutiert, aber entgegen allen Einwänden zeichnete sich immerhin ein deutliches und im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei relativ zuverlässiges Bild der politischen Kräfteverteilung ab. Der Block der christlich-nationalen Parteien mit dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF; 164 Sitze; 42,7 Prozent) an der Spitze, der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte (FKGP; 44 Sitze; 11,4 Prozent) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP; 21 Sitze; 5,4 Prozent) bildet die Regierungskoalition. Die zwei kleineren Parteien knüpfen an ihren kurzzeitigen Erfolg in der Nachkriegsdemokratie (1945–1948) an, als die Kleinlandwirte die absolute Mehrheit hatten. Jetzt müssen sie sich mit der Zustimmung der älteren ländlichen Bevölkerung zufriedengeben, aber sie haben einige ihrer Hochburgen auf dem Lande auch nach Jahrzehnten wieder erobern können. Das MDF ist eine Neugründung während des Systemwandels und knüpft an die Traditionen des „populistischen“ nationalen Liberal-konservatismus an. Erfolg bei der Intelligenz und der Mittelklasse hat ihm die Ablehnung der Schocktherapie vom wirtschaftlich-sozialen

25 Zur Entwicklung von Parteiensystem, Wahlrecht und Wahlverfahren vgl. Rudolf Tökés, Vom Post-Kommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/90, S. 16–33; András Körösi, Hungary, in: *Electoral Studies*, 9 (1990) 4, S. 337–345; ders., Revival of the Past or a New Beginning? The Nature of Post-Communist Politics, in: *Political Quarterly*, 62 (1991) 1, S. 52–75; Attila Ágh, The Year of Incomplete Changes, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 16–32; John R. Hibbing/Samuel C. Patterson, A Democratic Legislature in the Making: the Historic Hungarian Elections of 1990, in: György Szoboszlai (Ed.), *A Magyar Politikatudományi Társaság Évkönyve*, Budapest 1990, S. 117–128; János Simon/ László Bruszt, Ungarisches Wählerverhalten an der Schwelle zur parlamentarischen Demokratie, in: *Südosteuropa*, 39 (1990) 1, S. 36–51; Zoltán Bárány, On the Road to Democracy: the Hungarian Elections of 1990, in: *Südosteuropa*, 39 (1990) 5, S. 318–329.

Wandel und die Hervorhebung einer „Reform mit Maß“ gebracht. Im „catch all party“-MDF sind verschiedene Flügel und Tendenzen vorhanden, auch die „radikalen“ Populisten. Die beiden liberalen Parteien, die Allianz der Freien Demokraten (SZDSZ; 94 Sitze; 23,6 Prozent) und der Verband der Jungen Demokraten (FIDESZ; 22 Sitze; 5,4 Prozent) teilen die Idee von einem „radikalen Kurs“ gegenüber dem MDF. Sie sind konfessionell neutral bzw. indifferent und ablehnend gegenüber dem ungarischen Nationalismus. Beide Parteien entstammen der demokratischen Opposition und unterschieden sich ursprünglich nur in der Altersstruktur ihrer Mitglieder (Mitgliedschaft im FIDESZ ist nur unter 35 Jahren möglich; die Wähler sind jüngere, gebildete, „urbane“ Leute). Die beiden liberalen Parteien teilen die Oppositionsbank mit der Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Staatspartei, mit der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP; 33 Sitze, 8,5 Prozent), die besonders günstige Ergebnisse bei der Intelligenz und Bürokratie verbuchen konnte. Die Sozialdemokraten und die „kadartistischen“ Sozialisten (weiterhin USAP) und sogar die als Opposition (gegen den Donaustaudamm) hervorgetretenen Grünen sind unter der Vier-Prozenthürde geblieben.

Die politischen Kräfteverhältnisse sind durch die Wahlergebnisse bestimmt, aber es zeichneten sich schon vorher Konfliktlinien und Kooperationen ab, die die weitere Entwicklung vorgeprägt haben. Die zwischen dem Wahltag und der Regierungsbildung getroffenen Vereinbarungen zwischen MDF und SZDSZ sicherten der Regierungskoalition gute Möglichkeiten, konnten aber den Konflikt zwischen den christlich-nationalen und den liberalen Parteien nicht grundsätzlich mildern. Auch die Opposition ist in sich zerstritten, nicht zuletzt wegen des Paktes zwischen den beiden großen Parteien. Die anfänglich angenommene Kooperationsbereitschaft zwischen den beiden liberalen Parteien SZDSZ und FIDESZ ist dadurch beeinträchtigt worden, ihre Entwicklung verläuft in entgegengesetzte Richtungen. Während die SZDSZ den Radikalismus der ehemaligen antikommunistischen Opposition zu retten versucht, ist die jüngere Generation an konstruktiven politischen Modellen interessiert und lehnt die „fundamentaloppositionelle“ Haltung ab. Die USAP sah sich als „sozialistisch“ von den anderen isoliert, eine „Opposition innerhalb der Opposition“, obwohl durchaus verschiedene Kooperationserfahrungen unter den parlamentarischen Oppositionsparteien bestehen. Zwischen den Koalitionsparteien bahnen sich Konflikte an,

besonders zwischen dem MDF und den Kleinlandwirten in der Eigentums- und Bodenfrage bei Entschädigungs- und Reprivatisierungsverfahren. Die innere Einheit der Parteien ist eher schwach ausgeprägt, es gibt starke Flügel- und Fraktionsbildungen, parteiinterne Spannungs- und Konfliktlinien. Nach einem Jahr zeigen die Umfragen, daß vom Zwist der Großen die kleinen Parteien profitieren²⁶. In den Kommunalwahlen im Herbst 1990 wurden die Unabhängigen und die Opposition insgesamt in den politischen Vordergrund gerückt.

Eines der größten und stetig wachsenden politischen Lager ist in Ungarn das der Nichtwähler²⁷. Beim ersten Durchgang der Parlamentswahlen blieben rund 37 Prozent, beim zweiten 54 Prozent der Wahlberechtigten den Urnen fern. Bei den Kommunalwahlen in Budapest und in größeren Städten beteiligten sich gerade 30 Prozent an den Wahlen, in kleineren Orten durchschnittlich etwas mehr als 50 Prozent. Parteien- und Politikverdrossenheit nach vier Jahrzehnten erzwungener Wahlrituale, die von oben, ohne Massenmobilisierung erfolgte Demokratisierung und die verheerenden existentiellen Sorgen bestimmen bei vielen Menschen die desinteressierte Haltung zu ihrer politischen Gegenwart und Zukunft.

2. Interessenvertretung – gespalten

Die Integrationskraft des politischen Systems wird auch durch die Probleme anderer institutioneller Ebenen beeinträchtigt. Während im Parteiensystem nach der Auflösung des Einparteienkomplexes und der Etablierung eines freigewählten Parlaments klare Zäsuren erkennbar wurden, fehlen die sichtbaren Fortschritte auf der Ebene der Verbände und Gewerkschaften, die nicht in jedem Fall direkt im Machtfeld der USAP standen und deshalb nicht ohne weiteres aufzulösen sind, schon gar nicht gegen den Willen ihrer Mitglieder.

So existiert in Ungarn eine zweifache Landschaft von Gewerkschaften, und auch bei den Verbänden gibt es die ehemaligen, „offiziellen“ und die neuen, „autonomen“²⁸. Die „offiziellen“ führen ihre Geschäfte ohne den alten Monopolanspruch weiter, betonen ihre Parteiunabhängigkeit, wollen

26 Vgl. die Szonda-Ipsos – Ergebnisse, kommentiert in: Magyar Hemzet vom 23. Mai 1991.

27 Vgl. János Simon, A „nem-választók“ választása, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 120–128.

28 Vgl. László Thoma, A magyar szakszervezetek átalakulása 1988–1990, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17.), S. 388–392.

aber mit ihrem im Parteienstaat erhaltenen Vermögen weiter wirtschaften. Die neuen, „autonomen“, die mit klaren politischen Zielsetzungen gegen das alte System entstanden sind, stehen fast ohne materielle Grundausstattung da und sind meistens auch unabhängig von den Parteien. Der Streit zwischen den Lagern um Ressourcen und Einfluß verringert das Gewicht der Gewerkschaften und Verbände im politischen System Ungarns. In den Auseinandersetzungen um das Vermögen der alten Gewerkschaften haben diese sich wieder den Sozialisten genähert, und auch innerhalb der neuen Gewerkschaften ist eine Differenzierung eingetreten (Orientierung an der MDF oder SZDSZ bzw. den Unabhängigen).

Der größte Arbeitgeber in Ungarn ist weiterhin der Staat. Beim Versuch, einen „Rat für Interessenausgleich“ ins Leben zu rufen, fanden sich die nichtstaatlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem Lager gegen die staatliche Wirtschafts- und Machtpolitik. Für die Regierung ist es eine bequeme Situation, daß die Gewerkschaften nicht wirklich mobilisierungsfähig sind: Bei Sanierungen, Schließungen usw. sind die Belegschaften meistens isoliert, und mit diesem Protest kann man leichter umgehen als mit einer solidarischen Gewerkschaftsbewegung. Eine Strukturschwäche des politischen Systems in Ungarn besteht darin, daß die im Parlament vertretenen „etablierten“ Parteien ohne ein Umfeld von Vereinen und Verbänden dastehen und zudem wegen ihrer privilegierten Position oder der parlamentarischen Überlastung nicht aktiv an der Basis mitarbeiten können. Gleichzeitig fehlt den nicht im Parlament vertretenen Parteien (Sozialdemokraten, Grüne) und anderen politischen Gruppierungen zusammen mit den nicht parteiförmig organisierten Interessengruppen der geregelte Zugang zur politischen Willensbildung. Dies bedeutet eine gefährliche Tendenz der Abschließung der im Parlament vertretenen Parteien von der Gesellschaft. Die Konsequenzen für das nächste Wahlergebnis lassen sich nicht voraussagen, aber daß die neue Bewegung des aus der USP ausgetretenen Imre Pozsgay ankündigt, dann im Sinne einer überparteilichen Zielsetzung und gegen den „neuen Parteienstaat“ zu kandidieren, ist ein sinnfälliges Zeichen.

3. Zentralisierung und Dezentralisierung

Alle sozialistischen Systeme waren zentralistisch verwaltet; Föderalismus gab es in Ungarn weder in der K.u.K.-Monarchie noch in der Zwischenkriegszeit, und die stalinistischen und poststalinistischen Systeme haben den Zentralismus noch weiter ausgedehnt. Auch von den vorsozialisti-

schen ungarischen Traditionen her ist nicht auf Impulse zur Dezentralisierung zu hoffen, anders als bei Traditionen des alten Mehrparteiensystems, die einen Ausgangspunkt für die Demokratisierung bilden konnten. Es gab schon früher Proteste gegen die Zusammenlegung von Dörfern und die Vernichtung ihrer Infrastruktur, aber die „Räte“-Selbstverwaltung, das allein ideologisch legitimierte zentralisierte Verwaltungssystem, ist bis zu den Kommunalwahlen im Herbst 1990 unangetastet geblieben²⁹. Um den politischen Machtwechsel auf lokaler Ebene weiterzuführen, war die erste Aufgabe des neuen Parlaments, ein neues kommunales Wahl- und Selbstverwaltungsgesetz zu entwerfen und zu verabschieden.

Um dieses System kam es zwischen der liberalen Opposition und der christlich-nationalen Regierung zu erbitterten Streitigkeiten. Das aufgrund des neuen Gesetzes ausgebaute Selbstverwaltungssystem kann noch nicht wirklich dezentral funktionieren, weil ihm die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen. Die Regierung will die früher zentralstaatliche Finanzierung von Aufgaben wie Schulen, Verkehr, soziale Einrichtungen usw. abschaffen. Örtliche Steuern, kommunale Einnahmen sollen als neue Quellen erschlossen werden, um die staatliche Finanzierung und Subventionierung abzubauen. So entsteht eine Kluft. Während die kommunalen und sozialen Ausgaben ständig die Haushalte belasten, steht der Komplex der Einnahmen vor der Umstellung von planwirtschaftlichen, zentralen auf die noch gar nicht existierenden marktwirtschaftlichen, dezentralen Quellen. Bis zur Klärung der Eigentumsverhältnisse kann die Selbstverwaltung ihre von den „Räten“ ererbten Ressourcen, insbesondere die Immobilien, nicht als eigenes Vermögen ansehen und nutzen. Die örtlichen Privatunternehmen befinden sich gerade erst im Aufbau: Wie soll man sie besteuern? Die Regierung hat die Selbstverwaltungen mit den vom Parteienstaat ererbten Funktionen überlastet, stellt aber die dazugehörige zentrale Finanzierung zurück, obwohl das neue System noch keinen Bestand hat.

Ohne das entsprechende soziale und wirtschaftliche Umfeld, aber mit der an marktwirtschaftlichen Elementen orientierten gesetzlichen Regelung der Selbstverwaltung steht die lokale Politik ständig im Konflikt und ist auf die Kooperation mit der Regierung angewiesen. Die machtpolitische

²⁹ Vgl. Kukorelli István, *Pártok, civil társadalom a parlamenten kívül*, in: S. Kurtán/P. Sándor/L. Vass (Anm. 17.), S. 187–193; Zoltán Tóth, *Önkormányzati választások*, in: ebd., S. 195–207.

Seite des Selbstverwaltungssystems färbt noch das Bild: Die großen Mehrheiten der Bürgermeister und Abgeordneten werden in den größeren Städten von den liberalen Oppositionsparteien SZDSZ (wie Gábor Demszky, Bürgermeister von Budapest, im alten System politisch verfolgter Oppositioneller) und FIDESZ gestellt, oder aber an kleineren Orten von unabhängigen Kandidaten (von denen allerdings viele früher in der Verwaltung des alten Systems tätig waren).

Der politische Unterschied zwischen der Zusammensetzung der territorialen Selbstverwaltung und der zentralen Regierung macht die Lage der Selbstverwaltung in einem Land mit zentralistischen Traditionen und einem sehr großen staatlichen Wirtschaftsanteil und damit ausgedehnten Möglichkeiten staatlicher Intervention ziemlich prekär. Kein Wunder, daß bereits viele Bürgermeister zurückgetreten sind.

IV. Herausforderungen an die neue Politik

Die schwierigen Fragen der sozialen Kosten des Ausbaus einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Probleme mit der tradierten politischen Kultur, die Gefahren der internationalen Politik (der Krisen in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawiens) und das Fehlen jeglicher sicherheits- und wirtschaftspolitischer Anbindungen an größere Integrationsstrukturen machen die weitere Institutionalisierung des Rechtsstaates und der Demokratie in Ungarn zugleich notwendig und schwierig. Obwohl nach zwei Jahren der neuen Republik das alte System nicht mehr zurückkehren kann und nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Abzug der sowjetischen Truppen auch die völkerrechtliche Souveränität wiederhergestellt wurde, stellen sich noch genug Probleme für die weitere Liberalisierung und Demokratisierung.

1. Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang

Trotz der Wirtschaftsreformen in der Kádár-Ära leidet die ungarische Ökonomie unter der strukturellen Erblast der Planwirtschaft. Über mehrere Jahrzehnte wurden Kohle- und Eisenindustrie (beides Mangelwaren in Ungarn, die importiert werden müssen) als Modelle „sozialistischer“ Industrialisierung forciert ausgebaut. Die Planung orientierte sich mehr oder weniger am von der

RGW gesetzten Rahmen, und die billigen Rohstoffe und Energiequellen bzw. die gesicherten Absatzmärkte für industrielle und Agrarprodukte wurden als vorgegebene Rahmenbedingungen angenommen³⁰. Der schnelle Zusammenbruch des RGW und insbesondere des sowjetischen Handels hat diese Orientierung für die ungarische Wirtschaft gegenstandslos gemacht. Obwohl die notgedrungene Umstellung auf die Konditionen des Westens relativ flexibel und schnell vorgenommen wurde³¹, bleiben schwerwiegende Folgekosten, bleiben Betriebsschließungen, rasch steigende Arbeitslosigkeit (1991 ca. sechs Prozent im landesweiten Durchschnitt, örtlich bis zu zehn Prozent und mehr), Überproduktion und Mangel bzw. Preiserhöhungen nicht erspart.

Bei der Aufarbeitung dieser Herausforderungen waren einige Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Systemelementen und Unternehmensformen sicherlich nützlich. Aber neben den positiven Errungenschaften aus der Kádár-Ära gibt es zu viele schwerwiegende Belastungen, so etwa die Folgekosten der vormals kaum effektiv eingesetzten Westkredite³². Die Rückzahlung der alten und der für den Strukturwandel unentbehrlichen neuen Kredite sind aus den Ressourcen des Landes zu finanzieren, was bei der großen Mehrheit der Bevölkerung zu Verarmung, Inflation und Überlastung führt. Der Systemwandel definiert und polarisiert Nutznießer- und Verliererposten. Der Begriff der „Eindrittelgesellschaft“ scheint angebracht, da die Mehrheit an den Rand gedrückt wird, während ein Teil der Gesellschaft vom selben Prozeß profitiert.

Die Ungleichheiten der Lastenverteilung ergeben sich auf mehreren Ebenen:

- entsprechend dem Bildungsniveau (ungelernte vs. gelernte Arbeiter),
- in den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Sektoren (moderne Industrie, Dienstleistungen, bestimmte Beamenschichten vs. Bildungssektor, Wissenschaft, Kultur),

30 Vgl. Miklós Losoncz, Die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft 1945–1988, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Ungarn nach 1945, Saarbrücken 1990, S. 187–201; Andreas Wass von Czege, Ungarische Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit, in: H. Timmermann (ebd.), S. 201–233.

31 Vgl. Gerd Biró, Diversifizierung der ungarischen Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Südosteuropa, 40 (1991) 9, S. 527–537.

32 Vgl. Ulrich E. Cichy, Trotz Reformen am Rand des wirtschaftlichen Abgrunds, in: Vierteljahresschrift der Friedrich-Ebert-Stiftung, (1990) 122, S. 365–377; Joseph Pozsgai, Ungarn: Der schwierige Übergang von der Planwirtschaft zum Markt, in: Südosteuropa, 40 (1991) 1–2, S. 117–121.

- regional (traditionelle Schwerindustrieregionen, an der ehemaligen Sowjetunion orientierte Nord-Ost-Gebiete vs. Metropole Budapest, Westgebiete mit Fremdenverkehr),
- generationsspezifisch (Pensionäre vs. Berufstätige, Jugend mit vs. Jugend ohne Ausbildung),
- nach flexiblen oder unflexiblen sozialen Ausgangslagen („Yuppies“, alte und neue Mehrverdienende und Wohlhabende vs. Großfamilien, Zigeuner).

Eine gefährliche soziale Tendenz ist in der „Anhäufung von Benachteiligten“ zu sehen. Die Zahl der Verbrechen steigt mit der Verschlechterung der sozialen Situation und dem Autoritätsverlust der Polizei an.

Diese gefährlichen sozialen Veränderungen spielen sich angesichts der Auflösung des Sozialstaates ab. Es ist sicherlich vieles an der Art und Weise der staatlichen Wohlfahrts- bzw. Sozialpolitik im Sozialismus zu kritisieren, und sie fügt sich nicht in die angestrebte neue marktwirtschaftliche Ordnung. Aber es fehlt bisher ein klares und umsetzbares Konzept für die Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik, was zur Aufrechterhaltung der bestehenden Fassaden führt, die weder in der alten noch in neuer Weise funktionieren können. Schon in den letzten Jahren der Regierung Kádár war eine Tendenz zu beobachten, nach der der Abbau der staatlichen Finanzierung mit einer Erweiterung der privaten Initiativen in der Kultur, Sozial- und Gesundheitspolitik verknüpft war. Aber wo sind die dazu notwendigen Ressourcen dieser enteigneten und gleichgeschalteten Gesellschaft, und wo sind ihre (früher existierenden) Erfahrungen mit solidarischer, autonomer Selbstorganisation und Selbsthilfe nach vier Jahrzehnten der als „sozialistische Errungenschaft“ vielgepriesenen Verstaatlichung dieser Bereiche?

Ein Dilemma läßt sich hier identifizieren: Wenn der staatliche Sektor seine Zuständigkeiten für und Verfügungsrechte über gewisse soziale Funktionen nicht aufgibt, reproduziert er das alte System, aber seine radikale Beschneidung schiebt die wesentlichen und ehemals funktionierenden Bereiche ins Abseits. Nur ein sehr maßvoller, parallel zur Wiederherstellung der Marktmechanismen zu entwickelnder Umbau des Sozialstaates, eine „soziale Marktwirtschaft“, wie die Parteien dies nach bundesdeutschem Vorbild nennen, könnte die Gefahren vermeiden. Das ist aber in der gegenwärtigen Mangelsituation nur sehr schwer zu verwirklichen. Die Umstellung hat bisher mehr Anarchie als Markt gebracht.

Die sozialen Spannungen und Kosten des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft sind während der sogenannten Taxifahrer-Blockade im Oktober 1990 in einer schwerwiegenden politischen Krise manifest geworden³³. Obwohl der Protest von einer Gruppierung des Mittelstandes, von Unternehmern im Personen- und Güterverkehr angeführt wurde (mit dem Ziel der Verhinderung bzw. Rückgängigmachung von Benzinpreiserhöhungen), waren am Rande der Fahrzeugbarrikaden Verarmte (Pensionäre, Obdachlose und Arbeitslose) zu sehen, was als ein Protest gegen die „unsoziale“ Wirtschaftspolitik der Regierung gedacht war und auch so interpretiert wurde. Es gibt nur eine sehr begrenzte Bereitschaft für die Übernahme von sozialen Kosten des Übergangs durch die Wohlhabenden und zugleich eine Toleranzschwelle bei den Armen, die nicht weiter zu belasten sind. Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielvorstellungen der christlich-nationalen Regierung ist die ungarische Entwicklung weit entfernt von der Schocktherapie eines Balcerowicz in Polen oder eines Václav Klaus in der Tschechoslowakei, aber auch dieser Weg scheint zu unvermeidlichen Konflikten zwischen Sozialverträglichkeit und Rationalisierung zu führen.

Während für die „Abfederung“ der unumgänglichen sozialen Kosten nur das Mittel ihrer mehr oder minder geschickten Verteilung bleibt – die jede Opposition gerne der Regierung überläßt –, ist mit dem Thema „Eigentum“ ein zentraler Prüfstein im Streit um wirtschaftspolitische Konzepte der Parteien erreicht, in der heiklen Frage von Privatisierung und Reprivatisierung³⁴.

Die Frage von der „Wiedergutmachung“ und/oder „Reprivatisierung“ wurde schon vor dem Systemwandel diskutiert, aber die entscheidenden Konturen des Reprivatisierungskonzeptes sind 1991 herausgearbeitet worden. Dabei kam es zu einer Zerreißprobe in der Regierungskoalition mit der Kleinlandwirtpartei. Die Position der Kleinlandwirtpartei ist als „fundamentalistisch“ zu bezeichnen: Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie eine treibende Kraft bei der Neuverteilung des Bodens, besonders des Großgrundbesitzes an Landlose und Kleinbauern, und schon in der Zwischenkriegszeit trat sie (ähnlich wie andere „Agrarparteien“ Ostmittel-

33 Vgl. Máté Szabó, Das erste Jahr der Republik Ungarn: Von der Etablierung der parlamentarischen Demokratie zu ihrer ersten Krise, in: Südosteuropa, 40 (1991) 3-4, S. 156-169.

34 Vgl. Dokumentation und Analyse der Wirtschaftspolitik der im Parlament vertretenen Parteien (ungarisch), in: S. Kurtán/ P. Sándor/L. Vass (Anm. 17), S. 346-388.

europas) für eine ausgeglichene Grundeigentumsstruktur ein. Nach dem Systemwandel festigte sie die „historischen Rechte“ von „1947“ – nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes und vor der Kollektivierung – und betrieb damit die Auflösung der kollektiven Agrarbetriebe. Die Legitimitätsgrundlage dieser Konzeption ist in dem „Gerechtigkeitsprinzip“ zu verorten, das an dem Modell einer Gesellschaft der kleinen „Farmer“ orientiert war.

Die liberalen Oppositionsparteien haben unterschiedliche Standpunkte vertreten. Nach Ansicht der Jungdemokraten sollten die neuen Generationen nicht für die nichtbeglichenen Schulden der Väter und Großväter zur Rechenschaft gezogen werden. Deshalb nehmen sie gegen die Entschädigung und Reprivatisierung Stellung, befürworten damit allerdings nicht die Erhaltung existierender Strukturen, sondern ihre Zerschlagung durch Privatisierung an die gegenwärtig kapitalstärksten Wirtschaftssubjekte. Diese rationale Argumentation und die Ablehnung der Gedanken von historischen Rechten wurde bei den Freien Demokraten durch ein „nivellierendes“ Konzept ergänzt: Da alle unter den Kommunisten gelitten hätten, sollten alle gleichermaßen an den vergesellschafteten Gütern beteiligt werden. Diese radikaldemokratische, auf Gleichheitsprinzip und Individualität aufbauende Auffassung wird in derselben Weise der gesellschaftlich-historischen Realität gerecht wie der ihr als Vorbild dienenden Vertragstheorie.

Die Sozialisten wendeten sich gegen jegliche Form von Reprivatisierung und traten für die Erhaltung der Formen „kollektiven Eigentums“ und der Genossenschaften ein. Die führende Kraft der Regierungskoalition, die MDF, hat versucht, entsprechend ihrem Selbstverständnis als „nationales Zentrum“ bzw. „Volkspartei“, eine Kompromißlösung vorzubereiten, in der Entschädigung, Privatisierung, Reprivatisierung und der Erhalt von „lebensfähigen Genossenschaften“ eine Einheit bilden können. Das mehrmals modifizierte „Entschädigungsgesetz“ befristete die Anmeldung von Ansprüchen bis Mitte Dezember 1991. Die Lösung dieser riesigen administrativen Aufgabe, die vor vierzig Jahren kollektivierten Vermögen in äußerst differenzierten Entschädigungs-, Rückgabe- und Privatisierungsverfahren umzuwandeln, wird verheerende Konsequenzen für die ungarische Wirtschaft und Gesellschaft haben, die sich derzeit noch gar nicht kalkulieren lassen. Eindeutig handelt es sich bei der Wiederherstellung alter Eigentumspositionen bzw. ihrer Entschädigung um staatsinterventionistische Ein-

griffe in Wirtschaft und Gesellschaft. Die neuen oder wiedereingesetzten wirtschaftlichen Akteure werden die Produkte eines „politischen Kapitalismus“ sein. Parallel dazu läuft die Privatisierung durch eine Art von Treuhand-Institution, die auch in Ungarn im Mittelpunkt der Kritik steht³⁵.

2. Vergangenheitsbewältigung und politische Kultur

Die sich wandelnden Strukturen bestimmen auch das Verhältnis zur Vergangenheit und den Problemkomplex der Bewältigung des kommunistischen Erbes (wie in allen ostmitteleuropäischen Ländern einschließlich der ehemaligen DDR³⁶). Die Vergangenheit drängt sich gleich mehrfach auf: bei Problemen der Alltagskultur (Statuen, Straßen- und Ortsnamen, Symbole, Denkmäler usw.), und damit im Zusammenhang der Neubestimmung von Mechanismen des Vergessens und des Gedenkens, sowohl individuell (Lebenslauf, Verdrängungen, Tabus) als auch gruppenspezifisch (Geschichtsinterpretation, Geschichtsunterricht, politische Bildung). Eine besondere Herausforderung stellt die „Verrechtlichung“ dieser Neubestimmung des Gedächtnisses dar, deren positive Folgen die verschiedenen Entschädigungen und nachträglichen Vergünstigungen sind, während sich die negativen Sanktionen gegen diejenigen richten, die einer Aufarbeitung ihrer sozialistischen Vergangenheit bisher ungeschoren aus dem Weg gehen konnten.

Im ungarischen Fall sind besonders die mit der antistalinistischen Revolution von 1956 entstandenen Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen bis zum Sturz Kádárs noch gar nicht aufgearbeitet worden. Schon früher vorgenommene Rehabilitierungen und Verurteilungen waren halbherzig und ungenügend und haben wichtige Komplexe, wie z. B. die Verfolgung von Kardinal Mindszenty und anderer Geistlicher, bisher gar nicht berührt. Eine beeindruckende symbolisch-kulturelle Eröffnung des Tabubruchs im Zusammenhang der Ereignisse von 1956 stellte die Wiederbeerdigung des Führers der Revolution, Imre Nagy, und seiner Kampfgefährten am 16. Juni 1989, am Gedenktag ihrer Hin-

35 Vgl. Gerd Biró, Privatisierung in Ungarn, in: Südosteuropa, 39 (1990) 11–12, S. 673–685; zu den Umwälzungen s. a. János Mátyás Kovács, Das Große Experiment, Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens, in: Transit, (1990) 1, S. 84–110.

36 Siehe dazu den Sonderband Rückkehr der Geschichte?, Transit, (1991) 2; László Varga, Geschichte in der Gegenwart – das Ende der kollektiven Verdrängung und der demokratische Umbruch in Ungarn, in: R. Deppe/H. Dubiel/U. Rödel (Anm. 5.), S. 206–221.

richtung, dar³⁷. Damit wurde eine Reihe von Neuinterpretationen, Rehabilitierungen und Entschädigungen eröffnet (für Lagerinsassen, Kriegsgefangene, politische Gefangene), die das „Entschädigungsgesetz“ vollenden sollte. Nach der ersten Welle positiver Sanktionen ist aber auch die Frage der negativen Sanktionen, der Verurteilung der „Täter“, in den Vordergrund getreten.

Das MDF hat schon früh einen „Justitia“-Plan vorgelegt zur Aufarbeitung der „Sünden des Kommunismus“, insbesondere um der „Täter“ rechtlich habhaft zu werden. Im Herbst 1991 wurde im Parlament eine auf der Basis dieses Initiativpaketes entstandene Gesetzesvorlage eingebracht und anschließend verabschiedet. Das Gesetz hebt die Verjährung bestimmter Straftaten (Mord, schwere Körperverletzung mit Todesfolge, Landesverrat) auf³⁸ und emotionalisierte damit die (noch laufenden) Diskussionen um die Vergangenheitsbewältigung in einer für Ungarn bisher ungewohnten und leider wenig zivilisierten Form. Ungeachtet der juristischen und politischen Konsequenzen fühlt man sich mit den Problemen einer nicht- oder antidemokratischen politischen Kultur konfrontiert³⁹.

Die Abgrenzung von Opfer und Täter fällt nach Jahrzehnten manchmal schwer. Die Rachsüchtigen sehen sich im Besitz des Schlüssels zu Wahrheit und Gerechtigkeit und meinen, sich über alle Zweifelsfragen hinwegsetzen zu können. Das ist, gemessen an ihrem tatsächlichen Leiden, psychologisch verständlich – nur, wie lassen sich die aus diesen Gefühlszuständen resultierenden Forderungen mit den Institutionen des Rechtes und des Rechtsstaates vereinbaren? Bei den Diskussionen um das neue Gesetz ist der Konflikt im Verhältnis der materiellen zur formellen Gerechtigkeit hervorgetreten, der besonders dann brisant wird, wenn die Verfahrensregeln des Rechtsstaates in Frage gestellt werden. Das MDF steht zwischen den aufgepeitschten Leidenschaften der Opfer, die nicht immer eindeutig als solche zu identifizieren sind, und dem Wunsch, die Revisionen und Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu lösen. Es muß an die nicht sehr ruhmreiche Phase

37 Vgl. Máté Szabó, Kriterien des Gedenkens. Die Bestattung von Imre Nagy als politisches Symbolereignis, in: Osteuropa, 41 (1991) 10, S. 985–997.

38 Vgl. Eine Frage der Katharsis, in: Budapester Rundschau vom 18. November 1991, S. 1f.

39 Vgl. Miklós Szabó, Restauration oder Aufarbeitung? Geschichte und politische Kultur in Ungarn, in: Transit, (1991) 2, S. 72–81; ders. A nemzeti sérelmek szerepe a rendszerváltás folyamataiban in: S. Kurtán/P. Sándor/ L. Vass (Anm. 17.), S. 228–234.

Ungarns während der deutschen Okkupation im Zweiten Weltkrieg erinnert werden, als den Besetzern eine hohe Zahl von anonymen Anschuldigungen zugespielt wurde. Kann „Justitia“ die persönlichen Verfehlungen und Racheakte von der „Verrechnung“ fernhalten? Hat es einen Sinn, nach Jahrzehnten eines ursprünglich erzwungenen, aber dann doch realen gesellschaftlichen Friedens die alten Konflikte wiederaufleben zu lassen?

Wer wirklich Vergangenheitsbewältigung will, darf nicht bei der kommunistischen Vergangenheit aufhören, und doch fällt genau dies den an die vorkommunistischen Traditionen anknüpfenden Regierungsparteien schwer. Diese Traditionen sind nach den Jahrzehnten der Verfolgung und Verdrängung „geheiligt“ und ohne Hinterfragung in die Politik zurückgekehrt, obwohl auch sie an den Maßstäben der demokratischen Werte zu prüfen wären. Können sie Träger einer neuen politischen Kultur in Ostmitteleuropa werden? Intoleranz, Nationalismus, Gewalt und die Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden sind in dieser Region nicht erst die „Innovationen“ der kommunistischen Politik gewesen.

Das Wiederaufflammen alter Konflikte, das Wiederaufleben alter Denkweisen ist ein sehr gefährliches Spiel unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung, weil man mit der Verurteilung der Kommunisten indirekt die Rehabilitierung aller von ihnen verdrängten politischen Traditionen in die Wege leiten könnte. Das Zusammenwirken von nicht- oder antidemokratischen Traditionselementen der vorkommunistischen politischen Kultur mit der Erblast der kommunistischen Periode stellt eine schwerwiegende Herausforderung für die neuen Demokratien in Ostmitteleuropa dar. Hier ist, „last but not least“, das Problem des ansteigenden Nationalbewußtseins hervorzuheben. Das Wiederaufflammen von Nationalitätenkonflikten, von nationalen Komplexen und „Wunden“ nach Jahrzehnten der Verdrängung ist in der politischen Rhetorik mit dem Wunsch, Mitglied der EG zu werden, „problemlos“ zu vereinigen – aber nicht in der politischen Wirklichkeit. Der Konsens der neuen Demokratien sollte statt an Traditionselementen und an der Berufung auf nationale und ethnische Identitäten an einem „Verfassungspatriotismus“ orientiert werden, der die Gemeinsamkeiten der neuen Demokratien in ihren Zielen und Institutionen untereinander und mit Westeuropa betont. Der gewaltlose, konsensuale, institutionalisierte Weg ist der einzige, der von Ostmitteleuropa nach Europa führt.

Peter Glotz

Die Einheit und die Spaltung Europas

Die Auswirkungen der mitteleuropäischen Revolution von 1989
auf Gesamteuropa

Wo keine Vision ist, werden die Menschen wild und wüst.
Salomos Sprüche 29,18

Der „Sieg“ des Westens

Die Stunde der Wahrheit kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Europa war ein paar Jahre lang wie in Glück getaucht; voller großer Pläne im Westen, voller verrückter Hoffnungen in der Mitte und im Osten. Am ernüchternden Scheitern der Idee einer Politischen Union Europas in den Regierungskonferenzen von Maastricht und dem mörderischen Kleinkrieg kroatischer und serbischer Nationalisten deutet sich jetzt die Signatur der neunziger Jahre an: weder „neue Weltordnung“ noch gar „Ende der Politik“, sondern Diffusion der Macht, Renaissance des Nationalismus, die Rückkehr der Figur des begrenzten „kleinen“ Krieges und eine eher abnehmende Fähigkeit zu übernationalen Organisations- und Staatsbildungsprozessen¹. Am klarsten hat die Lage der ungarische Publizist Ferenc Miszlivetz geschildert: „Das wunderbare Jahr 1989 und die wenigen Jahre der Hoffnung davor“, so schreibt er, „waren voller Pläne, Gespräche und Erwartungen über den ‚Anschluß an Europa‘ und die Teilnahme an seinen Integrationsprozessen. Bewegungen oppositioneller Intellektueller kooperierten miteinander über die Grenzen hinweg, mit dem Blick auf künftigen gegenseitigen Austausch unter freien und demokratischen Verhältnissen“. Sein Fazit am Ende des Jahres 1991 war weniger idyllisch: „Nach 1989 fanden sich die beginnenden Demokratien im Stich gelas-

Der Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem Buch „Die Linke nach dem Sieg des Westens“, das im Frühjahr bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, erscheint.

1 Mit dem Wort von der „Neuen Weltordnung“ hat George Bush in der kurzen Spanne des Golfkriegs Woodrow Wilson beschworen. Francis Futuyamas Beschwörung eines hegeliatischen „Endes der Politik“ ist 1992 schon nur noch ein schaler Witz; vgl. Francis Fukuyama, *The End of History?*, in: *National Interest*, No. 16, Summer 1989.

sen.“² So ist die Lage, wenn das auch in der Sprache der späten Bonner Republik nicht recht auszudrücken ist. Diese Sprache, vom „Prinzip Genscher“³ geprägt, ist nicht auf Realität, sondern auf „Perspektive“ aus. Die neuen Deutschen wollen die Welt bewegen, indem sie sie und sich selbst hypnotisieren. Aber weit wird man mit dieser Art persuasiver Kommunikation nicht mehr kommen.

Dabei gab es nach dem verketteten Prozeß der mitteleuropäischen Revolutionen durchaus Grund zu Dankbarkeit, Begeisterung und Freude. Erstens hatten Millionen von Menschen ihre Freiheit gewonnen. Inzwischen kann man zwar fragen, was diese Freiheit für die Kinder in Kroatien oder Slowenien bedeutet; das Bruttoinlandsprodukt Jugoslawiens hat sich nahezu halbiert; einer der slowenischen „Führer“ hat kürzlich den schönen Satz gesagt, seine Leute würden lieber „Gras fressen“ als auf ihren Nationalstaat verzichten, und in vielen Regionen der zerfallenden Sowjetunion deuten sich ähnliche Verhältnisse an. Aber die Position, die der späte Bert Brecht eingenommen hätte: Freiheit sei eben doch mehr Luxus für die Mittelschichten als Lebenselixier für die Mehrheit der Menschen, ist nicht einmal halbrichtig. Zweitens wurde durch die Auflösung der doppelseitigen (bipolaren) Machtstruktur der Welt eine Drohung beseitigt, die mehr als vier Jahrzehnte auf der Menschheit gelastet hatte: die Drohung des nuklearen Holocaust. Auch hier sind nicht alle Restrisiken beseitigt. Die Weitergabe von Nuklearwaffen, ihre Proliferation, wird leichter sein, nicht schwerer, und es ist ganz und gar nicht auszuschließen, daß irgendein „Waffenstaat“⁴ seinen stolzen

2 Ferenc Miszlivetz, *Identitätsstörungen, Ostmitteleuropa auf der Suche nach den verlorenen Hoffnungen*, in: *Die Tageszeitung (TAZ)* vom 18. 12. 1991.

3 Von Gustav von Usedom stammt der Satz: „Metternich ist ein Prinzip, ein Panier.“ Ähnliches kann man inzwischen vom dienstältesten Außenminister der Welt, Hans-Dietrich Genscher, sagen; vgl. Heinrich Ritter von Srbik, *Metternich, Der Staatsmann und der Mensch*, Bd. 1, Graz 1979².

4 Vgl. Dieter Senghaas, *Die Struktur des internationalen Systems jenseits des Ost-West-Konflikts*, Manuskript, S. 26.

Besitz erpresserisch nutzt. Aber die Gefahr aus giftigen Regenwolken ist nicht zu vergleichen mit dem vielbeschworenen Alptraum, der Wirklichkeit hätte werden können, wenn in Moskau oder Washington kurz hintereinander bestimmte rote Telefone bedient worden wären.

Die mitteleuropäische Revolution von 1989 barg für einen kurzen historischen Augenblick die Chance einer Überwindung der europäischen Teilung, ja sogar einer radikal neuen Konstruktion eines föderalistischen Europas unter supranationalen Dächern. Wie war es möglich, daß sich der Horizont so rasch verdunkeln konnte?

Vielleicht lag es an der in den viereinhalb Jahrzehnten seit Jalta geschwundenen Erfahrung der politischen Klassen Europas – das eigentliche Geschäft hatten ja die Amerikaner besorgt. Auch kam die große Chance blitzschnell und verflüchtigte sich rasch auch wieder. Die Umwandlung kommunistischer zentraler Verwaltungswirtschaften in Marktwirtschaften ist ein Vorgang ohne Beispiel und deshalb ganz objektiv schwer zu bewältigen. So kam es, daß die westeuropäische Politik zwar – natürlich – die „Interdependenz“ der Regelkreise im Westen, der Mitte und im Osten Europas erkannte. Es war ja nicht zu übersehen, daß die sozusagen lose herumliegenden Nuklearwaffen in einem Teil der Sowjetunion gefährlich werden konnten. Es konnte sich ja niemand darüber täuschen, daß der Dreck der Braunkohlekraftwerke aus Bitterfeld oder dem Böhmerwald die Bronchien der Westeuropäer genauso schädigt wie die der Osteuropäer. Die berechtigten Warnungen vor einer millionenfachen Flucht hungernder Menschen aus Polen, der Ukraine oder Rumänien ließen ja nicht lange auf sich warten.

Diese Erkenntnis der „Interdependenz“ führte aber zu keinem in irgendeiner Weise realistischen Konzept für eine zukünftige Ordnung des geographischen Europa. Weder ließ man sich auf die vollständig unterschiedliche Geschichte, politische Kultur, die religiösen Traditionen und ökonomischen Formationen von Völkern wie dem polnischen, dem litauischen, dem rumänischen, dem ukrainischen oder dem serbischen ein, noch entwickelte man eine Vision von der Verfassung des künftigen Europa. Man nahm den vermeintlichen „Ostblock“ als Block, der er jedoch nur unter der Drohung sowjetischer Bajonette gewesen war. Viele ergaben sich auf der Stelle dem rohen Mechanismus des ersten Wunsches und verbateten sich „second thoughts“: Die attraktivste Organisation Europas war die Europäische Gemeinschaft, prima vista wollten zuerst einmal alle Betroffenen

in diese attraktivste Organisation, also wurde dieser Wunsch zur „Perspektive“ erklärt, in zahllosen Reden verarbeitet und sogar in internationalen Verträgen verankert. Nicht einmal die ordnungspolitische Grundfrage – wie groß und wie komplex kann eigentlich eine multi-ethnische Staatsorganisation sein? – wurde aufgeworfen.

Da man auf nicht ausreichend operationalisierte Ziele zu aber keine meßbaren Schritte tun kann, entstand die Zweideutigkeit der heutigen Situation: jene seltsame Mischung von paneuropäischer Rhetorik und einem immer deutlicher hervortretenden nationalstaatlichen Egoismus bei zwar nicht allen, aber doch vielen Akteuren. Das Ergebnis ist die Wiederkehr jener „europäischen Gewitteratmosphäre“, die Walther Rathenau⁵ für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg diagnostizierte. Die anfängliche Euphorie hat sich im Osten Europas zu Wut und Angst, in der Mitte zu Frustration und im Westen zu Nervosität und Ungeduld entwickelt.

Das Jahr 1989 war in einem machtpolitischen Sinn ohne Zweifel ein Sieg des Westens. Die Bündnisysteme hatten gegeneinander vier Jahrzehnte lang einen (kalten) Krieg (mit einigen heißen Einsprengeln) geführt; das eine Bündnis zerbrach, das andere war nach dem unerwarteten Erfolg vielleicht etwas ratlos, aber es blieb übrig. Das Jahr 1989 hat auch ganz unbestreitbar bewiesen, daß die marktförmige Regulation der Wirtschaft einer rein politischen deutlich überlegen ist. Im übrigen aber erweist sich die mitteleuropäische Revolution von 1989 als ebenso ambivalent wie die Große Revolution von 1789. 1789 waren es einerseits die demokratischen und universalen Prinzipien, andererseits die revolutionäre Logik, die zur *Terreur* führte, zur Herrschaft der Guillotine. Auch die mitteleuropäische Revolution von 1989 hat zwei Gesichter. Das eine schaut in die Zukunft, auf die Demokratisierung der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften; das andere schaut zurück ins 19. Jahrhundert, auf den wiedererstandenen Nationalismus, ethnischen Radikalismus und Rassismus.

Man muß nicht so weit gehen wie der amerikanische Ökonom Immanuel Wallerstein, der behauptet, daß das Jahr 1989 das Ende des Liberalismus markiere und nicht das des Kommunismus (der, wie er sagt, schon viel früher zusammengebrochen sei⁶). Aber es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Revolution von 1989 noch keineswegs ver-

5 Vgl. Walther Rathenau, *Zeitliches*, Berlin 1918, S. 27.

6 Vgl. F. Miszlivetz (Anm. 2) und *New Hungarian Quarterly*, Vol. XXXII, No. 124, Winter 1991.

daut ist. Sie wird noch gewaltige Rückwirkungen entfalten, und zwar nicht nur im Baskenland, in Korsika und in Irland, wo regionalistische Bewegungen Auftrieb erhalten dürften, sondern auf dem ganzen Kontinent und auf den verschiedensten Handlungsebenen: der ökonomischen, der ökologischen, der kulturellen und der militärischen. Eine gewaltige Dynamik ist in Gang gekommen. Der Westen hat gesiegt. Werden auch die „westlichen Werte“ siegen?⁷

Der Prozeß der Revolution

Wie immer man in späteren Zeiten, wenn man Archive, Memoiren und bisher unzugängliche Dokumente zu Rate ziehen kann, den Prozeß der sich gegenseitig beeinflussenden mitteleuropäischen Revolutionen bewerten wird – eines steht schon heute unumstößlich fest: Die Revolution wurde von „oben“, aus Moskau, ausgelöst, nicht von den tapferen, hochherzigen, aber zumeist isolierten, schwachen und oft unpolitischen Oppositionsbewegungen. Eine Ausnahme macht da nur die polnische Solidarność-Bewegung; sie hatte bestimmte Wurzeln in der Arbeiterschaft und dazu einen mächtigen Hintergrund in der katholischen Kirche Polens. Die Charta 77 in der Tschechoslowakei war, ebenso wie die im Schatten der evangelischen Kirche der DDR entstandene deutsche Dissidenz und die ungarische Opposition um Männer wie György Konrad, eine kulturelle Gegenelite. Prägnant hat diesen Tatbestand der „Figaro“ anlässlich des Rücktritts von Gorbatschow ausgedrückt: „Gorbatschow ist es gewesen, der selbst aus dem Inneren des Systems heraus dem Kommunismus die ersten tödlichen Schläge versetzt und es schließlich mit einem Zugeständnis nach dem anderen gesprengt hat. Paradoxaerweise ist es also ein Kommunist, der den Totalitarismus vernichtet hat.“⁸

Diese Tatsache sollte nicht zu vorschnellen Beurteilungen führen. Von Sebastian Haffner wird der Satz überliefert, er verachte Gorbatschow mehr als Hitler; Gorbatschow sei es gelungen, im Lauf von

wenigen Jahren ein Weltreich aus freien Stücken auf Null zu bringen⁹. Immerhin hat dieser Mann der Versuchung widerstanden, gemäß der jämmerlichen Maxime „nach mir die Sintflut“ Gewalt zu gebrauchen. Eine „Persönlichkeit von geschichtlichem Rang“ (Hans-Dietrich Genscher) ist er deswegen noch nicht, denn er hat so ziemlich das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. „Wir hatten keine Vorstellung, was passieren wird“, charakterisierte sein Außenminister Eduard Schewardnadse seine und Gorbatschows Perspektive, „wir kamen einfach zu dem Schluß, daß man so nicht weiterleben kann“¹⁰. Das genügt auch heute noch nicht für „geschichtlichen Rang“; Gorbatschow ist Alexander Dubcek vergleichbarer als Peter dem Großen, Bismarck, Hamilton, Madison oder John Stuart Mill. Aber er ist, auch wenn er im Westen vor allem deshalb geliebt wird, weil er sein Reich ohne Krieg übergeben hat, keineswegs ein „Verräter“. Es ist mehr als zweifelhaft, ob dieses Reich für Perestroika, für Reformen überhaupt zugänglich war. Gorbatschow mag, als er seinen Weg begann, nicht gewußt haben, wohin ihn dieser Weg führen würde. Aber er hat auf diesem Weg vielen Menschen das Sterben erspart. Das ist sein unglaublicher Vorzug gegenüber all den Lenins, die ein korrupter Begriff von Größe auf die Denkmalssockel befördert hat, von denen sie jetzt mühsam wieder abmontiert werden müssen.

Die wichtigste Konsequenz dieser Revolutionen „von außen“ (nur in Rumänien funktionierte Gorbatschows Versuch, gerontokratische Eliten durch neue, aber eben reformkommunistische abzulösen) liegt in der Tatsache, daß die Gruppen, die die Demokratisierung vorantrieben, nicht die geeigneten Träger der politisch-ökonomischen Modernisierung waren. In Deutschland übernahm die politische Klasse der Bundesrepublik das Regiment, in allen anderen Ländern entstand ein ideologisches Vakuum, in das rasch vorkommunistische Tendenzen einströmten. Die Verhältnisse sind von Gesellschaft zu Gesellschaft ganz verschieden. Die rasche Wendung vom autoritären Sozialismus zum autoritären Nationalismus in Serbien oder der Slowakei ist etwas völlig anderes als die Rückkehr der politischen Clans in Rumänien, der antirussische Konsens in Lettland (wo die „eigentlichen“ Letten nur 52 Prozent der Bevölkerung repräsentieren) oder die erbitterten Auseinandersetzungen populistischer Kommandanten in Georgien.

7 Präsident George Bush sieht es anders. In der Ansprache zum Rücktritt Gorbatschows sagte er: „Die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Das ist ein Sieg für die Demokratie und die Freiheit. Es ist ein Sieg für die moralische Kraft unserer Werte.“ Zitiert nach: Frankfurter Rundschau vom 27. 12. 1991.

8 Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 27. 12. 1991.

9 Zitiert nach: Arnulf Baring, Deutschland wohin?, Berlin 1991, S. 88.

10 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. 11. 1991.

Selbst für die mitteleuropäischen Kernländer Tschechoslowakei, Polen und Ungarn gilt: Sie können zukünftige Politik nicht aus Konzepten und politischen Bewegungen entwickeln, die in der Oppositionsphase entstanden sind. Anders als in Spanien, Portugal oder Griechenland ist der Konnex zu den politischen Traditionen und Kräften Westeuropas dünn. Der Zwang, von heute auf morgen neue politische Eliten aus dem Boden zu stampfen, ist mörderisch; die Versuchung, „blind“ in die große *black box* der Vergangenheit zu greifen und das herauszuziehen, was man eben zu fassen bekommt, ist gewaltig.

Wie sich Polen, Ungarn, Böhmen und Mähren (die man inzwischen getrennt von der Slowakei analysieren muß) entwickeln werden, kann niemand genau sagen. Folgende gemeinsame Trends stechen hervor:

– Ein Parteiensystem nach westlichem Muster hat sich (noch) nicht herausgebildet. Man kann vage – wie Adam Michnik – von einer Polarisierung zwischen konservativ-nationalistisch-autoritären und westlich liberalen offenen Kräften sprechen. Klassische Konfliktlinien westeuropäischer Demokratien (Umfang der Staatsintervention, Bindung als Unternehmer, als soziale Gruppe, Aufbau des Wohlfahrtsstaates) sind noch nicht erkennbar.

– Die Parteienlandschaft ist zersplittert; in den meisten Ländern kommt keine Partei über 30 Prozent. Der große Konsens der Oppositionsbewegungen ist zerbrochen; die Protagonisten fallen sich in – oft giftigen – Auseinandersetzungen gegenseitig an. In Polen sind von den über 100 Parteien, die sich zur Wahl stellten, 29 ins Parlament eingezogen; die erfolgreichste, die Demokratische Union (UD) Mazowieckis, erreichte 12,3 Prozent der Stimmen, dicht gefolgt vom Wahlbündnis der ehemaligen Kommunisten mit 11,9 Prozent. Alle übrigen Parteien erhielten weniger als neun Prozent der Stimmen. Wo es klare Ergebnisse gab – wie beim Sieg der konservativen nationalen Parteien (MDF, KDNG, FKggP) in Ungarn –, zeigen sich inzwischen Ermüdungserscheinungen; die liberale Opposition (SZDSZ und FIDESZ) gewinnen deutlich an Boden. Grosso modo kann man sagen: Die sozialliberalen bis christlich/rechten Kräfte liegen in Führung, sind aber zersplittert. Sozialdemokratische Gruppen (null bis zehn Prozent) leiden am prinzipiell schlechten Image der Linken und an der Schwierigkeit, ein politisches Feld zwischen sozialliberalen und reformkommunistischen Positionen zu definieren. Die im Westen selbstverständliche Konkurrenz zwischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Gruppierungen wird

überlagert von Auseinandersetzungen mit (reform-)kommunistischen Gruppierungen zwischen fünf und 15 Prozent und extremen nationalistischen und populistischen Kräften, die zwar noch schwach (unter 15 Prozent), aber potentiell explosiv sind.

– Parteienfeindlichkeit und Politikmüdigkeit nehmen zu; die alte Skepsis, die aus der Erfahrung mit der kommunistischen Parteidiktatur herrührt, verbindet sich mit tiefen Enttäuschungen über den Verlauf und die Ergebnisse des Reformprozesses.

– Die Arbeitnehmervertretungen sind in den meisten Ländern (Ausnahme: ČSFR) zwischen starken, aber politisch diskreditierten alten Gewerkschaften und schwachen und zersplitterten neuen Reform-Gewerkschaften gespalten. Dies bedeutet, daß die politischen Klassen selten in die Betriebe hineinwirken und die Betriebe selten auf die politischen Klassen. Eine arbeitnehmerorientierte „linke“ Politik nach westeuropäischem Muster kann sich auf diese Weise nicht herausbilden.

– Gleichzeitig aber gibt es einen militanten ökonomischen Neoliberalismus, auf den sich die Hoffnungen von Millionen von Menschen richten. Typisch dafür ist die Politik von Leszek Balcerowicz in Polen und Václav Klaus in der ČSFR; ihr Gott ist nicht etwa Ludwig Erhard, sondern Friedrich August von Hayek. Wichtigster Berater der polnischen Wirtschaftsreformen ist zum Beispiel der amerikanische Wirtschaftsprofessor Jeffrey Sachs; sein Credo lautet, man solle Arbeitslosigkeit und Krisensituation nicht überdramatisieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die Arbeitslosigkeit eher zu niedrig als zu hoch. Im Schatten dieser Theorien gedeihen verständlicherweise nicht nur hemdsärmelige Gründer-Unternehmer, sondern auch Schieber- und Mafia-Strukturen. Ob eine Opposition gegen diesen mitteleuropäischen Thatcherismus nach rechts oder links ausschlägt, läßt sich heute noch nicht vorhersagen.

– Der Attraktivität des smarten Neoliberalismus entspricht die tiefe Krise der mittel- und osteuropäischen Sozialdemokratie selbst in denjenigen Ländern, in denen es historisch solch eine politische Kraft gegeben hat. Was immer die neu entstandenen Parteien tun – ob sie versuchen, sich an die jeweilige Oppositionsbewegung und deren sozialliberalen Flügel anzulehnen (wie der gerade verstorbene Josef Lipski in Polen oder Rudolf Batek in der ČSFR), oder ob sie darum kämpfen, das kommunistische Wählerpotential zu absorbieren: Sie geraten in den Mahlstrom einer wilden Auseinandersetzung zwischen den Exilparteien und verschiedenen Oppositionsströmungen. Dazu kommt,

daß Reformkommunisten ihren Namen und die traditionelle Programmatik besetzen und daß der Kommunismus nicht nur alles „Sozialistische“, sondern auch alles „Sozialdemokratische“ und sogar den Sozialstaat diskreditiert hat. In Ungarn brachen Sicherheitskräfte der Vorsitzenden der (zeitweise von der Sozialistischen Internationale anerkannten) Sozialdemokratischen Partei, Anna Petrasovits, in das Büro einer Konkurrenzpartei (unter Imre Tákačs) ein. In dieser hysterischen Atmosphäre existieren vier sozialdemokratische Miniparteien. Kein Wunder, daß die Chancen gering sind, sozialdemokratische, linksliberale und grüne Tendenzen zu bündeln.

– Die früheren Kommunisten befinden sich in Mittel- und Osteuropa auf der Quarantänestation; und das ganz unabhängig von der Tatsache, ob sie ihre dogmatischen Kader in Pension geschickt haben (wie in Ungarn unter Gyula Horn) oder ob sie sie (wie in der deutschen PDS und der böhmischen KPC) noch mitlaufen lassen. Das Tragische an der Situation ist, daß frühere Kommunisten wie V. Meciár aus der Slowakei, F. Tuđman aus Kroatien oder S. Milošević aus Serbien reüssieren können, wenn sie auf eine radikal-nationalistische Position umschwenken; daß ihnen aber ein vergleichbarer Erfolg verwehrt ist, wenn sie sich – wie Gyula Horn (Ungarn) oder Petr Weiss (Slowakei) – in Richtung auf die westeuropäische Sozialdemokratie entwickeln. Die ungarischen Kommunisten zum Beispiel haben – ganz im Gegensatz zu den tschechischen, polnischen oder deutschen – aus ihrem ZK-Gebäude Reformen vorangetrieben; die ideologischen Positionen von Gyula Horn und Achille Occhetto, dem Führer der Linksdemokraten in Italien, dürften sich kaum voneinander unterscheiden. Dies nützt den ungarischen Sozialisten aber ganz und gar nichts. Sie bleiben – zumindest für die nächsten Jahre – „Unberührbare“.

– Rechts vom Zentrum bleiben unberechenbare Kräfte übrig. Niemand weiß, welche Rolle rechtsradikale oder rechtspopulistische Führer wie Paraga in Kroatien, Seselj in Serbien, Moczulski in Polen oder Sladek in der Tschechoslowakei spielen werden. Es gibt viel lose Fracht auf den mitteleuropäischen Schiffen; in Polen hat zum Beispiel eine Partei der Bierfreunde Polens (PPPP) 16 Sitze gewonnen. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 43,2 Prozent. Wenn Teile der Bevölkerung – was bei der Umstellung der Planwirtschaften auf Marktwirtschaften unausweichlich ist – in Not geraten und soziale und ethnische Konflikte sich mischen, könnten die extremistischen Kräfte sowohl Nichtwähler mobilisieren als auch gemäßigte Kräfte für ihre Ziele ausnutzen¹¹.

In Ostmitteleuropa gab die Hegemonialmacht Sowjetunion, zutiefst erschreckt durch die Systemkrise des realen Sozialismus, ihr Glacis ohne Vorwarnung frei. Zur Herrschaft kamen unvorbereitete, schwache, zumeist kulturelle Gegeneliten, deren einziger gemeinsamer Nenner der Kampf gegen die marxistisch-leninistische Bürokratie war; Freiheitsrevolutionäre, die sich auf tapferen Widerstand eingestellt hatten, jetzt aber von heute auf morgen vor die Aufgabe gestellt wurden, einen beispiellos schwierigen Prozeß der nachholenden ökonomischen Modernisierung in Gang zu setzen. Der Prozeß dieser Revolution mußte in die Gefahr geraten, in autoritäre Pilsudski-Regime umzukippen, wenn nicht die ersehnte Hilfe aus „dem Westen“ kam. Der Westen wurde zur mythischen Formel, im Guten wie im Bösen.

Das böhmische Beispiel

Wer erlauben will, wieviele Gefühlsstürme die mitteleuropäische Revolution von 1989 wachrief – und welche „ordnungspolitischen“ Probleme sie aufwarf –, muß aus der aktuellen Politik in die Geschichte zurück. Er muß sich klarmachen, daß die Bulgaren durch die Russen vom „türkischen Joch“ befreit worden sind und deshalb zu diesen Russen ein völlig anderes Verhältnis entwickeln konnten als die Polen oder Tschechen. Er muß bedenken, wie eng das katholische Kroatien mit der österreich-ungarischen Monarchie verflochten war und wie alt die Konflikte mit orthodoxen oder muslimischen Serben sind. Die Grenzen, die heute in Slowenien oder der Krajina umkämpft sind, sind seit vielen Jahrhunderten umkämpft. Für einen Teil der Völker in jenem angeblichen „Ostblock“, der eben nur mit Gewalt zusammenzuhalten war, ist die vielberufene „Rückkehr nach Europa“ seit eh und je ein Problem. Aber eben nur für einen Teil.

Ein plastisches Beispiel für die Verknötung der europäischen Probleme ist Böhmen – die traurige Geschichte, wie Deutsche, Tschechen, Juden in den Staatsbildungsprozessen der letzten 100 Jahre durcheinandergeschüttelt wurden und wie sie mit Slowaken, Ruthenen, Sinti und Roma, Österreichern, Ungarn und was für Völkern noch in Verbindung gebracht und wieder auseinandergerissen wurden. Die europäische Teilung ist eben keine

11 Zu den sozialstatistischen Daten vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Osteuropa, „Parteipolitische Entwicklung in Osteuropa“, Arbeitspapier vom 21. 11. 1991, Manuskript.

Geschichte, die auf die fragwürdige Aufteilung der Welt in Jalta 1944 zurückgeht. Wer es sich nicht klarmacht, wie alt und kompliziert die Probleme sind, hat an den modernen Konferenztischen (heißen sie nun KSZE oder EG) kaum eine Chance.

In Böhmen zum Beispiel lebten für fast 1000 Jahre zwei Völker in einer Nation zusammen. Jeder Tscheche ist ein Böhme, aber nicht jeder Böhme ist ein Tscheche, hieß ein berühmter Spruch. Die deutsche Sprache unterschied nicht zwischen den Böhmen als Sammelname für alle Einwohner des Landes und den Böhmen als Benennung ihres slawischen Teils. Genauso im Tschechischen: Das Eigenschaftswort *česky*, in der Übersetzung „tschechisch“, wird sowohl auf das Land Böhmen als Ganzes als auch auf den slawischen Volksteil bezogen¹². Es gab einmal einen „böhmischen Patriotismus“, der sich sowohl auf die Böhmen deutscher als auch auf die tschechischer Zunge bezog.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts gab es viel nationalistisches Gift auf beiden Seiten; und es ist auch heute, wie manche Debatten um den deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag zeigen, keineswegs gänzlich verschwunden. Aber schon František Palacky, der Wiederbegründer des fast versunkenen Tschechentums im 19. Jahrhundert, polemisierte in einem berühmten Sendschreiben an die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 gegen so etwas wie „Republikchen“, also gegen Kleinstaaten, die ein wunderbares Ziel für den Pangermanismus oder den russischen Absolutismus bieten könnten. Wenn Österreich noch nicht erfunden wäre, schrieb er über den Vielvölkerstaat, dann müßte man es erfinden¹³. Rund 17 Jahre später, 1865, im Schatten der sich schon ankündigenden dualistischen, deutsch-madjarischen Lösung des Reichsproblems, widerrief er seine positive Einstellung zum historischen Föderalismus Österreichs und ließ das berühmte, drohende Wort fallen: „Wir“ – er meinte die Tschechen – „waren vor Österreich da, wir werden es auch nach ihm sein.“

Diese Grundhaltung zieht sich über viele Zwischenglieder – zum Beispiel über einen der Begründer der Kommunistischen Partei, Bohumir Šmeral, der nach 1918 für den Vielvölkerstaat kämpfte – bis zum heutigen Außenminister der

12 Vgl. Peter Glotz, *Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum*, Stuttgart 1990, S. 26.

13 Vgl. Milan Hauner, *Czechs and Germans, Yesterday and Today*, The Woodrow Wilson Centre, East European Studies, September 1991; Friedrich Prinz, *Geschichte Böhmens 1848 bis 1948*, o.O. (München) 1988.

Tschechoslowakei, Jiří Dienstbier, der in einem inzwischen berühmt gewordenen Essay von 1984, „Pax Europæana“¹⁴, zum nicht geringen Erstaunen seiner deutschen Freunde die deutsche Einheit propagierte. Warum? Natürlich weil er die europäische Einheit wollte, genauer gesagt: die Rückkehr seines Landes nach „Europa“. Palackys Eintreten für den österreichischen Vielvölkerstaat war dasselbe wie Dienstbiers Kampf für die europäische Einheit, sprich eine Europäische Gemeinschaft, mit einem Mitglied Tschechoslowakei. Es war sozusagen historischer Föderalismus, der Kampf gegen das Schicksal, ein „Republikchen“ zu werden.

Und doch könnte das das Schicksal der Böhmen sein. Einst waren sie Teil eines großen Vielvölkerstaates, in dem Deutsche, Tschechoslowaken, Ungarn und viele andere Völker zusammenlebten. Nun mißachtete dieser Vielvölkerstaat – nach der deutsch-ungarischen Machtteilung von 1867 – die kleinen slawischen Völker. Sie begannen, den Zusammenhang als Kerker („Völkerkerker“) zu schmähen. Das Ergebnis dieses Kampfes war ein kleinerer Vielvölkerstaat, der Böhmen, Mähren und Oberungarn – die Slowakei – kombinierte und in dem man durch die Zusammenwürfelung von Tschechen und Slowaken ein staatsführendes Volk zu konstruieren versuchte. Dieser „Tschechoslowakismus“ düpierte wiederum die Deutschen; sie vergaßen nicht so schnell, daß am 4. März 1919, dem Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung Deutsch-Österreichs in Wien, tschechisches Militär wahllos in die Demonstrationen der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratischen Partei hineingeschossen hatte. Der weitere Verlauf der Geschichte ist bekannt: Das von Hitler erpreßte Münchener Abkommen, der von Hitlers Gnaden errichtete klerikal-faschistische Staat in der Slowakei, die Zerschlagung der ersten tschechoslowakischen Republik und die deutschen Morde an Tschechen und Juden, die brutale Vertreibung der deutschen Volksgruppe nach 1945 und die tschechischen Morde an Deutschen.

Sollte es Präsident Václav Havel, der sich in einer alle nationalistischen Instinkte mißachtenden Botschaft an den deutschen Bundespräsidenten für die Vertreibung der Deutschen entschuldigt hat, gelingen, den Teufelskreis zu durchbrechen? Oder scheitert er einerseits an den slowakischen Nationalisten, die gegen den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag polemisieren, weil er die Kontinui-

14 Vgl. Jiří Dienstbier, *Pax Europæana*, in: *Listy*, XIV (1984) 6, S. 15–20.

tät des slowakischen Nationalstaats von 1940 bis 1944 verneint, und andererseits an *hardlinern* unter den Sudetendeutschen, die aus dem ausgepowerten Land Entschädigungen herausholen möchten? Was werden die neunziger Jahre bringen? Ein slowakisches und ein tschechisches „Republikchen“ oder eine europäische Ordnung, in der das tschechische und das slowakische Volk ihre kulturelle Identität erhalten und trotzdem in einem europäischen Zusammenhang stehen?

Die Sieger antworten rhetorisch

Der Osten und die Mitte schrien sozusagen nach einem europäischen Zusammenhang. Aber die Antwort des Westens blieb vieldeutig, rhetorisch zwar glanzvoll und tröstlich, aber konzeptionell dünn, ohne Bestandsaufnahme der Ressourcen und Ambitionen, mit schmaler Substanz.

Man kann sich diese schwächliche Antwort gut erklären. Die Führungsmacht des Westens, die Vereinigten Staaten, waren in dem Moment, als der Eisener Vorhang rasselnd nach oben rumpelte, in einer ernstesten ökonomischen und geistigen Krise. Die stärkste Gläubigernation der Welt war zur größten Schuldernation geworden; Ende 1989 mit externen Schulden von fast 600 Milliarden Dollar – die Wertsicherheit von Geldforderungen in US-Dollar war fragwürdig geworden. Die Dollar-Abwertung betrug von 1980 bis 1988 real 14 Prozent¹⁵. Während die durchschnittliche Steigerung der Produktivität im verarbeitenden Gewerbe Japans in den siebziger Jahren 7,4 Prozent betragen hatte, betrug die der USA 3,5 Prozent. Das Schulwesen der großen Nation war schwer angeschlagen, 30 Millionen Amerikaner waren ohne Gesundheitsvorsorge, zehn Millionen obdachlos – die Bereitschaft, komplizierte europäische Probleme zu lösen, war verständlicherweise gering.

Gleichzeitig war die EG an einem prekären Punkt ihrer Entwicklung angekommen. Sie hatte sich um einige südeuropäische Staaten – Spanien, Portugal, Griechenland – erweitert, was, besonders im griechischen Fall, nicht ohne schwere Belastungen abging. Gleichzeitig mußte man – sollte die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft nicht ernstlich gefährdet werden – die Strukturen verdichten. Man

bereitete einen großen Binnenmarkt, eine Wirtschafts- und Währungsunion und die Grundstrukturen einer politischen Union mit der Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen vor. Da fühlte man sich durch die vielfältigen Forderungen der plötzlich frei gewordenen „osteuropäischen“ Völker eher überfordert. Es entstand das, was man das „Infinitesimalproblem“ nennen könnte. Kaum hatte man sich einer komplizierten Frage – zum Beispiel der Assoziation mitteleuropäischer Länder wie Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn – zugewandt, rief jemand: Und was ist mit Bulgarien? Was mit Rumänien? Griff man die neuen Stichworte auf, ertönte schrill der Hinweis auf die baltischen Staaten, kurz danach der auf die Ukraine und andere Völker der Sowjetunion. Bald konnte niemand mehr sagen, was eigentlich das Integral der lautstark geforderten gesamteuropäischen Gemeinschaft sein sollte. Man verhedderte sich.

Hinzu kamen politische Probleme: Die europäische Rechte war, nach langer Hegemonie, im Abstieg, die Sozialdemokratie aber immer noch in einer – durch die mitteleuropäische Revolution noch verstärkten – Krise¹⁶. Es ist also problemlos zu erklären, warum „der Westen“ auf die gewaltige Herausforderung des Jahres 1989 schwächlich reagierte. Nur bleibt Bismarcks Bemerkung richtig, daß die Weltgeschichte mit ihren großen Ereignissen nicht dahergefahren kommt „wie ein Eisenbahnzug in gleichmäßiger Geschwindigkeit. Nein, es geht ruckweise vorwärts, aber dann mit unwiderstehlicher Gewalt.“ Entweder man springt zu, oder der Mantel der Geschichte weht vorbei.

Was sind die Fakten? In den Jahren 1948 bis 1951, in einer vergleichbaren Situation, hatten die Vereinigten Staaten jedes Jahr ein Prozent ihres Bruttosozialproduktes für den Marshallplan ausgegeben. Das waren zu jener Zeit 16 Milliarden Dollar jährlich. Nähme man heute das Sozialprodukt der Vereinigten Staaten, der EG und Japans, dann wären ein Prozent des Bruttosozialprodukts rund 160 Milliarden Dollar. Gemessen an dieser Summe sind die tatsächlichen Leistungen höchst begrenzt. Dauderstädt schätzt den Umfang der den sechs kleineren mittel- und osteuropäischen Ländern zugesagten Finanzierungen auf 40 Milliarden Dollar¹⁷. Diese Zahlen umfassen freilich vor allem Kreditzusagen des IWF, der Weltbank, der Euro-

16 Vgl. eine Diskussion zwischen Jacques Delors, Pierre Hassner, Jacques Le Goff und Alain Tourraine im November-Heft der Pariser Zeitschrift „esprit“.

17 Michael Dauderstädt, Umbruch in Osteuropa: Herausforderung für die EG, Arbeitspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung, Manuskript, November 1991.

15 Vgl. Elmar Altwater, Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden“ Sozialismus, Münster 1991, S. 145f.

päischen Investitionsbank und vergleichbarer Einrichtungen. Viele dieser Kreditzusagen haben noch nicht zu Auszahlungen, ganz zu schweigen von Projekten, geführt. Bezeichnend ist, daß private Banken praktisch keine größeren Kredite mehr an Osteuropa vergeben. Man erinnere sich der Tatsache, daß der Nettotransfer der hochverschuldeten Länder an die Gläubigerländer zwischen 1982 und 1989 124,976 Milliarden US-Dollar betragen hat. Trotzdem sind die Gesamtschulden dieser Länder von 433,519 Milliarden auf 624,984 Milliarden gestiegen¹⁸. Für Länder wie Polen und Ungarn sind das erschreckende Zahlen.

Dies kann nicht bedeuten, daß es nicht konkrete Leistungen des Westens für Ostmitteleuropa gegeben hätte. Dazu zählen eine Umschuldungsaktion des Pariser Clubs vom März 1991 zur Verringerung der Schuldenlast Polens, ein gemeinsames Programm der EG mit dem Namen PHARE (Pologne, Hongrie – Assistance à la Restructuration Économique, später auf die ČSFR, Bulgarien und Rumänien ausgedehnt) in der Größenordnung von rund zweieinhalb Milliarden ECU für drei Jahre, Nahrungsmittel- und humanitäre Soforthilfen sowie bilaterale Hilfe, insbesondere Deutschlands. Auch wurden Referenzbehandlungen in Form von Zollsenkungen beschlossen. Die nichttarifären Handelshemmnisse (Textilien, Agrarprodukte, Stahl, Kohle) dagegen wurden nur ganz unzureichend beseitigt. Die Gefahr, daß es zu einer neuen Ost-West-Teilung mit einer Kluft von Armut und Hoffnungslosigkeit kommt, ist erheblich¹⁹.

Der reale Kapitaltransfer ist dabei keineswegs das wichtigste Problem. Die Hauptschwierigkeit liegt im bitteren Mangel einer Konzeption für ein geeintes Europa. Denn die Vorstellung, daß man in die Struktur eines europäischen Bundesstaates – wie sie bisher für den Bereich der Europäischen Gemeinschaft geplant war – osteuropäische Völker gießen könne wie Wasser in ein Glas, ist ja nicht realistisch. Je mehr Staaten, Sprachen und Ökonomien in einer integrierten Struktur verbunden werden sollen, desto strikter müßten Vergemeinschaftungen ausfallen. Wer würde solch tiefgehenden Abtretungen von Souveränität zustimmen?

18 Vgl. E. Altvater (Anm. 15), S. 219.

19 Vgl. Heinz Kramer/Friedemann Müller, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Assoziation, in: Die EG und die jungen Demokratien. Ein gemeinsamer Bericht westeuropäischer Außenpolitik-Institute, Baden-Baden 1991, S. 27f.

Papierene Träume

Bedauerlicherweise hat es eine europäische „Verfassungsdebatte“ nicht gegeben. Der Streit um eine „Erweiterung oder Vertiefung“ der Europäischen Gemeinschaft wurde – ganz vordergründig – erst einmal in der Zeitachse behandelt. Man stellte nur noch die Frage: *Wann* nimmt die EG Österreich, Schweden, *wann* die ČSFR auf? Ob – von der Konstruktion her – überhaupt ein europäischer Bundesstaat denkbar ist, in dem ein Parlament mit echten Zuständigkeiten 400 Millionen Menschen und 40 oder 50 Sprachen repräsentiert, wurde nicht erörtert. Aufkommende Probleme löste man dadurch, daß man – zum Beispiel in den Regierungskonferenzen von Maastricht – zentrale Begriffe schlicht aus den Dokumenten herausnahm. So erreichte man die Zustimmung Großbritanniens zu einem derartigen Dokument durch die Tilgung des Begriffes Föderalismus. Auf diese Weise wurde ein „Kompromiß“ erreicht; aber keine Konzeption, die den mittel- und osteuropäischen Ländern einen begehren Weg nach „Europa“ gezeigt hätte. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten und der verschiedenen Verdichtungen wäre ein realistisches Angebot für die Mitteleuropäer²⁰. Ein derartiges Angebot existiert heutzutage nicht.

Dabei hätte es politische wie ökonomische Gründe gegeben, Europa zu strukturieren. Von Constantin Frantz über Friedrich Naumann, Lajos Kossuth, Oscar Jaszi bis hin zu György Konrad²¹ gab es ausgearbeitete Vorschläge für eine mitteleuropäische oder zwischeneuropäische Föderation. Was demokratiethoretisch und historisch Sinn gemacht hätte, hätte auch viele ökonomische Argumente für sich. Es ist ja mehr als zweifelhaft, ob es erfolgversprechend sein kann, Osteuropa durch Verschuldung auf den schmalen Weg der Billigimporte nach Westen zu drängen. Schon jetzt fordern Krisenbereiche Westeuropas, wie zum Beispiel die portugiesische Textilindustrie, nachdrücklich Sonderprogramme gegen die verstärkte Konkurrenz aus dem Osten. Die Idee, innerosteuropäische Wirtschaftskreisläufe (osteuropäische Binnenmärkte, osteuropäische Zahlungsunion, osteuro-

20 Vgl. Peter Glotz, Gesamteuropa-Skizze für einen schwierigen Weg, in: Europa-Archiv, (1990) 2, S. 41f.; ders., Achtung Europa! Deutschland und Europa nach der mitteleuropäischen Revolution, in: Revue d'Allemagne, Avril-Juin 1991, S. 241f.

21 Vgl. Ferenc Miszlivetz, Mitteleuropa – Der Weg nach Europa, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, (1991) 11, S. 970f.

päische Freihandelszone) zu stützen und zu erweitern, lag deshalb nahe²².

Bis heute sind solche Denkansätze immer vom Tisch gewischt worden. Demokratietheoretische Aspekte, wie Jean Monet sie noch erörtert hat, spielen in der derzeitigen Europa-Debatte keine Rolle; ökonomisch dominiert der Marktradikalismus eines Jeffrey Sachs, für den ein gemeinsamer osteuropäischer Markt nichts anderes als ein „Club der Armen“ wäre²³. Im Ergebnis bedeutet das, daß man alle mitteleuropäischen Denkansätze – bis hin zu der vom italienischen Außenminister Gianni de Michelis geforderten „Pentagonale“ beziehungsweise Hexagonale – als „papierene Träume“ abschreiben muß. So nannte Golo Mann die Idee von Constantin Frantz, einen mitteleuropäischen Staatenbund als Alternative zur Welt der Nationalstaaten zu entwickeln. Und er fügte – Ende der fünfziger Jahre – die Bemerkung hinzu, man lese dergleichen heute mit gerührter Zustimmung, denn wünschbar sei es gewesen²⁴. Vermutlich werden künftige Historiker ähnlich elegische Bemerkungen machen. Das Unglück, das durch eine Fortdauer der europäischen Teilung entsteht, wird durch solche Apercus allerdings nicht aus der Welt geschafft werden.

Zwei europäische Hälften

Wer sich heute fragt, wie Europa am Ende des 20. Jahrhunderts aussehen wird, muß – wenn er realistisch analysiert – von folgenden Entwicklungen ausgehen:

– Das riesige Gebiet, das wir bisher Sowjetunion genannt haben, wird in eine Vielfalt konkurrierender und instabiler Nationalstaaten zerfallen. Bürgerkrieg, gewaltsame Erhebungen, nationalistische Exzesse, Hungersnot und Massenflucht sind wahrscheinlich²⁵. Was diese Entwicklung betrifft, hat sich die EG lediglich vorzuwerfen, daß sie die Wirklichkeit durch illusionäres Reden verdeckt. Die Probleme dieser zusammengebrochenen Supermacht sind von außen auch durch Anstrengun-

gen nach dem Muster von „Marshallplänen“ nicht zu regulieren.

– Der eine oder andere mitteleuropäische Staat (vorzugsweise Ungarn, Polen und – falls sie als einheitlicher Staat erhalten bleiben sollte – die Tschechoslowakei) könnte schrittweise in eine Europäische Freihandelszone einbezogen werden. Die Versprechung an mittelosteuropäische Staaten, Vollmitglied einer Europäischen Gemeinschaft zu werden, die sich zur Politischen Union entwickelt, wird sich als leer erweisen. Man muß sich klarmachen: Selbst die westeuropäischen Staaten benötigten Jahrzehnte, um ihre Geld- und Währungspolitik an die zunehmende Flexibilität des Kapitalmarkts und die Erfordernisse der internationalen Wirtschaftsverflechtungen anzupassen. Die Türkei, ein Land mit marktwirtschaftlicher Erfahrung, benötigte sieben Jahre, um die Konvertierbarkeit ihrer Währung zu verwirklichen. Es ist ganz und gar nicht zu erwarten, daß die osteuropäischen Wirtschaften diesen Anpassungsprozeß in gleicher oder gar kürzerer Zeit vollziehen könnten²⁶. Eine Politik, die den ostmitteleuropäischen Staaten Fleisch- und Textilexporte in den Westen nahezu unmöglich macht, ihnen aber – langfristig natürlich – die volle Integration verspricht, muß scheitern.

– Verschärft wird die Problematik dadurch, daß Westeuropa durch die mitteleuropäische Revolution von 1989 auch selbst außer Tritt gebracht wird. Schon die Süd-Erweiterung der EG war ein risikoreicher Schritt, der die weitere Entwicklung zu engerer Vergemeinschaftung einerseits erzwang (weil Entscheidungen im großen Kreis immer komplizierter wurden), andererseits aber – (wegen der extremen Unterschiede zwischen Ländern wie Deutschland und Griechenland) erschwerte. Inzwischen zeigt sich, daß der von Jacques Delors versuchte Dreisprung – Binnenmarkt, Währungsunion, Politische Union – scheitert. Der Binnenmarkt wird zustandekommen, die Wirtschafts- und Währungsunion hat eine Chance (obwohl es auf die Dauer für die Einhaltung von Währungsdisziplin keine Sanktionen gibt), der Versuch, zu einer Politischen Union zu kommen, ist in Maastricht gescheitert. Das Europäische Parlament bleibt ein Ornament, die EG ein Verbund kooperierender Nationalstaaten; von Supranationalität keine Rede. Hätte es die mitteleuropäische Revolution von 1989 nicht gegeben, wäre das eine bedauerliche Verzögerung der europäischen Integration, die man in einem halben oder ganzen Jahrzehnt korrigieren könnte. So aber ist die Gefahr groß, daß der alt-neue Nationalismus des europäischen Ostens

22 Vgl. M. Dauderstädt (Anm. 17), S. 17.

23 Vgl. F. Mislivetz (Anm. 21), S. 979f.

24 Vgl. Barthold C. Witte, Nachdenken über Mitteleuropa, Naumann-Vorlesung beim 4. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 27. 10. 1991, S. 4; Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1958, S. 393.

25 Vgl. Ole Diehl, Die Politik der EG gegenüber der Sowjetunion, in: H. Kramer/F. Müller (Anm. 19), S. 42.

26 Vgl. ebd., S. 30, 34.

im Westen eine Renaissance des demokratischen, aber egoistischen Nationalstaats herbeiführt.

– Dieses prinzipielle Dilemma wird durch die deutsche Frage erheblich verschärft. Die Etikette der Eurokratie verbietet es, offen darüber zu sprechen – aber jeder Kundige weiß es natürlich: Das vereinigte Deutschland dürfte nach einem Jahrzehnt ernster Beanspruchung durch die Integration seiner östlichen Länder als stärkste ökonomische Macht Europas wieder handlungsfähig sein. Entweder ist es dann als separierbare historische Gestaltung, sozusagen als „Staatskerl“, der sich mit anderen „Staatskerlen“ mißt, verschwunden, weil integriert. Oder es wird zur regionalen Vormacht Europas, was auf dem Hintergrund deutscher Schuld selbst beim besten Willen aller Beteiligten – der kaum voraussetzen ist – zu endlosen und altvertrauten Entwicklungen (wenn auch in neuen Verkleidungen) führen dürfte.

Selbstverständlich hat die Wiedervereinigung die psychische Disposition der Deutschen zu Europa verändert. Inzwischen bilden sich die ersten nationalen Zirkel in der Intelligenzija; ein aggressiv esoterischer Feuilleton-Nationalismus (um das Feuilleton der FAZ, die Zeitschrift Merkur und versprengte Renegaten der 68er Bewegung) und eine sehr pragmatisch-englisch ausgerichtete nationalstaatliche Schule, für die der renommierte Historiker Christian Meier („weitreichende Unionspläne verdienen große Skepsis; zuweilen kommt man langsamer schneller voran“) stehen mag. Die (insbesondere innenpolitisch motivierte) Sonderrolle, die sich Deutschland im serbisch-kroatischen Konflikt zugemutet hat, deutet zwar keineswegs (wie die serbische Propaganda insinuiert) auf eine Entwicklung zu einem „Vierten Reich“ hin; wohl aber zeigt sich ein wachsender, trotzig nationalliberaler Pragmatismus. Die Kriegserfahrung vom blutigen Scheitern der nationalstaatlichen Idee wird immer stärker verdrängt; viele Wortführer der politischen Klasse sehnen sich nach „Normalität“ und beginnen, die „Machtvergessenheit“ der Bonner Vergangenheit zu bekritteln. Es wäre ein Wunder, wenn diese Haltung nicht über kurz oder lang zu allen möglichen *Querelles Allemandes* führen würde²⁷.

– Gleichzeitig deutet sich ein Zurückfallen Westeuropas bei fast allen strategischen Hochtechnologiemärkten gegenüber den Vereinigten Staaten, vor allem aber Japan an. Defizite in der Querschnittstechnologie und Mikroelektronik gefähr-

den den Maschinenbau, den Automobilbau, die Elektrotechnik und sogar die traditionelle Chemie²⁸. Diese objektive Schwierigkeit wird die Bereitschaft Westeuropas, sich in Ost- und Mitteleuropa zu engagieren, weiter vermindern.

Das wahrscheinlichste Szenario für die Zukunft Europas am Ende des 20. Jahrhunderts ist deshalb die Aufteilung in eine Zone relativen, aber sinkenden Wohlstands im Westen, eine Zone prekärer, da und dort autoritär geführter Entwicklungsgesellschaften in der Mitte und einer Zone von Armut, Unterentwicklung und nationalistischen Konflikten im Osten. Die politische Grundfigur der europäischen Welt wäre nach wie vor der Nationalstaat. Die Europäische Gemeinschaft wäre eine Freihandelszone mit ökonomisch engen, politisch eher losen, immer aber intergouvernementalen Verbindungen, die KSZE eine nützliche Gesprächsplattform ohne operative Bedeutung, die UNO ein zu durchgreifender Reform unfähiger Völkerbund. Ein militanter Regionalismus würde größere Bedeutung bekommen, hin und wieder würde ein nach einiger Zeit mühsam erstickter „kleiner Krieg“ dieses Europa beunruhigen, aber nicht erschüttern. Die Hoffnungen der späten achtziger Jahre wären dann eine glückliche, aber ein wenig bittere Erinnerung – im Sinne Timothy Garton Ashs: „Das Jahr 1989 könnte den Augenzeugen und Historikern dann wie ein Augenblick des kurzen Aufleuchtens zwischen den Leiden von gestern und den Leiden von morgen erscheinen“²⁹.

Die Aufgabe der doppelten Modernisierung

Natürlich muß das alles nicht so kommen. Das düstere Szenario ist nur wahrscheinlicher als das idyllische, das die politische Klasse Deutschlands in ihrer „perspektivischen“ Sprache bevorzugt. Noch könnte man so manche Weiche umstellen. Aber wer wird das tun? Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, scheint einen ziemlich einsamen Kampf zu kämpfen. Die große Anstrengung des Westens, die Marshallplan-Anstrengung, wird nicht mehr unternommen werden. Die Vereinigten Staaten sind dazu schon zu schwach,

28 Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie, Industriepolitik im Hochtechnologie-Bereich, elf Thesen zum Stand der Diskussion vom 21. 10. 1991, Manuskript.

29 Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, S. 475.

27 Vgl. P. Glotz, Achtung Europa (Anm. 20); Renate Köcher, Die Europa-Begeisterung der Deutschen kühlt sich ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 1. 1992, S. 5.

Japan wittert seinen Erfolg auch ohne Aufpöpelung osteuropäischer Märkte, und die Europäische Gemeinschaft ist zu uneinig. Also muß man überlegen, was unterhalb eines *grand design* möglich wäre. Zum Beispiel folgende miteinander verzahnte Maßnahmen:

– Die Europäische Gemeinschaft ist völlig außerstande, die Patronage über den in Osteuropa entstehenden archaischen Klein-Nationalismus – von Slowenien über Kroatien bis zur Slowakei und das Baltikum – zu übernehmen. Es ist auch mehr als fraglich, ob sie einen „Floß-Kannibalismus“ betreiben sollte; einige werden auf die Planken gezogen, die anderen ins Meer zurückgestoßen. Deswegen wäre zu prüfen, ob man einen gemeinsamen osteuropäischen Markt mit bestimmten Zwischenschritten – osteuropäische Zollunion, Zahlungsunion, Freihandelszone – zustandebringen kann. Erste Kristallisationskerne könnten die Hexagonale und die dreiseitige Zusammenarbeit Polen-Tschechoslowakei-Ungarn sein.

– Die legitimen Sicherheitsinteressen Ostmitteleuropas müssen befriedigt werden. Die NATO hat durch ihr Liaison-Konzept einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Jetzt ist es dringend, die Europäische Gemeinschaft zur „Single Community“ auszubauen, auf dem Weg dorthin aber die NATO nicht zu beschädigen, solange man sie braucht.

– Wer Ostmitteleuropa helfen will, sollte sich mit fantastischen Zukunftsversprechungen (zum Beispiel Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft) zurückhalten und für konkrete Maßnahmen kämpfen. Die Schuldenlast Polens beträgt zum Beispiel auch nach der Umschuldung noch 30 Milliarden US-Dollar. Bei Ungarn sind es 20 Milliarden Dollar; das Handelsbilanzdefizit bietet keinerlei Möglichkeit für Schuldendienstzahlungen. Bulgarien ist in einer katastrophalen Situation; seine Auslandsverschuldung (10,8 Milliarden Dollar) ist neunmal so hoch wie seine Exporteinnahmen 1989. Nach dem selbstzerstörerischen Krieg in Jugoslawien ist auch die dortige Verschuldung (17,4 Milliarden Dollar) kaum zu bewältigen³⁰. Falls der Westen nicht beabsichtigen sollte, die ostmitteleuropäischen Staaten zu Dritte-Welt-Ländern mit hoher Verschuldung zu machen, wäre die dringendste Maßnahme eine großzügige Umschuldungsaktion – und zwar eine, die nicht allein oder vor allem von den Deutschen zu tragen wäre.

– Das bei weitem Wichtigste wäre die Öffnung des Marktes der Europäischen Gemeinschaft in den

empfindlichen Sektoren Textil und Landwirtschaft. Auch Eisen und Stahl, Brennstoffe, Holzprodukte oder Erzeugnisse der organischen Chemie spielen eine erhebliche Rolle. Wer für das Jahr 2000 das Paradies verspricht, im Jahr 1992 aber vor allem an die eigenen Bauern denkt, darf sich nicht wundern, wenn 1995 in einer Reihe von osteuropäischen Gesellschaften Caudillos regieren.

– Die Politik der Europäischen Gemeinschaft mit den Europa-Verträgen – also der schrittweisen Assoziation einzelner osteuropäischer Gesellschaften – sollte fortgesetzt werden. Sie darf allerdings nicht fantasielos dem „Infinitesimal-Problem“ ausgeliefert werden. Der Fürst Potemkin scheint in Westeuropa über eine ganze Reihe von illegitimen Nachkommen zu verfügen.

– Westeuropa muß Osteuropa helfen – aus höchst-eigenem Interesse. Aber es wäre ganz falsch, wenn die EG sich durch den Blick nach Osten davon ablenken ließe, alle Kraft darauf zu wenden, eine global wettbewerbsfähige Hochtechnologie-Wirtschaft zu schaffen oder zu erhalten. „Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt nicht im Osten, sie muß im erfolgreichen Wettbewerb mit den höchstentwickelten Nationen der Welt, somit Japan und Amerika, erkämpft und gesichert werden.“³¹

– Es kann nicht nur darum gehen, im Osten Europas eine nachholende Modernisierung zu unterstützen. Wenn wir die ostmitteleuropäischen Gesellschaften heute dazu überreden, die gleichen Entwicklungsschritte zu machen, die die westeuropäischen Gesellschaften in den fünfziger und sechziger Jahren gemacht haben, werden wir die natürlichen Ressourcen des kleinen Kontinents Europa endgültig ruinieren. Es geht darum, die nachholende Modernisierung des Ostens und die inzwischen reflexiv gewordene Modernisierung des Westens miteinander zu koppeln³². Die Möglichkeit zu einer derartigen Einflußnahme besteht nur, wenn zwischen West-, Mittel- und Osteuropa ein permanenter Diskurs organisiert wird. In jedem anderen Fall wird die industriepolitische Modernisierung Osteuropas die ökologische Modernisierung Westeuropas erschlagen.

– Eine demokratische Entwicklung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften ist nur sicherzustellen, wenn neben den marktradikalen Führungseli-

30 Vgl. H. Kramer/F. Müller (Anm. 19), S. 29, 38.

31 Konrad Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben, Stuttgart-München-Landsberg 1991², S. 353.

32 Vgl. Michael Brie, in: ders./Dieter Klein (Hrsg.), Umbruch zur Moderne. Kritische Beiträge, Hamburg 1991, S. 153f.

ten dieser Gesellschaften handlungsfähige Gegeneliten zur Verfügung stehen. Der politische Kurs eines Leszek Balzarowicz oder Václav Klaus muß nach einigen Jahren zwangsläufig auf die scharfe Opposition eines großen Teils der betroffenen Gesellschaften treffen. Wenn dann nur diskreditierte postkommunistische Parteien und rechtspopulistische, rechtsradikale und nationalistische Gruppen zur Ablösung zur Verfügung stehen, muß man mit vielen Pilsudski-Regimen in Osteuropa rechnen. Hier liegt eine gewaltige Verantwortung der westeuropäischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale. Die schwierige Aufgabe liegt darin, das postkommunistische Wählerpotential zu absorbieren und linksliberale und sozialdemokratische Gruppen schrittweise zu verschmelzen. Am Beispiel Böhmens und Mährens dargestellt: Es muß gelingen, die Bürgerbewegung (OH) um Rychetsky, Pithart und Dienstbier mit den verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen um Horak, Komarek und Battek zu einer handlungsfähigen politischen Kraft zu verschmelzen. Ein schwerer Weg.

– Eine derartige Politik kann nur Erfolg haben, wenn sie in der Europäischen Gemeinschaft von einer nicht aufbrechbaren Allianz betrieben wird. Kern dieser Allianz müssen Deutschland und Frankreich sein. Wenn sie sich – wie jetzt in der

jugoslawischen Frage – mehr oder weniger auseinanderdividieren lassen, ist alles verloren. In dem Moment, in dem in Westeuropa die *Querelles Allemandes* erneut begännen, müßte man die Hoffnung auf eine konstruktive gesamteuropäische Entwicklung endgültig begraben.

Ferenc Miszlivetz hat das Jahr 1990 als Jahr der „Halbwahrheit“ bezeichnet; dieses Jahr sei ein Beispiel dafür, „wie die wunderbarsten Hoffnungen in kurzer Zeit in tragische Hoffnungslosigkeit umschlagen können“. Und er fügte hinzu: „Wer die Videoaufnahmen der Pogrome von Bukarest und Tirgu Mures gesehen hat, wer gesehen hat, wie kroatische Polizisten mit aus Ungarn geschmuggelten Kalaschnikows auf Serben und serbische Soldaten geschossen haben, diese wiederum kroatische Zivilisten töteten, wer die Toten unter den sowjetischen Panzern in Wilna gesehen hat und den slowakischen Mob in Bratislawa, der, mit Parolen des früheren faschistischen Kollaborateurs Tiso auf den Lippen, Präsident Havel angriff, wird verstehen, was ich meine.“³³ Die offene Frage ist nur, ob die westeuropäischen Regierungen und Parlamente verstehen, was Miszlivetz meint. Man kann da nicht sicher sein.

33 F. Miszlivetz (Anm. 21), S. 976.

August Pradetto: Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/92, S. 3–10

Im Prinzip sind mit den Revolutionen von 1989/90 die Voraussetzungen für eine „Rückkehr“ der ehemals kommunistischen zentral- und osteuropäischen Länder nach Europa gegeben. Damit sind auch die Bedingungen geschaffen, eine neue Einheit Europas herzustellen. Die wirtschaftliche Depression in Osteuropa, die Fragilität der neuen politischen Strukturen, die ethnischen Konflikte und nicht zuletzt der Krieg in Jugoslawien zeigen jedoch auch die andere Seite der Medaille, die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der bisherigen europäischen Ordnung zur Wirkung gelangt. Und diese Labilität im Osten schlägt zurück auf die Stabilität im Westen.

Damit ist die Frage aufgeworfen, mit welchen Strategien und welchen Instrumenten der Neubau der Ökonomien und der politischen Systeme im Osten bewerkstelligt und eine neue europäische Ordnung errichtet werden kann. Augenscheinlich sind die Europäische Gemeinschaft, die NATO und die KSZE eine wertvolle ökonomische, politische und institutionelle Basis, um den wirtschaftlichen Kalamitäten und dem sicherheitspolitischen Vakuum in Osteuropa zu begegnen. Daß sie in ihren bisherigen Formen und Funktionsweisen nicht zureichend sind, um die entstandenen Probleme zu bewältigen, ist aber auch evident.

Kompliziert wird die Lösung der Schwierigkeiten durch das koinzidente Auftreten von Krisen und Konflikten, welche die gesamteuropäische Umbruchsituation kennzeichnen. Dabei geht es um so unterschiedliche und gleichzeitig sich beeinflussende Faktoren wie die Dilemmata nachholender Entwicklung, die ethnisch-sozio-kulturelle Differenzierung, die Renationalisierung und Staatenbildung im Osten Europas, das deutsche Problem in einer neuen und zugleich alten Dimension – das auch im Westen wieder alte Konfliktlinien zum Vorschein bringt – sowie Interessendivergenzen zwischen und innerhalb des östlichen und des westlichen Teils des Kontinents, die wirtschaftlich-integrativen und sicherheitspolitischen Strategien betreffend.

Jerzy Holzer: Polen nach dem Kommunismus – quo vadis?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/92, S. 11–23

Die polnische Politik hat in den zurückliegenden drei Jahren eine vollständige Umgestaltung erfahren, ohne dabei einen Zustand der Stabilität zu erreichen. Die politischen Strukturen des kommunistischen Systems sind zerfallen, der Aufbau neuer geht schleppend voran. Die starke Zersplitterung des Parteiensystems in Polen ist für das Funktionieren des Systems der parlamentarischen Demokratie ungünstig. Entsprechend schwierig gestaltete sich die Regierungsbildung.

Die polnische Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer tiefen Krise. Die Privatisierung der Industrie geht nur langsam voran. Zwei wesentliche Gründe dafür sind eine durch Kapitalmangel hervorgerufene ökonomische Barriere und eine durch die Privatisierungskonzepte der Arbeitervertretungen bedingte soziale Barriere. Auch die polnische Landwirtschaft, in der privates bäuerliches Eigentum dominiert, befindet sich in der Defensive. Der weitgehend privatisierte Handel ist zum wichtigsten Instrument bei der Überwindung der Mangelwirtschaft geworden, leidet jedoch ebenfalls unter Kapitalmangel.

Die Hoffnungen der polnischen Politik sind gegenwärtig auf die Europäische Gemeinschaft und auf die USA gerichtet. Die Anbindung an die Europäische Gemeinschaft soll die allmähliche Integration Polens in die sich derzeit herausbildende internationale Ordnung erleichtern; die Annäherung an die USA soll – als Garant des Friedens – den notwendigen äußeren Schutz gewähren.

Die Zukunft der polnischen Politik läßt sich schwerlich vorhersehen. Am wahrscheinlichsten ist die allmähliche Annäherung an eine Variante des westeuropäischen politischen Modells. Vor dem Hintergrund zunehmender Frustrationen innerhalb der Gesellschaft wäre jedoch auch eine Restauration im Sinne einer administrativ gelenkten Wirtschaft denkbar. Eine dritte Variante ist in einer tiefgreifenden und langanhaltenden Schwächung der Parteien mit der Folge zu sehen, daß Apathie oder Aggression als politisches Massenverhalten die parlamentarische Demokratie lähmen würden. Die Chancen der polnischen Politik werden in erster Linie von der Entwicklung der polnischen Wirtschaft und der internationalen Lage abhängen.

Pavel Smutný: Die Tschechoslowakei – eine Rückkehr zu sich selbst

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/92, S. 24–35

Der Beitrag beschreibt die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in der ČSFR seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft im Dezember 1989 und schildert die einzelnen Problembereiche des zum Teil recht komplizierten Neuordnungsprozesses. Da ist zunächst die Entwicklung eines Parteiensystems mit Konzentrations- wie Spaltungstendenzen; Persönlichkeiten des gemeinsamen Widerstands gegen den Kommunismus wurden zu politischen Rivalen. Dieser Prozeß der Neuformierung politischer Einheiten entsprach der Tendenz zu einer Differenzierung der Gesellschaft sowie der Wahrnehmung und Durchsetzung von unterschiedlichen Interessen. Dazu gehört auch die regionale Differenzierung, vor allem die immer stärker zunehmende Aufteilung der Politik in tschechische und slowakische Interessensphären. Die Frage des Zusammenhalts des Staatswesens beginnt, oberste Priorität in der politischen Diskussion einzunehmen.

Die schwierigen Fragen der politischen und verfassungsrechtlichen Neuordnung werden begleitet von den vielfältigen Umstellungsproblemen der Wirtschaft im Hinblick auf die neue Marktkonkurrenz und die Privatisierung. Hier wie in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen erhofft sich die ČSFR Hilfe von der Europäischen Gemeinschaft sowie von ihren Nachbarländern, insbesondere von der Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen könnte aus tschechoslowakischer Sicht ein wichtiges Instrument dafür sein.

Máté Szabó: Probleme der Demokratisierung in Ungarn

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/92, S. 36–49

Von den ehemaligen Ostblockländern werden die drei Reformstaaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn aufgrund gemeinsamer wirtschaftlicher, politischer und kultureller Voraussetzungen auch von der westeuropäischen Außenpolitik als eine „mitteleuropäische“ Staatengruppe behandelt. Zu den Gemeinsamkeiten zählen die vorangeschrittene politische Transformation und ihre Institutionalisierung, die geographisch bedingten wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu Westeuropa und die Traditionen aus Zeiten der K. u. K.-Monarchie.

In dieser Staatengruppe hat die Entwicklung Ungarns zu Marktwirtschaft und Demokratie bereits in der Regierungszeit Kádár begonnen, Ansätze, die allerdings erst nach Kádárs Abtreten 1988 zu ernsthaften Reformbemühungen führten. Der Übergang zum Verfassungsstaat und der Aufbau neuer politischer Institutionen ist weitgehend abgeschlossen. Ungarn ist kein Präsidialsystem, sondern eine parlamentarische Demokratie, in der ein stabiles und berechenbares Mehrparteiensystem die Regierbarkeit sichert. Trotz der politischen Stabilität sind Ungleichgewichte in das politische System eingebaut: eine allzu starke Regierungsposition, die Benachteiligung kleiner Parteien, die Probleme der Vertretung von industriellen und Arbeitnehmerinteressen und die weitgehende Zentralisierung der Verwaltungsstruktur. Der Übergang zur Marktwirtschaft, seine unmittelbaren gesellschaftlichen Auswirkungen und die hohen sozialen Folgekosten resultieren in sozialen und politischen Konflikten. Diese, gepaart mit den im Prozeß der Vergangenheitsbewältigung transparent gewordenen Problemen der politischen Kultur, stellen für die weitere Entwicklung große Herausforderungen dar.

Peter Glotz: Die Einheit und die Spaltung Europas. Die Auswirkungen der mitteleuropäischen Revolution von 1989 auf Gesamteuropa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/92, S. 50–61

Nach den historischen Umbruch-Jahren 1989/90 ist in Mitteleuropa der Alltag eingelehrt – mit einer Problemfülle, die nur wenige prognostiziert hatten: Renaissance des Nationalismus bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen, eine offenbar abnehmende Fähigkeit zu übernationalen Organisations- und Staatsbildungsprozessen, schwere wirtschaftliche Krisen. Aufgrund dieser Problembereiche – deren kritische Entwicklung noch längst nicht abgeschlossen ist, sondern vielmehr zum Teil erst begonnen hat – zeichnet sich eine erneute Teilung Europas ab.

Diesen Fakten und Tendenzen wirksam entgegenzusteuern, stößt im Osten wie im Westen auf Hindernisse: In den Ländern der mitteleuropäischen Revolution ist die demokratische „Personaldecke“ wie auch das Potential für politische Konzeptionen äußerst schmal; eine wirksame und demokratische Opposition konnte sich kaum entfalten. Ein Parteiensystem nach westlichem Muster hat sich noch nicht herausgebildet, im Gegenteil: Die Parteienlandschaft zersplittert immer mehr, wodurch stabile Mehrheiten kaum herstellbar sind, die jedoch Voraussetzung wären für die notwendigen grundlegenden Veränderungen im politisch-gesellschaftlichen System.

Die mitteleuropäische Revolution traf Westeuropa in einer Phase der Konzentration auf den zunehmenden Einigungsprozeß. Nach der Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft mußten die EG-Strukturen verdichtet werden: Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Grundstruktur einer politischen Union wurden vorbereitet. Da fühlte man sich durch die vielfältigen Forderungen aus „Osteuropa“ überfordert. Derzeit herrscht Krisenmanagement vor: Umschuldungsaktionen, Kapitaltransfer, Außenhandels-Präferenzen usw. So notwendig all diese „Feuerwehraktionen“ sind, so wenig ersetzen sie eine Konzeption für ein real vereintes Europa, die derzeit nicht existiert.

Die Entwicklung konzeptioneller Vorstellungen für das künftige Miteinanderleben der beiden europäischen Hälften sollte oberste Priorität haben, da nur so Einzelaktionen sich in einen sinnvollen, planbaren Rahmen fügen werden. Darüber hinaus können nur durch eine gemeinsame konzeptionelle Arbeit Perspektiven für die institutionelle Kooperation geschaffen werden. Ein umfangreicher Katalog von Aufgaben für diese Kooperation steht bereits fest.